



Kinderreport Deutschland 2023

Kinderarmut in Deutschland

Impressum

Herausgeber

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Leipziger Straße 116–118, 10117 Berlin
www.dkhw.de

Autorinnen und Autoren

Holger Hofmann, Uwe Kamp, Torsten Krause, Thomas Krüger, Till Mischko

Redaktion

Kai Hanke (Leitung), Uwe Kamp, Till Mischko, André Neupert

Layout

Florence Baret

Korrektorat

Wirth Lasse GbR

Druck

DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Diese Broschüre wurde auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Bildnachweise

Galina Zhigalova (Titelbild und S. 49), CHROMORANG (S. 50), Deutsches Kinderhilfswerk eV - H-Lüders (S. 53),
Photographee.eu (S. 54), andreaslemke_photography (S. 57), DW/Ronka Oberhammer (S. 59), M. Feingold (S. 60)

© 2023 Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

ISBN 978-3-922427-69-8

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Kinderreport Deutschland 2023

Kinderarmut in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Vorwort 5

Deutsches Kinderhilfswerk

Kinderreport 2023

Ergebnisse und Schlussfolgerungen 6

Bewertung des bisherigen Einsatzes gegen Kinderarmut in Deutschland 8

Gründe für Kinderarmut 13

Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut 23

Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut 33

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche 37

Literaturverzeichnis 43

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Der Kampf gegen Kinderarmut muss Priorität haben

Ein Plädoyer für die nachhaltige Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in unsicheren Zeiten 48

Die Nachwirkungen einer verfehlten Sozialpolitik 48

Inflation, Krieg und steigende Energiepreise – Kinderarmut in Zeiten multipler Krisen 50

Klassismus: Warum Armut mehr ist als materieller Mangel 51

Wer nichts hat, dem wird auch nicht gegeben. Bildung und soziale Ungleichheiten 54

Demokratie braucht Chancengleichheit 56

Ausblick: Was sich jetzt ändern muss 58

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Vorwort

Das Deutsche Kinderhilfswerk begleitet die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland seit geraumer Zeit. Und es gibt kaum ein Thema, das so nachhaltig und aus kinderrechtlicher Perspektive so frustrierend und schwergängig ist wie die Frage danach, wie es sein kann, dass ein wirtschaftlich starkes und wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland ein so hohes Maß an Kinderarmut zulässt. Armut wirkt sich bekanntermaßen in verschiedener Hinsicht negativ auf ein gutes Aufwachsen von Kindern aus. Sie beeinflusst ihren Bildungsweg, ihre physische und psychische Gesundheit, ihre Ernährung, ihre Wohnsituation sowie ihre Möglichkeiten der kulturellen und sozialen Teilhabe. Nachdem die Kinderarmut in Deutschland fast zwei Jahrzehnte auf hohem Niveau stagnierte, erreichte sie zuletzt sogar neue Höchstwerte. Jedes fünfte Kind ist heute von Armut betroffen. In den zurückliegenden Monaten waren es gerade arme Familien, die besonders hart von den dramatisch steigenden Preisen bei Lebensmitteln, Wohnkosten und Mobilität betroffen waren. Und zu allem Übel sehen wir, dass viele Kommunen aufgrund angespannter Haushaltslagen Einsparungen auch in sozialen und kulturellen Infrastrukturen vornehmen – was die Möglichkeiten für gleiche Teilhabechancen von armutsbetroffenen Kindern und ihren Familien zusätzlich einschränken wird.

Mit dem diesjährigen Kinderreport möchten wir ein Augenmerk auf genau diese Herausforderungen im Bereich der Kinderarmut lenken. Neben den Ansichten der erwachsenen Bevölkerung sollen dabei vor allem auch die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen selbst sichtbar gemacht werden. Denn zu einem kindgerechten Deutschland gehört aus unserer Sicht genau das: Kindern und Jugendlichen mit ihren Anliegen und Gestaltungswünschen Gehör schenken,

ihren Anliegen mit Respekt begegnen und sie einbeziehen in gesellschaftliche Entwicklungen.

Für den Kinderreport 2023 wurde ein Stimmungsbild zur Umsetzung von Kinderrechten unter Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen erhoben. Dabei war für uns leitgebend, wie die Befragten staatliche Aktivitäten zur Armutsbekämpfung und -prävention wahrnehmen, welche Gründe für Armut sie sehen und welche gesellschaftlichen Felder dabei besonders relevant sind. Und natürlich wurde auch erhoben, was aus Sicht der Bevölkerung politische Strategien zur Berücksichtigung und Finanzierung zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut sein sollten und in welchen Bereichen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland verbessert werden sollte. Durch die parallele Befragung von Erwachsenen und Kindern wurden dabei Sichtweisen unterschiedlicher Altersgruppen erhoben und vergleichbar gemacht.

Ihnen, liebe Leser*innen, wünsche ich wie immer eine spannende Lektüre und eine kritische Beschäftigung mit den Ergebnissen des diesjährigen Kinderreports. Uns allen hingegen möchte ich wünschen, dass die Ergebnisse dieses Kinderreports dazu beitragen, eine konstruktive Debatte über die Überwindung von Kinderarmut so zu bereichern, dass neue, wirkungsvolle Impulse für Politik und Öffentlichkeit entstehen. Denn eines haben die letzten Jahre gezeigt: Eine nachhaltige Lösung zur Bekämpfung von Kinderarmut ist eine ressort- und letztlich gesellschaftsübergreifende Aufgabe, an der wir alle mitwirken müssen und die unser aller Unterstützung braucht.

Berlin, Juli 2023

Kinderreport 2023

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den Kinderreport 2023 wurden im Januar 2023 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes vom Politikforschungsinstitut Kantar Public zwei Erhebungen durchgeführt: Befragt wurden 682 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie 1.011 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Die Erhebung unter Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits in den Vorjahren als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 03. bis 14. Januar 2023. Die Befragung der Erwachsenen wurde wiederum als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert und vom 04. bis 10. Januar 2023 durchgeführt. (vgl. Abbildung 1)

Mithilfe der parallelen Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechts-

konvention in Deutschland, dieses Mal mit dem Themenschwerpunkt Kinderarmut. Damit wird ein vertiefender Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen. Im Einzelnen wurde abgefragt, wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft bewertet werden, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen, welche Ursachen für Kinderarmut gesehen und welche Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwache Familien mit Kindern für sinnvoll erachtet werden. Zudem wurde erhoben, ob die Befragten dazu bereit wären, Steuererhöhungen mitzutragen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte. Da die Mitbestimmung von Kindern ein wirksamer Baustein zur langfristigen Verhinderung von Armut sein kann, wurde auch danach gefragt, wo Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden sollten.

Abbildung 1: Methodensteckbrief

	Befragung Kinder und Jugendliche	Befragung Erwachsene
Grundgesamtheit	Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren	Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Stichprobe/ Erhebungsverfahren	Access-Panel; Quoten-Stichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Bundesland	Repräsentative Zufallsauswahl; Dual Frame; Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	682 Befragte	1.011 Befragte
Erhebungszeitraum	03.–14. Januar 2023	04.–10. Januar 2023
Durchführendes Institut	Kantar Public	

Die Fehlertoleranz der repräsentativen Umfrage unter den Erwachsenen liegt bei unter 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 3,1 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent). Die parallele Befragung von Kindern und Jugendlichen wurde mithilfe eines online-gestützten Befragungspanels durchgeführt, dessen Ergebnis durch Quotierung und Gewichtung bestimmter Merkmale der Befragten eine sehr weitgehende Annäherung an die Grundgesamtheit aller in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen erlaubt. Eine Fehlertoleranzbestimmung ist streng wissenschaftlich aufgrund dieses Verfahrens nicht möglich.

Die Befragungen zum Kinderreport 2023 fanden in einer Zeit großer politischer Unsicherheit statt: Viele Familien spürten und spüren die Inflation und die Energiekrise mit erschütternder Wucht. Dadurch geraten immer mehr Familien an

oder sogar über die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten, viele sind finanziell schlicht am Ende – und das trotz zahlreicher staatlicher Maßnahmen wie der Strom- und Gaspreisbremse oder der Erhöhung des Wohngeldes.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage dargestellt und bewertet. Aufgrund der Datenfülle können dabei nicht alle Daten analysiert und/oder grafisch aufbereitet werden. Deshalb fokussieren sich die Ausführungen vor allem auf die generellen Erkenntnisse und statistisch interessante Aufschlüsselungen einzelner Faktoren, z.B. des Alters, der Parteipräferenzen, des Haushaltseinkommens oder der Schulbildung. Wo es sinnvoll erscheint, werden auch Daten aus den vergangenen Befragungen zum Kinderreport oder anderen Befragungen für das Deutsche Kinderhilfswerk in die Bewertungen mit einbezogen.

Bewertung des bisherigen Einsatzes gegen Kinderarmut in Deutschland

Die UN-Kinderrechtskonvention normiert in Artikel 26 das „Recht jedes Kindes auf Leistungen der sozialen Sicherheit“. Zugleich erkennen die Vertragsstaaten in Artikel 27 „das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an“. Diese Maßgaben sollten in einer der reichsten Industrienationen der Welt eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

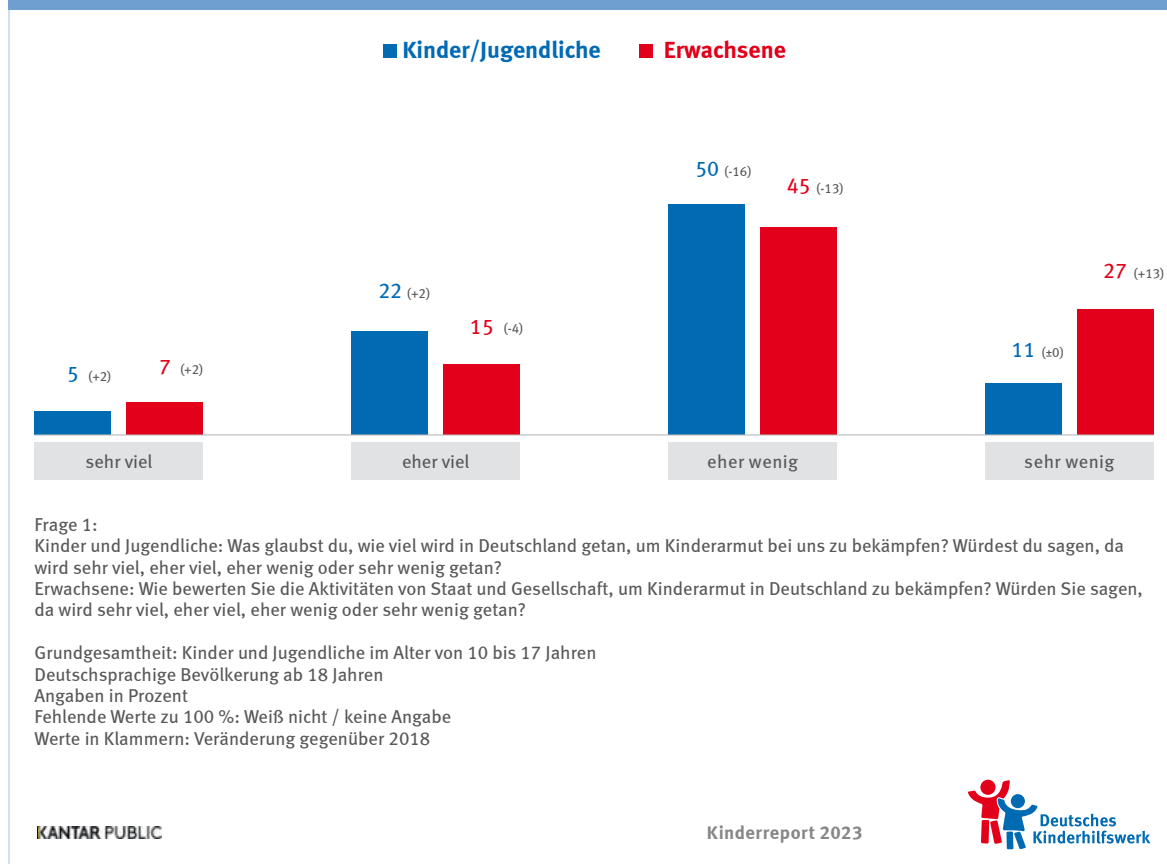
Die Zahlen zur Kinder- und Jugendarmut in Deutschland zeigen aber den weiterhin hohen Bedarf an armutsbeseitigenden Maßnahmen.

Derzeit ist mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage von besonderer Bedeutung, wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland bewertet werden.

Die erwachsenen Befragten stellen Staat und Gesellschaft in dieser Frage ein eher schlechtes Zeugnis aus. Lediglich 7 Prozent der Befragten (plus 2 Prozent gegenüber 2018¹) sind der Ansicht, dass „sehr viel“ getan wird, für 15 Prozent (minus 4 Prozent) wird „eher viel“ getan. Knapp drei Viertel beurteilen die Aktivi-

1 Alle Vergleichszahlen im Kinderreport 2023 beziehen sich, sofern nichts anderes angegeben wird, auf den Kinderreport 2018, der auch das Thema Kinderarmut als Schwerpunkt hatte. Die Umfragen zum Kinderreport 2018 wurden im November/Dezember 2017 durchgeführt.

Abbildung 2: Evaluation Bekämpfung von Kinderarmut



täten von Staat und Gesellschaft hingegen eher negativ. Für 45 Prozent (minus 13 Prozent) wird „eher wenig“ und für 27 Prozent (plus 13 Prozent) sogar „sehr wenig“ in dieser Hinsicht getan.

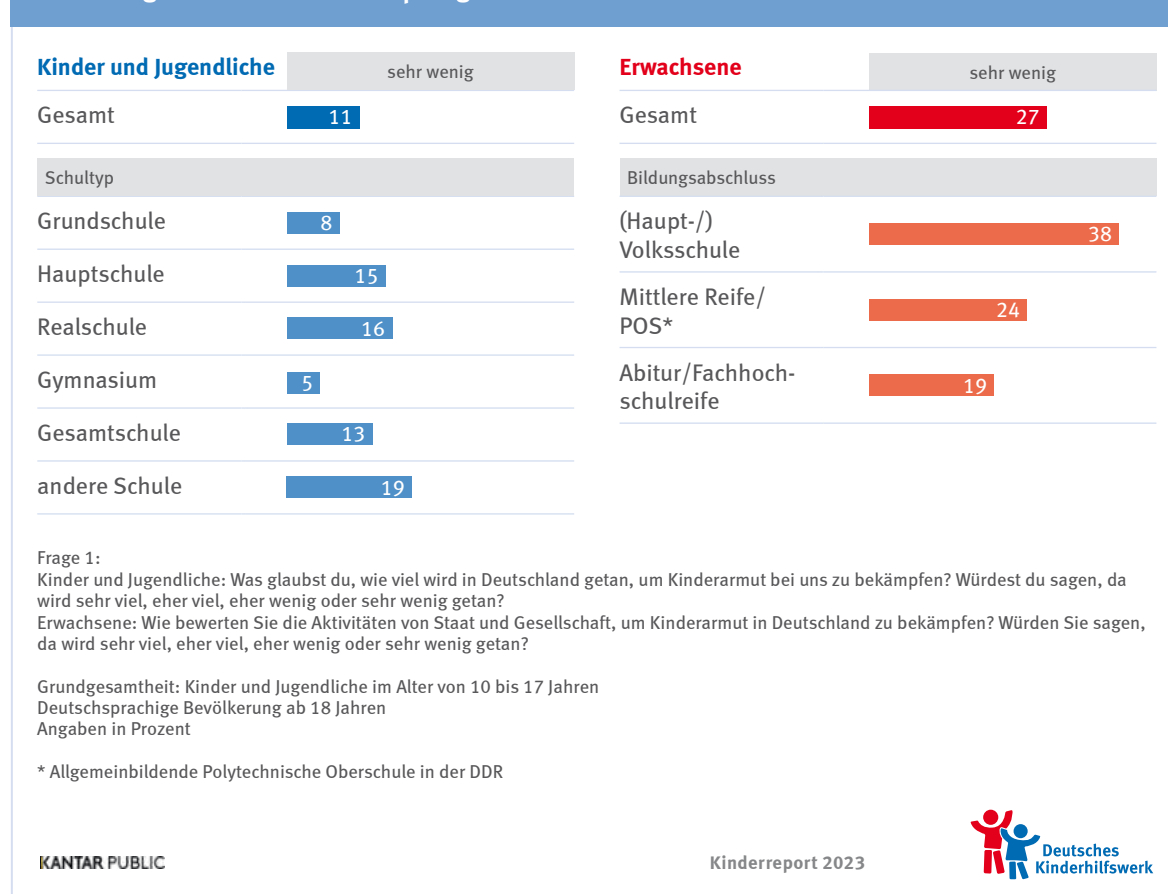
Damit sind die befragten Erwachsenen in dieser Frage inzwischen insgesamt deutlich skeptischer gegenüber den Aktivitäten von Staat und Gesellschaft eingestellt als vor fünf Jahren. Alarmierend ist insbesondere, dass mehr als ein Viertel der Meinung ist, dass in dieser Hinsicht „sehr wenig“ getan wird. (vgl. Abbildung 2)

Die befragten Kinder und Jugendlichen kommen bei derselben Frage zu ähnlichen Einschätzungen wie die Erwachsenen, das Meinungsbild hat sich insgesamt aber ein wenig aufgehellt. Für 5 Prozent (plus 2 Prozent gegenüber 2018) wird „sehr viel“, und für 22 Prozent (plus 2 Prozent) wird „eher viel“ von Staat und Gesellschaft

getan, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Aber auch hier überwiegt mit 50 Prozent (minus 16 Prozent „eher wenig“) bzw. 11 Prozent (unverändert „sehr wenig“) der Anteil derer deutlich, die die Maßnahmen als unzureichend sehen. (vgl. Abbildung 3)

Deutliche Unterschiede bestehen bei dieser Bewertung entlang der besuchten Schultypen (bei den Kindern und Jugendlichen) bzw. des Schulabschlusses (bei den Erwachsenen). So meinen 16 Prozent der Realschüler*innen, 15 Prozent der Hauptschüler*innen sowie 13 Prozent der Gesamtschüler*innen, dass Staat und Gesellschaft nur „sehr wenig“ gegen die Kinderarmut unternehmen. Das meinen aber nur 5 Prozent der Gymnasiast*innen. Das deckt sich in der Tendenz mit den Ergebnissen bei den Erwachsenen, allerdings auf einem wesentlich schlechteren Niveau. Dass nur „sehr wenig“ getan wird, meinen

Abbildung 3: Evaluation Bekämpfung von Kinderarmut



38 Prozent mit niedrigem Schulabschluss, 24 Prozent mit mittlerem Schulabschluss und nur 19 Prozent mit höherem Schulabschluss.

Die Aufschlüsselung der Ergebnisse bei den Erwachsenen nach Parteianhänger*innen zeigt das zu erwartende differenzierte Bild. Insbesondere die Anhänger*innen der Unionsparteien (insgesamt 33 Prozent „sehr viel“ und „eher viel“) und der SPD (insgesamt 32 Prozent) bewerten die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft deutlich positiver als die der FDP (insgesamt 16 Prozent), der Grünen (insgesamt 14 Prozent) der AfD (insgesamt 12 Prozent) und insbesondere der Linken (insgesamt 7 Prozent). Hier verdient die Meinung im Lager der AfD, wo 54 Prozent sagen, dass „sehr wenig“ getan wird, besondere Beachtung. Das meinen aber auch immerhin 40 Prozent der Linken-Anhänger*innen. (vgl. Abbildung 4)

Beachtenswert ist auch das Ergebnis der SPD-Anhänger*innen: Nur 7 Prozent (plus 4 Prozent) kommen zu der Einschätzung, dass Staat und Gesellschaft „sehr viel“ gegen die Kinderarmut in Deutschland machen, 25 Prozent (plus 6 Prozent) meinen, dass „eher viel“ getan wird. Dabei hat die SPD auf der Bundesebene in den letzten zehn Jahren Regierungsverantwortung getragen, und mit den Bundesministerien für Arbeit und Soziales (seit 2013) bzw. Familie, Senioren, Frauen und Jugend (von 2013 bis 2021) zwei Schlüsselministerien in dieser Frage verantwortet. Und auch in vielen Bundesländern steht die SPD durch Regierungsbeteiligungen in dieser Frage in der Verantwortung. Fasst man die Bereiche „sehr viel“ und „eher viel“ zusammen, beträgt der Wert immerhin 32 Prozent und damit 10 Prozent mehr als 2018. In allen anderen Parteilagern hat sich dieser Wert verschlechtert,

Abbildung 4: Evaluation Bekämpfung von Kinderarmut

Erwachsene

Parteipräferenz	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AFD	Die Linke
Sehr viel	7	8	2	8	9	1
Eher viel	25	25	12	8	3	6
Eher wenig	37	42	59	53	25	53
Sehr wenig	26	17	17	28	54	40

Alter in Jahre	sehr viel / eher viel		eher wenig / sehr wenig	
18–29 Jahre	16	13	61	14
30–44 Jahre	13	11	44	36
45–59 Jahre	20	16	48	28
60+ Jahre	28	12	39	27

Frage 1:
Wie bewerten Sie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen? Würden Sie sagen, da wird sehr viel, eher viel, eher wenig oder sehr wenig getan?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent, Summe entspricht Top2-/Bottom2-Werten
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

insbesondere bei den Anhänger*innen der FDP (minus 9 Prozent).

Deutlich skeptischer ist in dieser Frage auch die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen geworden. Dass „sehr viel“ bzw. „eher viel“ gegen die Kinderarmut in Deutschland getan wird, meinen nur 16 Prozent. Damit hat sich dieser Wert seit

2018 halbiert. Und auch die 30- bis 44-Jährigen sind mit insgesamt 13 Prozent (minus 4 Prozent) deutlich kritischer als 2018 eingestellt. Beachtenswert ist zudem, dass 12 Prozent der über 60-Jährigen der Meinung ist, dass „sehr viel“ gegen die Kinderarmut in Deutschland getan wird, während in allen anderen Alterskohorten nur 2 bis 4 Prozent dieser Meinung sind.

Politische Schlussfolgerungen

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2021 war den Wählenden das Thema der sozialen Sicherheit laut Infratest dimap am wichtigsten (vgl. Tagesschau 2021). Auch daraus folgend vereinbarte die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sich verstärkt der Bekämpfung der Kinderarmut zu widmen. Gelingen soll dies mittels einer Kindergrundsicherung, welche „Familien stärken und mehr Kinder aus der Armut holen“ (Koalitionsvertrag 2021: 5) soll. Unterstützung erfährt die Koalition bei ihrem Vorhaben, Kinderarmut zu bekämpfen, durch das Völkerrecht. So normiert u.a. die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in den Artikeln 26 und 27 die soziale Sicherheit aller jungen Menschen bis zum 18. Lebensjahr und verpflichtet die Vertragsstaaten auf einen angemessenen Lebensstandard für jedes Kind.

Wie dringend die Notwendigkeit für ein aktives Angehen der Kinderarmut in Deutschland angesehen wird, verdeutlicht dieser Kinderreport. Sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene sind mit großer Mehrheit der Meinung, dass bislang zu wenig getan wurde, um der Armut von Kindern zu begegnen. Gestützt wird diese Einschätzung durch Daten des Mikrozensus, wonach der Anteil von Kindern in Armut weiter leicht gestiegen ist und nach Angaben der Bundesregierung aktuell 20,2 Prozent beträgt (vgl. Drucksache 20/957 2022: 34 f.). Der Paritätische Gesamtverband hat diese Zahl nach den vorliegenden Endergebnissen des Statistischen Bundesamtes sogar auf 21,3 Prozent korrigiert. Dies entspricht knapp 2,9 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland (vgl. Bertelsmann Stiftung 2023). Zwei Drittel von ihnen erlebten in den vergangenen fünf Jahren durchgehend oder wiederkehrend Armut. Besonders armutsgefährdet sind Familien und ihre Kinder laut Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Gesamtverbandes (2021), wenn drei oder mehr Kinder im Haushalt leben (31 Prozent) (vgl. ebd.: 3) oder ein Elternteil die Erziehungsverantwortung allein wahrnimmt (41 Prozent) (vgl. ebd.). Insgesamt ist festzustellen, dass Kinderarmut nach Einführung der Hartz-IV-Gesetze stark gestiegen ist, seitdem auf einem hohen Niveau stagniert und die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen aufgrund der zunehmenden sozialen Segregation immer stärker vom Ort des Aufwachsens abhängen.

In seinen Abschließenden Bemerkungen zum Fünften und Sechsten Staatenbericht der Bundesregierung zeigt sich auch der Ausschuss für die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtsausschuss) besorgt über die hohe Kinderarmut in Deutschland. Er mahnt Deutschland an, „eine nationale Strategie zu erarbeiten, um die Grundursachen von Kinderarmut zu bekämpfen und sicherzustellen, dass alle Kinder über einen angemessenen Lebensstandard verfügen“ (CRC/C/DEU/CO/5-6 2022: 10). Eine solche Strategie sollte, aus Sicht des Ausschusses, „eine Reform der Sozialleistungen auf Grundlage eines angemessenen Existenzminimums und ein stärkeres Berechnungsverfahren“ umfassen sowie „einen besonderen Schwerpunkt auf Kinder aus benachteiligten Familien, einschließlich von Migration betroffene Kinder, Kinder ohne regulären Aufenthaltsstatus sowie Kinder Alleinerziehender“ (vgl. ebd.) legen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den vergangenen Jahren, die anhand des Wachstums des BIP nachvollzogen werden kann (vgl. Destatis 2023c), hat nicht zu einer Reduktion der Armut bei Kindern beigetragen. Offensichtlich haben ergriffene Maßnahmen keine oder nicht ausreichend Wirkung entfalten können – sei es, weil sie ihrer Höhe nach zu gering bemessen und nicht an den Bedarfen junger Menschen orientiert waren, oder weil sie die Menschen mangels Bekanntheit oder Komplexität der Beantragung nicht erreichten (vgl. Drucksache 20/5673: 2). In nunmehr wirtschaftlich schwierigeren Zeiten wird es umso herausfordernder werden, gelingende Unterstützungsstrukturen auf den Weg zu bringen.

Angesichts der Preisentwicklungen insbesondere im Energiebereich oder auch der allgemeinen Teuerungsraten warnen Oberbürgermeister*innen von Kommunen aus dem Programm Kinderfreundliche Kommunen davor, dass sie aufgrund kommunalrechtlicher und haushaltspolitischer Vorgaben gezwungen sein könnten, wichtige Orte und Anlaufstellen für Kinder zu schließen (vgl. Kinderfreundliche Kommunen 2023). Gerade für viele von Armut betroffene junge Menschen wäre dies kritisch, da Schwimmbäder, Jugendzentren oder auch andere Orte ihnen gesellschaftliche Teilhabe und in der Folge ein gleichberechtigtes Aufwachsen ermöglichen. Nicht anders als den Kommunen geht es immer mehr Familien in Deutschland. Viele bringt die aktuelle Situation an Grenzen, nicht wenige auch darüber. Über die Hälfte der Deutschen vermag es momentan nicht, Rücklagen zu bilden, weil am Ende des Monats kein Geld mehr übrig ist – und dies in einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt (vgl. DIW Berlin 2022).

Deutlich wird somit, dass in einem Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Kinderarmut monetäre Leistungen für Eltern und ihre Kinder sowie infrastrukturelle Maßnahmen zusammen gedacht werden müssen. Dabei gilt es, bestehende Leistungen ebenso zu überprüfen wie existierende Unterstützungssysteme und dabei über Zuständigkeitsgrenzen und -ebenen von Verwaltungen und Politik hinweg zusammenzuarbeiten. Der Bund muss die Koordinierung sicherstellen und finanzielle Anreize setzen. Neben einer Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, weil sie an den Bedarfen junger Menschen und dem kindlichen Existenzminimum ausgerichtet wird, bedarf es demnach auch hochwertiger und armutspräventiver Infrastrukturen im direkten Lebensumfeld. Dazu gehören Spielorte bzw. -räume, Freizeitangebote, ebenso wie ein Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem, das Kindern gleiche Chancen eröffnet und in enger Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe in den Sozialraum wirkt. Die beste (Bildungs-)Infrastruktur braucht es dabei in den Gebieten mit den höchsten Bedarfen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit erreichbarer und bezahlbarer (Bildungs-)Infrastruktur ist jedoch nur unter der Voraussetzung grundlegender Reformen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen möglich. Daher sollte ein Bundesfonds mit Mitteln für Kommunen, in denen besonders viele armutsbetroffene Kinder leben, eingerichtet sowie das Kooperationsverbot im Bildungsbereich grundlegend überdacht werden.

Gründe für Kinderarmut

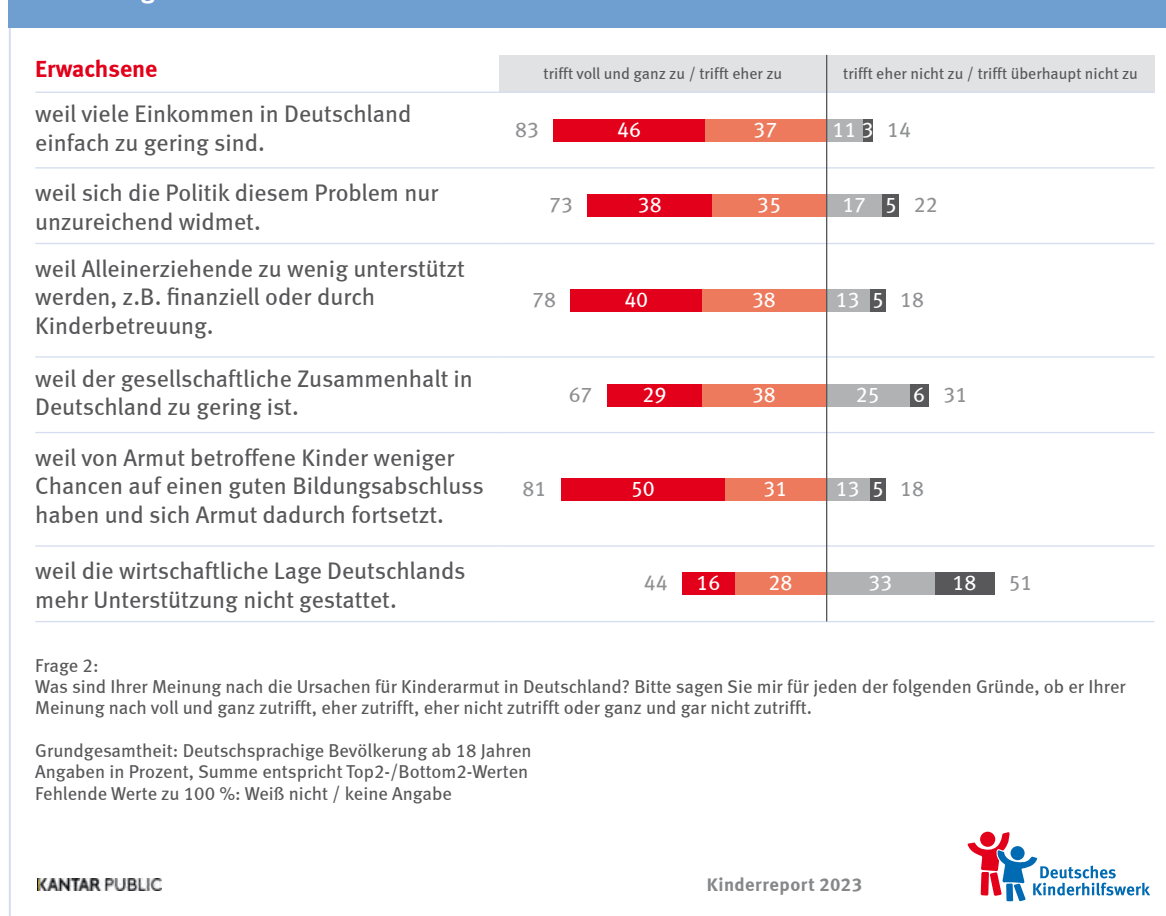
Alle bisherigen Studien des Deutschen Kinderhilfswerkes und anderer Verbände, Organisationen und Institutionen zeigen, dass die Gründe für die hohe Kinderarmutsquote in Deutschland vielfältig sind: Arbeitslosigkeit der Eltern, zu geringe Entlohnung insbesondere von geringqualifizierten Arbeitnehmer*innen, Teilzeitarbeit bei Alleinerziehenden. Aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Kinder und Jugendliche aus Migrantenhaushalten sind überproportional von Kinderarmut betroffen.

Die nach Einschätzung der Bevölkerung wesentliche Ursache für Kinderarmut sind die zu geringen Einkommen in Deutschland. 83 Prozent der Erwachsenen („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) und sogar 93 Prozent der Kinder und

Jugendlichen erachten die Einkommenssituation als Hauptgrund für Kinderarmut. Gegenüber 2022 – bei einer gleichlautenden Befragung für das Deutsche Kinderhilfswerk – ist dieser Anteil nahezu unverändert, sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern und Jugendlichen hat er um 1 Prozent zugenommen. Und auch im längerfristigen Trend ist keine signifikante Änderung festzustellen: Bereits bei einer Umfrage im Jahr 2013 sahen 85 Prozent der Erwachsenen (die Kinder und Jugendlichen wurden damals nicht dazu befragt) zu geringe Einkommen als Hauptgrund für Kinderarmut an.

Unter Erwachsenen, die mit einem niedrigen Einkommen selbst von dieser Problematik betroffen sind, wird diesem Aspekt mit 89 Prozent ein noch

Abbildung 5: Gründe für Kinderarmut



höherer Stellenwert beigemessen. Und auch Erwachsene mit niedrigem Schulabschluss sehen wesentlich öfter zu geringe Einkommen als Hauptgrund für die Kinderarmut an als diejenigen mit höherem Schulabschluss („Trifft voll und ganz zu“ 56 zu 33 Prozent). Das meinen auch die Kinder und Jugendlichen: Hier liegen die Werte bei den Hauptschüler*innen wesentlich höher als bei den Gymnasiast*innen („Trifft voll und ganz zu“ 68 zu 40 Prozent). (vgl. Abbildung 5)

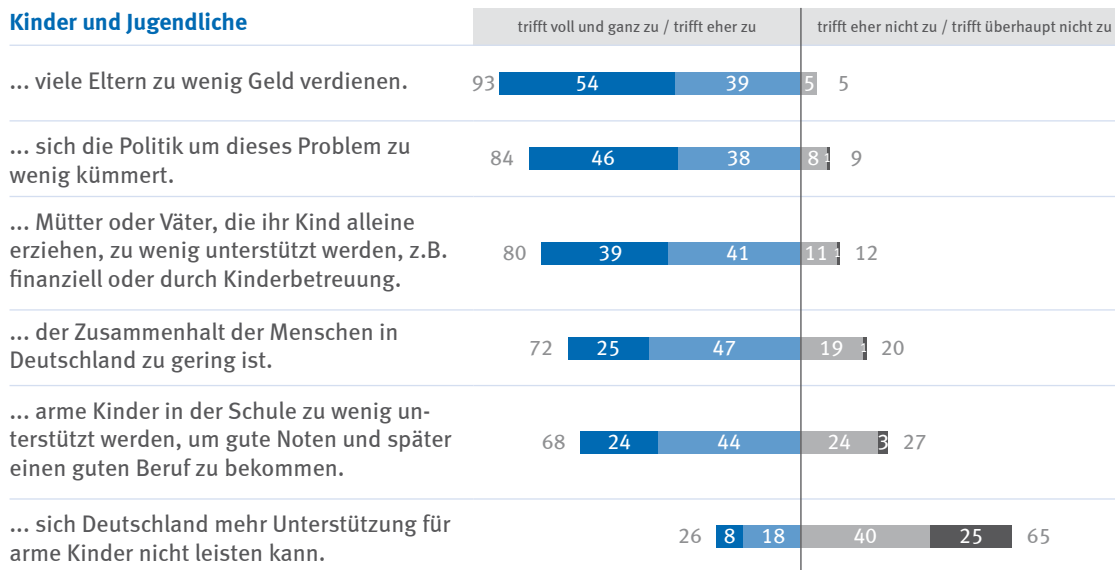
Dass von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt, sehen 81 Prozent der Erwachsenen so („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“). Betrachtet man nur die Aussage „Trifft voll und ganz zu“, so fallen bei den soziodemografischen Teilgruppen vor allem zwei Bereiche auf: 59 Prozent der Befragten

mit niedrigem Schulabschluss sehen dies so, aber nur 47 Prozent derjenigen mit hohem Schulabschluss. Zudem fällt das Urteil in Ballungsräumen anders aus: In Großstädten sind 54 Prozent dieser Meinung, in kleinen Gemeinden bis 5.000 Einwohner*innen nur 42 Prozent.

Die Kinder und Jugendlichen sind in dieser Frage zwar nahe an den Erwachsenen, aber mit deutlich niedrigeren Zustimmungsraten: Gut zwei Drittel (68 Prozent) der 10- bis 17-Jährigen halten es für zutreffend und ursächlich für Kinderarmut, dass arme Kinder zu wenig unterstützt werden, um einen guten Bildungsabschluss und damit einen guten Beruf zu bekommen. (vgl. Abbildung 6) Betrachtet man nur den Bereich „Trifft voll und ganz zu“, so fällt auf, dass dieser Aussage 31 Prozent der befragten Grund- sowie Hauptschüler*innen zustimmen, aber nur 15 Prozent der Gymnasiast*innen.

Abbildung 6: Gründe für Kinderarmut

Kinder und Jugendliche



Frage 2:
In Deutschland gibt es Kinder, die arm sind. Was sind Deiner Meinung nach dafür die Gründe? Bitte gib für jeden Grund an, ob er Deiner Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, weil ...?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent, Summe entspricht Top2-/Bottom2-Werten
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

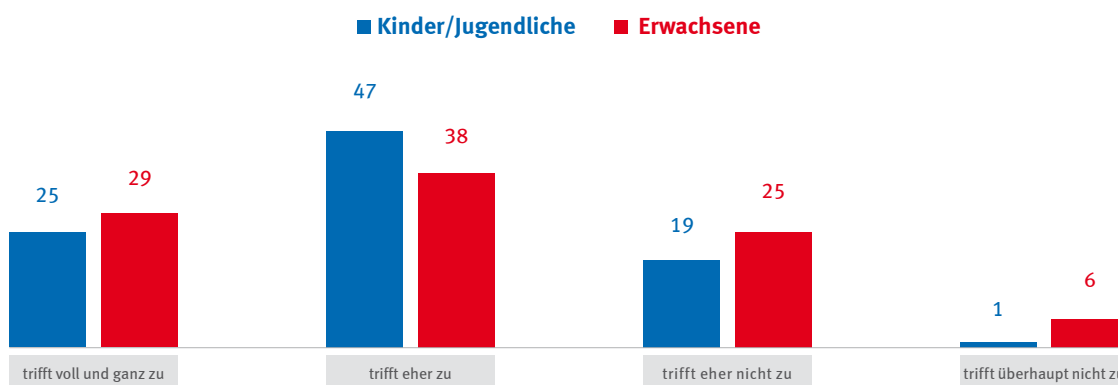
Mangelnde Unterstützung von Alleinerziehenden, beispielsweise finanziell oder durch Kinderbetreuung, sehen 78 Prozent der Erwachsenen („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) als wichtigen Grund für die Kinderarmut an. Dieser Meinung sind Männer und Frauen fast gleichermaßen (79 zu 77 Prozent), und auch zwischen den Befragten in West- und Ostdeutschland (79 zu 78 Prozent) gibt es kaum Unterschiede.

Und auch für die Kinder und Jugendlichen ist zu wenig Unterstützung von Alleinerziehenden ein wesentlicher Grund für die Kinderarmut in Deutschland, 80 Prozent („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) sehen das so. Betrachtet man nur die Aussage „Trifft voll und ganz zu“, gibt es einige signifikante Unterschiede: Insgesamt sind 39 Prozent dieser Meinung, und zwar 43 Prozent der befragten Mädchen und

nur 36 Prozent der befragten Jungen. Und bei den Hauptschüler*innen sowie Gesamtschüler*innen (jeweils 42 Prozent), vor allem aber den Realschüler*innen (47 Prozent) wird das anders gesehen als bei den Gymnasiast*innen (28 Prozent).

Der Aussage, dass sich Politiker*innen nur unzureichend um das Problem der Kinderarmut kümmern, stimmen 84 Prozent („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) der Kinder und Jugendlichen zu. Betrachtet man nur den Bereich „Trifft voll und ganz zu“, gibt es große Unterschiede vor allem bei den Alterskohorten und bei der Unterteilung nach Schultypen zu verzeichnen. 37 Prozent der 10- bis 11-jährigen sind dieser Ansicht, 46 Prozent der 12- bis 14-jährigen und bei den 15- bis 17-jährigen sind es 52 Prozent. Und während lediglich 33 Prozent der Gymnasiast*innen

Abbildung 7: Gründe für Kinderarmut



Frage 2:

Kinder und Jugendliche: In Deutschland gibt es Kinder, die arm sind. Was sind Deiner Meinung nach dafür die Gründe? Bitte gib für jeden Grund an, ob er Deiner Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Gibt es Kinderarmut in Deutschland, ...

..., weil der Zusammenhalt der Menschen in Deutschland zu gering ist.

Erwachsene: Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Es gibt Kinderarmut in Deutschland, ...

..., weil der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland zu gering ist.

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren

Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren

Angaben in Prozent

Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

KANTAR PUBLIC

Kinderreport 2023



dieser Aussage „voll und ganz“ zustimmen, sind es bei den Hauptschüler*innen 57 Prozent.

kleinen Kommunen und Großstädten (42 Prozent zu 34 Prozent).

Bei den Erwachsenen sind es 73 Prozent („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) der Befragten, die der Meinung sind, dass sich die Politik dem Problem der Kinderarmut nur unzureichend widmet. Dass das „voll und ganz“ zutrifft, meinen insgesamt 38 Prozent, aber 48 Prozent derjenigen mit niedrigem Schulabschluss und nur 28 Prozent mit hohem Schulabschluss, sowie 49 Prozent derjenigen mit niedrigem Haushaltseinkommen und lediglich 32 Prozent mit hohem Haushaltseinkommen. Unterschiede gibt es diesbezüglich auch zwischen West- und Ostdeutschland (37 zu 43 Prozent) sowie zwischen

Neben staatlichen Maßnahmen könnten auch ein besserer gesellschaftlicher Zusammenhalt und entsprechende Maßnahmen und Instrumente, beispielsweise Nachbarschaftsinitiativen oder Selbsthilfegruppen, zu einer Verringerung der Kinderarmut führen. Demgegenüber sehen 72 Prozent („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) der Kinder und Jugendlichen einen Zusammenhang zwischen einem zu geringen gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kinderarmut. 84 Prozent der Hauptschüler*innen sehen das so, aber nur 65 Prozent der Gymnasiast*innen. Bei den Erwachsenen sehen gut zwei Drittel (67 Prozent)

Abbildung 8: Gründe für Kinderarmut

Erwachsene

... viele Einkommen in Deutschland zu gering sind.	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AFD	Die Linke
Trifft voll und ganz zu	45	30	38	42	63	64
Trifft eher zu	38	43	45	38	27	32
Trifft eher nicht zu	11	19	11	9	5	0
Trifft überhaupt nicht zu	3	6	2	8	5	2

... von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt.	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AFD	Die Linke
Trifft voll und ganz zu	61	37	62	57	57	50
Trifft eher zu	22	30	32	25	24	43
Trifft eher nicht zu	12	21	2	9	11	5
Trifft überhaupt nicht zu	5	9	2	9	6	2

Frage 2:
Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

der Erwachsenen einen Zusammenhang zwischen fehlendem gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kinderarmut. (vgl. Abbildung 7) Schaut man hier auf den Bereich „Trifft voll und ganz zu“, so sehen das insgesamt 29 Prozent so, aber 40 Prozent derjenigen mit niedrigem Schulabschluss oder niedrigem Haushaltseinkommen sowie nur jeweils 15 Prozent derjenigen mit hohem Schulabschluss oder hohem Haushaltseinkommen.

Deutliche Verschiebungen hat es bei der Frage gegeben, ob die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht mehr Unterstützung gestattet. 44 Prozent der Erwachsenen sind dieser Auffassung, 14 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Dass das „voll und ganz zutrifft“, meinen insgesamt 16 Prozent der Befragten, aber nur

10 Prozent der 18- bis 29-Jährigen gegenüber 19 Prozent der über 60-Jährigen, und 28 Prozent derjenigen mit niedrigem Schulabschluss gegenüber 5 Prozent mit hohem Schulabschluss.

Dass wirtschaftliche Gründe eine zentrale Rolle spielen und sich Deutschland mehr Unterstützung für arme Kinder nicht leisten kann, glaubt hingegen lediglich ein Viertel (26 Prozent) der Kinder und Jugendlichen. Dass das „voll und ganz zutrifft“, meinen insgesamt 8 Prozent, aber 19 Prozent der Hauptschüler*innen gegenüber 3 Prozent der Gymnasiast*innen.

Bei den Gründen für die Kinderarmut in Deutschland lohnt natürlich auch der Blick auf die Parteilager. Hier gibt es erwartungsgemäß große

Abbildung 9: Gründe für Kinderarmut

Erwachsene

... Alleinerziehende zu wenig unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Kinderbetreuung.	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AFD	Die Linke
Trifft voll und ganz zu	39	29	37	34	56	50
Trifft eher zu	32	37	51	47	26	38
Trifft eher nicht zu	20	21	8	6	8	10
Trifft überhaupt nicht zu	5	8	0	9	7	0

... die Politik sich diesem Problem nur unzureichend widmet.	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AFD	Die Linke
Trifft voll und ganz zu	37	32	28	32	62	38
Trifft eher zu	29	36	47	37	22	56
Trifft eher nicht zu	23	19	17	18	9	4
Trifft überhaupt nicht zu	7	10	3	9	7	2

Frage 2:

Auf Basis aktueller Studien kommen Kinderhilfsorganisationen zu der Erkenntnis, dass es in Deutschland viele Kinder gibt, die von Armut betroffen sind. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft. Es gibt Kinderarmut in Deutschland, weil ...?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

Unterschiede, insbesondere wenn nur die Aussage „Trifft voll und ganz zu“ als Grundlage genommen wird. Der Aussage, dass zu geringe Einkommen Ursache für die Kinderarmut sind, stimmen bei den Linken-Anhänger*innen 64 Prozent „voll und ganz“ zu, bei der AfD sind es 63 Prozent. Bei der SPD sind es immerhin noch 45 Prozent, bei der FDP 42 Prozent, bei den Grünen 38 Prozent und bei der Union 30 Prozent. (vgl. Abbildung 8)

Relativ einheitlich ist die Einschätzung, dass von Armut betroffene Kinder weniger Chancen auf einen guten Bildungsabschluss haben und sich Armut dadurch fortsetzt. Das sehen 62 Prozent der Anhänger*innen der Grünen „voll und ganz“ so, 61 Prozent bei der SPD, jeweils 57 Prozent bei FDP und AfD und 50 Prozent bei den Linken. Deutlich geringer ist die Zustimmungsrate im Lager der Unionsparteien mit 37 Prozent.

Die zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden, die insgesamt 40 Prozent der befragten

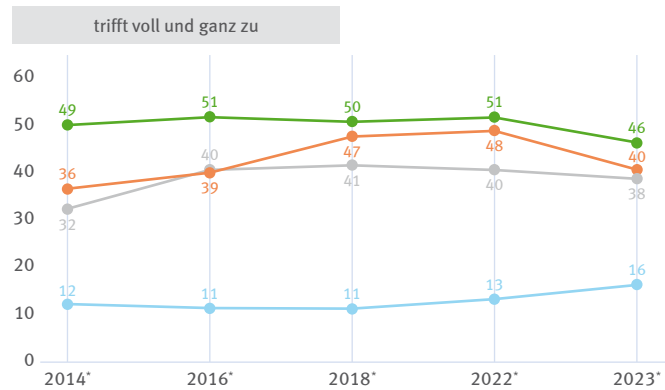
Erwachsenen „voll und ganz“ für die Kinderarmut in Deutschland mitverantwortlich machen, wird bei den Parteianhänger*innen differenziert gesehen. 56 bzw. 50 Prozent bei der AfD bzw. der Linken sehen das so, bei der SPD sind es 39 Prozent, bei den Grünen 37 Prozent und bei der FDP 34 Prozent. Bei den Anhänger*innen der Union sind es hingegen nur 29 Prozent. (vgl. Abbildung 9)

Betrachtet man die Bewertung, dass sich die Politik zu wenig um das Problem Kinderarmut kümmert, entlang der Parteilager, so fällt auf, dass es hierzu im Lager der AfD eine wesentlich andere Einschätzung gibt als bei den anderen Parteien: Für 62 Prozent der AfD-Anhänger*innen trifft es „voll und ganz“ zu, dass sich die Politik der Kinderarmut nur unzureichend widmet. Mit weitem Abstand kommen die Anhänger*innen der Linken mit 38 Prozent, der SPD mit 37 Prozent, der Union und FDP mit jeweils 32 Prozent und die der Grünen mit 28 Prozent zu dieser Einschätzung.

Abbildung 10: Gründe für Kinderarmut im Zeitverlauf

Erwachsene

- weil viele Einkommen in Deutschland einfach zu gering sind.
- weil Alleinerziehende zu wenig unterstützt werden, z.B. finanziell oder durch Kinderbetreuung.
- weil sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet.
- weil die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet.



Frage 2: Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für Kinderarmut in Deutschland? Bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder ganz und gar nicht zutrifft.

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent

* Alle oben angegebenen Jahre beziehen sich aus Gründen der Nachvollziehbarkeit auf das Veröffentlichungsdatum, der Befragungszeitraum lag, außer für 2022 und 2023, jeweils im davorliegenden Kalenderjahr.

Betrachtet man die Einschätzungen zu den Gründen der Kinderarmut in Deutschland in einem längeren Zeitraum von 2013 bis heute, so spiegeln sich einerseits die Stagnation in diesem Bereich (rund jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen, und das seit vielen Jahren auf einem konstant hohen und zuletzt steigenden Niveau) und andererseits verschiedenste politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in den Antworten der Erwachsenen wider. Die Zustimmungsraten („Trifft voll und ganz zu“) hinsichtlich zu geringer Einkommen (zunächst Anstieg von 49 auf 51 Prozent, jetzt ein geringer Rückgang auf 46 Prozent), zu geringer Unterstützung von Alleinerziehenden

(Anstieg von 36 auf zunächst 48 Prozent und Reduktion auf derzeit 40 Prozent) und dass sich die Politik diesem Problem nur unzureichend widmet (Anstieg von 32 auf zunächst 41 Prozent und Reduktion auf 38 Prozent), sind hier trotz leichter „Verbesserungen“ ein deutlicher Hinweis auf eine von der Bevölkerung konstant kritisch wahrgenommene Vernachlässigung des Problems durch die Politik. Dahingegen ist die Einschätzung, dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung einkommensschwacher Familien mit Kindern nicht gestattet, auf einem weiterhin niedrigen Niveau, auch wenn die Zahl aktuell etwas angestiegen ist. (vgl. Abbildung 10)

Politische Schlussfolgerungen

Die Gründe für die Armut von Kindern und ihren Familien sind vielfältig und mitunter auch individuell zu betrachten. Gleichwohl lassen sich systematische Problemlagen identifizieren, sodass auch die Möglichkeit besteht, Anpassungspotenziale zu eruieren und Veränderungen herbeizuführen. Eindeutig äußern sich die Befragten zum Zusammenhang von Einkommen und Armut. Sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene liegt auf der Hand, dass für viele Menschen die Einkommen in Deutschland zu gering sind. Aber auch die mangelnde Unterstützung des Staates für Alleinerziehende sowie fehlende Hilfs- und Unterstützungssysteme für armutsbetroffene Kinder im Bildungskontext werden beklagt. Wenig verwunderlich ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Befragten, wonach sich die Politik zu wenig darum kümmere, dem Problem der Armut von Kindern zu begegnen. Festgestellt werden kann dabei eine jahresübergreifende Tendenz: So wie die Zahl junger Menschen in Armut auf hohem Niveau stagniert oder sogar steigt, verfestigt sich auch der Eindruck der Bevölkerung, dass in politischen Gremien diesem Thema kein Raum gewidmet wird. Aus Perspektive des Deutschen Kinderhilfswerkes muss dies als Alarmsignal gewertet werden, und es sollte dazu führen sich nun verstärkt dieser Herausforderung anzunehmen und zügig wirksame Maßnahmen zu etablieren. Dabei gilt es nicht nur, jungen Menschen ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit zu ermöglichen, sondern auch, der Demokratie abträglichen Tendenzen entgegenzuwirken. Denn dort, wo sich der Staat als vermeintlich handlungsunfähig erweist und sich existenzielle Ängste und Perspektivlosigkeit breit machen, besteht die Gefahr, dass unser Gesellschaftssystem infrage gestellt wird und Unterstützung dafür schwindet.

Einen Hauptgrund für die Armut von Familien und ihren Kindern identifizieren die Befragten in der unzureichenden Entlohnung vieler Berufstätiger. Deutlich über drei Viertel der Kinder und Erwachsenen sind der Meinung, dass die Einkommen in Deutschland zu gering sind. Angesichts einer Inflationsrate von 8,7 Prozent zu Beginn dieses Jahres (vgl. Destatis 2023a), insbesondere verstärkt durch steigende Energiepreise (23,1 Prozent) sowie die Kosten für Nahrungsmittel (20,2 Prozent) in Verbindung mit Lohnentwicklungen, die bei diesen Entwicklungen nicht Schritt halten, erscheint diese Einschätzung naheliegend. Maßnahmen der Bundesregierung, in dieser Situation für Entlastung zu sorgen und Unterstützung anzubieten, bspw. mittels des Sofortzuschlages, der Erhöhung des Kindergeldes, der Reform des Wohngeldes oder der Strom- und Gaspreisbremsen, entfalten jedoch offenkundig nicht in ausreichendem Maße die gewünschte Wirkung. Nach wie vor besteht in der Bevölkerung der Eindruck, dass zu wenig unternommen werde.

Neben der Höhe des Einkommens sind auch strukturelle Aspekte der Entlohnung sowie der Möglichkeiten, einer bezahlten Arbeit nachzugehen, in den Blick zu nehmen. Insgesamt sollte dem Grundsatz gefolgt werden, dass Menschen, die arbeiten, auch in der Lage sein sollten, ein gutes Leben in sozialer Sicherheit führen zu können. Dafür wäre es notwendig, den Niedriglohnsektor abzubauen und auch vermeintlich einfache Arbeiten und Tätigkeiten ausreichend zu bezahlen sowie Arbeitsverhältnisse zu sichern, indem Befristungen

reduziert und alle Beschäftigten in die Sozialversicherungssysteme aufgenommen werden. Ebenso zentral wie überfällig ist es, gleiche Tätigkeiten unabhängig von Geschlecht und Herkunft auch gleich zu entlohnen (vgl. Zinke 2020). Im Jahr 2022 betrug der Gender-Pay-Gap 7 Prozent (vgl. Destatis 2023b). Frauen verdienten demnach im Jahr 2022 im Durchschnitt 18 Prozent weniger pro Arbeitsstunde als Männer (vgl. ebd.) Dies verursacht nicht nur fehlende Einkünfte für den Unterhalt der Familien, sondern ist nach wie vor ein Hauptgrund, dass es die Mütter sind, die den Großteil der Betreuungs- und Erziehungszeiten der Kinder übernehmen. Infolgedessen sind sie es die oftmals nicht in Vollzeit tätig sind, weniger Karrierechancen haben und damit auch deutlich stärker armutsgefährdet sind. Noch deutlicher als in den Paarfamilien zeigt sich dies bei Alleinerziehenden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2021; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 2022: 5). Daneben führen auch Be- und Überlastungen am Arbeitsplatz durch zu viel Arbeit und Überstunden oder auch durch Arbeitszeiten in den Morgen- und Abendstunden sowie am Wochenende – also zu Zeiten, in denen Betreuungsangebote in der Regel nicht zur Verfügung stehen – dazu, dass Arbeitszeiten reduziert werden. Dies führt wiederum zu weniger Einkommen und schwindenden Entwicklungsperspektiven im Beruf. Neben Alleinerziehenden sehen sich auch Eltern von Mehrkindfamilien vor besondere Herausforderungen gestellt. Laut einer aktuellen Untersuchung fällt deren Familieneinkommen wegen der Haushaltsgröße und der entsprechend hohen Bedarfe u.a. an Lebensmitteln, Kleidung, Wohnraum oder Energie niedriger aus. Oftmals verzichten Eltern auf eine längere Arbeitszeit, obwohl viele durchaus hochqualifizierte Mütter weiter in Teil- oder Vollzeit berufstätig sein wollen. Infolgedessen reduzieren sich ihre Möglichkeiten zur eigenen Altersvorsorge und auch insgesamt ist das Armutsrisiko von Mehrkindfamilien damit deutlich erhöht (vgl. Bertelsmann Stiftung 2022, KRFD 2022).

Zwar wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um an Einzelaspekten der Familiensicherung zu arbeiten. So wurden Kindergeld, Kinderzuschlag und auch der Kinderregelsatz erhöht, der Unterhaltsvorschuss reformiert und am Ausbau der Betreuungsplätze gearbeitet. Insgesamt wirken sich all diese Maßnahmen bislang jedoch nicht Armut reduzierend aus. Ungeachtet der Höhe der jeweiligen Leistungen erweist sich das Familienleistungssystem nach wie vor als sehr bürokratisch, und es zeichnet sich durch komplexe Anrechnungs- und Schnittstellenproblematiken aus. Dies führt dazu, dass mögliche Unterstützungsleistungen die Anspruchsberechtigten zu häufig nicht erreichen. Mitunter kommt es auch zu Widersprüchlichkeiten der Familienförderung, bspw. wenn Kinder von arbeitenden Eltern mehr staatliche Unterstützung erfahren als Kinder von Eltern, die nicht ausreichend selbst für die soziale Sicherung ihrer Familie sorgen können. So werden Familien mit höheren Einkommen nach wie vor stärker entlastet als solche mit niedrigeren Einkommen.

Da offensichtlich ist, dass die weitere Bearbeitung von Einzelpunkten nicht zielführend ist, sollte die Kinderarmut mit einer umfassenden Strategie bekämpft werden, die eine „große Lösung“ ermöglicht. Vor diesem Hintergrund setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk gemeinsam mit einer Vielzahl weiterer Organisationen im „Bündnis Kindergrundsicherung“ dafür ein, dass mit Blick auf die steuerliche Betrachtung Kinder gleichbehandelt werden und hinsichtlich ihrer Bedürftigkeit besondere Unterstützung erfahren, wo dies nicht durch die Familien selbst geleistet werden kann (vgl. Bündnis Kindergrundsicherung 2023). Damit dies auf einer realitätsnahen Basis erfolgen kann, ist es notwendig, ein eigenständiges Existenzminimum für Kinder zu ermitteln, das sich an ihren tatsächlichen Bedarfen orientiert und somit ein gutes Aufwachsen sowie Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglicht. Bei der Ermittlung dieses Existenzminimums ist es daher von besonderer Bedeutung, dass neben der Betrachtung statistischer Daten auch Kinder und Jugendliche selbst einbezogen werden und ihre Sichtweisen Berücksichtigung in dem Prozess finden.

Neben der Überarbeitung der finanziellen Leistungen des Staates für Kinder und Jugendliche ist es ebenso notwendig, Infrastrukturen für die gesellschaftliche Teilhabe sowie Bildung junger Menschen aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Neben Kindertagesstätten und Schulen mit entsprechender Personal- und Sachausstattung gehören dazu auch Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Einrichtungen wie Musikschulen, Bibliotheken, Gemeinschaftszentren und Mehrgenerationenhäuser, ein vielfältiges Vereinswesen und Orte zur freien Gestaltung. Sofern diese Angebote nicht wohnortnah zur Verfügung stehen, sollte deren Erreichbarkeit durch eine gute Anbindung mittels des öffentlichen Personennahverkehrs oder auch durch sichere Fuß- und Fahrradwege ermöglicht werden. Die Einrichtung von (temporären) Spielstraßen im direkten Wohnumfeld wäre eine weitere Maßnahme, um Kindern Orte der Bewegung, des Spiels und der

Gemeinschaft relativ einfach zu ermöglichen. Da gesellschaftliche Teilhabe zunehmend auch über digitale Räume realisiert wird, sieht das Deutsche Kinderhilfswerk Bund, Länder und Kommunen in der Verantwortung, allen Kindern einen kosten- und barrierefreien sowie sicheren Zugang ins Internet zu eröffnen (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2022a).

Auch dem deutschen Bildungssystem wird hinsichtlich seiner Unterstützungswirkung ein schlechtes Zeugnis durch die Befragten ausgestellt. So kommt eine erhebliche Mehrheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu dem Ergebnis, dass die Schule nicht hinreichend in der Lage ist, armutsbedrohten bzw. von Armut betroffenen Kindern mit guter Qualifikation den „Ausbruch“ aus ihrer Herkunftssituation zu ermöglichen. Gestützt wird der Eindruck der Befragten durch eine Vielzahl von Studien und Untersuchungen. So belegen u.a. die PISA-Studien oder auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wiederholt, dass Förderengagement der Lehrenden, Leistungsbewertungen und Kenntnis des sozialen Status zu Ungunsten der Kinder miteinander korrelieren (vgl. OECD 2016: 14). Aber auch Schüler*innen, die mit guten Leistungen ihren ersten Bildungsweg beenden, stoßen im weiteren Verlauf allzu oft auf größere Probleme, wenn sie ein Studium ergreifen wollen oder wählen durch das Vorleben im Familien- und Bekanntenkreis berufliche Laufbahnen die zu wenig geeignet sind, um den gesellschaftlichen Aufstieg zu meistern (vgl. Riedel 2018).

Um soziale Benachteiligungen durch Bildung abzubauen, bedarf es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes daher eines Bildungssystems, das jedes Kind in seiner Individualität wahrnimmt und ihm die Förderung zuteilwerden lässt, die es benötigt. Vorverurteilung, Stigmatisierungen und Diskriminierungen sind in Bildungseinrichtungen nicht nur fehl am Platz, sondern gehören durch diese überwunden. Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen sichert allen Kindern in den Artikeln 28 und 29 zu, dass das Recht auf Bildung chancengleich für alle realisiert werden soll. Auch sollen die Begabungen und Fähigkeiten eines jeden Kindes voll zur Entfaltung gebracht werden. Damit dies gelingt, ist es unerlässlich, weiter in die Ausbildung von Betreuungs- und Lehrpersonal zu investieren, Gruppen- und Klassengrößen zu reduzieren, verwaltungstechnische Aufwände pädagogischer Fachkräfte abzubauen, pädagogische Konzepte stärker in den Mittelpunkt zu rücken und Unterrichtsinhalte vermehrt an den Lebensrealitäten der Kinder auszurichten. Bekannt ist, dass weniger das Lernen von Fakten und Daten als vielmehr das Erwerben von Kompetenzen und Fertigkeiten Ziel der Bildung (vgl. OECD 2020) sein sollten. Ebenso tragen eine gelingende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie die daraus resultierende Selbstwirksamkeitserfahrung zu einem reflektierenden Umgang und der Entwicklung von Bewältigungsstrategien in herausfordernden Situationen bei, was auch im Armutskontext hilfreich sein kann (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2012). Zudem wird deutlich, dass es nach Ansicht der Befragten einen großen Mangel an Personal bei den Fachkräften der Schulsozialarbeit gibt (vgl. dazu auch Hickmann & Koneberg 2022). Durch diesen Mangel besteht die Gefahr, dass benachteiligte Kinder nicht die notwendige Aufmerksamkeit bekommen und mögliche Gefährdungen in den Familien unerkannt bleiben. Letztlich erschwert eine solche mangelnde Unterstützung für armutsbetroffene Kinder einen guten Schulabschluss zu machen und dadurch später auch die Chance auf einen gut-bezahlten Beruf. Eine ausreichende personelle Ausstattung von Sozialarbeitenden an Schulen hat so nicht nur Auswirkungen auf die Prävention und das Erkennen von Kindheitswohlgefährdungen, sondern ist auch eine wichtige Maßnahme der Armutsbekämpfung im Bildungssystem.

Neben der Qualifikation von Kindern und Jugendlichen sollte sich das Bildungssystem nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes verstärkt seiner sozialintegrativen Funktion bewusst werden und zuwenden. Dies gilt insbesondere in Bereichen, in denen Familien Unterstützung bei der Vermittlung von Orientierung und Kompetenzen im Sinne einer ganzheitlichen Bildung benötigen können. Kindern, Jugendlichen und auch Fachkräften würde es helfen, (Leistungs-)Druck zu minimieren sowie Zeit und Raum für den gemeinsamen Austausch zu schaffen. Nicht allein die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass ein Bedarf für das Miteinander besteht und das Thema eines „gesunden Lebens“ Teil des Bildungsauftrages sein sollte. Von Bedeutung ist es, Aspekte der psychischen Gesundheit und Resilienzförderung in die Gesundheitsprävention im Bildungssystem einzubetten und dabei Fragen der Ernährung und Bewegung ebenso zu berücksichtigen wie den Umgang mit Belastungen (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2022c). Diesem Ansatz folgend unterstützt das Deutsche Kinderhilfswerk mit dem Programm MeTAzeit Schülerinnen und Schüler dabei, Achtsamkeit, Meditation und Bewegung für sich zu entdecken und in ihren Alltag zu integrieren. „MeTAzeit“ steht dabei für Meditation, Training und Achtsamkeit in der Schule. Die Schülerinnen und Schüler führen im

Schulalltag gemeinsam kurze Übungen durch, die zu mehr Selbstfürsorge und weniger Stress führen sollen. Das Konzept ist wissenschaftlich fundiert und führt nachgewiesenermaßen dazu, dass Kinder sich wohler fühlen: Sie können sich besser konzentrieren, leichter Entscheidungen treffen und auch der Zusammenhalt innerhalb der Klassen verbessert sich durch die gemeinsamen Übungen. Das Programm ist für alle Schulmodelle sowie alle Jahrgänge geeignet und wird aktuell an 15 Leuchtturmschulen umgesetzt, die über einen Wettbewerb ausgewählt wurden. Entsprechende Programme und Inhalte sollten nachhaltig und nicht nur im Rahmen von Projektförderungen im Bildungsalltag abgesichert werden. Zudem sind entsprechende Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte vorzusehen. Unterstützen kann dabei eine multiprofessionelle Ausstattung der Schulen sowie die Kooperation mit weiteren pädagogischen Projekten und Professionen aus dem außerschulischen Kontext. Insgesamt sollte Schule personell und strukturell gestärkt werden, um Unterstützung beim Ausgleich individueller Ungleichheiten auf familiärer Ebene sowie Raum und Zeit für die Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohlbefinden bieten zu können.

Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut

Zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen, vor allem für sozialpolitische Maßnahmen, die mehrdimensional an den verschiedenen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen ansetzen. Dazu gehören beispielsweise eine generelle Vereinfachung und Entbürokratisierung beim Abruf von Leistungen für Kinder und Jugendliche, mehr politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum, die Neuberechnung und Erhöhung der Bürgergeld-Regelsätze, bessere Chancen im Bildungssystem oder eine bessere Unterstützung für Alleinerziehende und Mehrkindfamilien. Neben der materiellen Absicherung junger Menschen wird auch die Schaffung bzw. Absicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen gefordert, die Kindern und Jugendlichen aus armen Familien die gleichen Teilhabe- und Bildungschancen ermöglichen wie anderen Gleichaltrigen.

Für den Kinderreport 2023 wurde in der Umfrage nicht explizit nach der im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vereinbarten Kindergrundsicherung gefragt, da zum Zeitpunkt der Befragung die Eckpunkte für die Kindergrundsicherung noch nicht bekannt waren. Wenn es bei der Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland um die Einschätzung direkter monetärer Leistungen geht, bieten aber die vorangegangenen Befragungen und auch die aktuellen Daten gute Anhaltspunkte, welche Maßnahmen sowohl von den Erwachsenen als auch den Kindern und Jugendlichen als wichtige Stellschrauben in dieser Hinsicht angesehen werden.

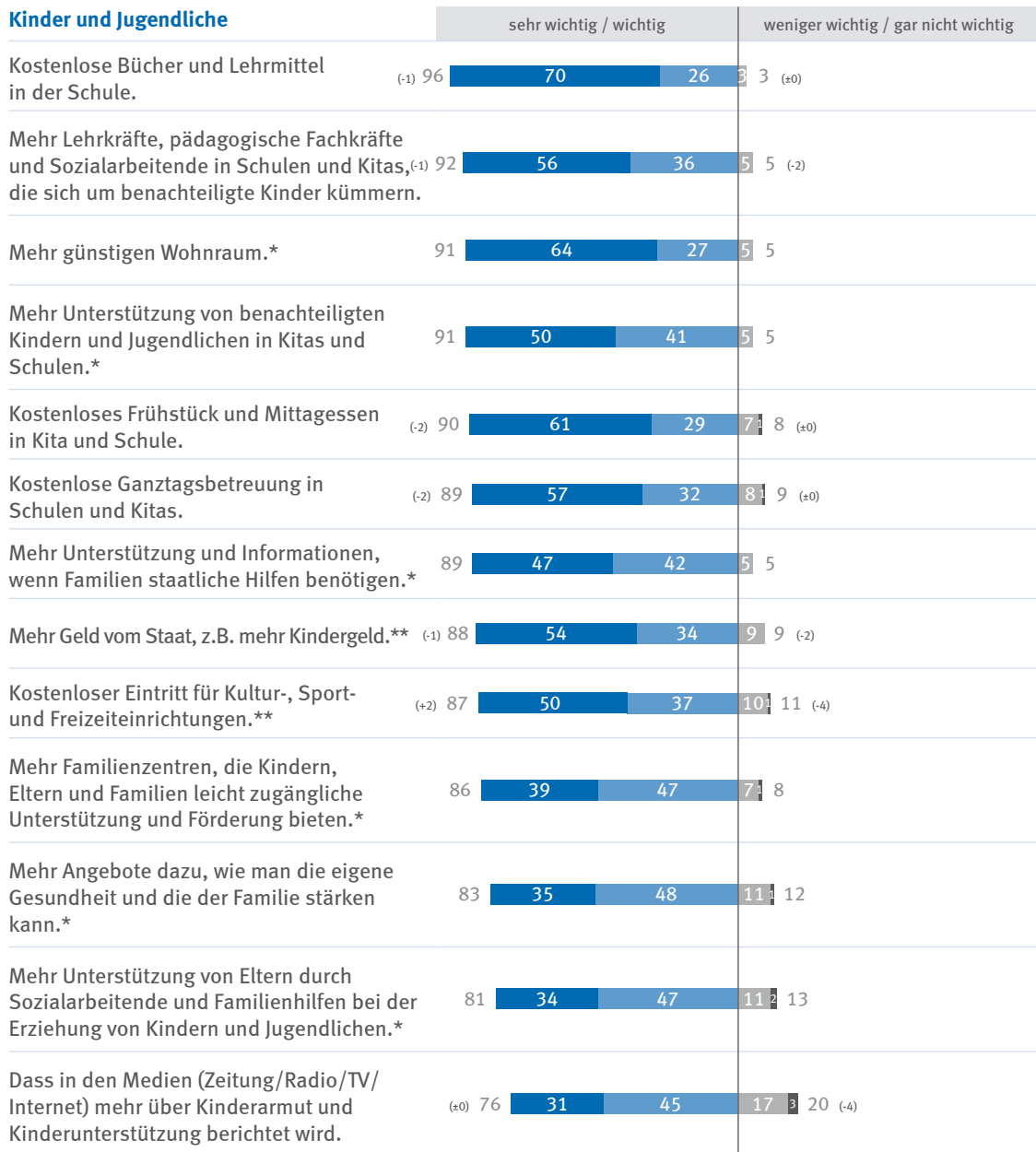
Bei den befragten Kindern und Jugendlichen gibt es durchgehend sehr hohe Zustimmungswerte zu den einzelnen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Besonders favorisiert werden kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (96 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (92 Prozent) sowie politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum (91 Prozent) und mehr Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in

Kitas und Schulen (91 Prozent). Aber auch kostenfreies Essen in Schule und Kita (90 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (89 Prozent) sowie mehr Unterstützung und Informationen, wenn Familien staatliche Hilfen benötigen (89 Prozent), werden als wirksame mögliche Unterstützungen bewertet.

Das gilt auch für eine Erhöhung des Kindergeldes (88 Prozent), kostenlosen Eintritt für Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (87 Prozent), mehr Familienzentren, die Kindern, Eltern und Familien leicht zugängliche Unterstützung und Förderung bieten (86 Prozent) sowie mehr Angebote, wie man die eigene Gesundheit und die der Familie stärken kann (83 Prozent). Etwas geringer sind die Zustimmungsraten hinsichtlich mehr Unterstützung von Eltern durch Sozialarbeiter*innen und Familienhilfen bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen (81 Prozent) und dass in den Medien mehr über Kinderarmut und Unterstützungsleistungen für arme Familien und ihre Kinder berichtet wird (76 Prozent). (vgl. Abbildung 11)

Bemerkenswert ist, dass die Unterstützungsmaßnahmen von Schüler*innen, die eine Hauptschule besuchen, eher als „sehr wichtig“ angesehen werden als von denen der Gymnasien. Dabei sind die Unterschiede teils erheblich: kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (73 zu 63 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (55 zu 47 Prozent), politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum (78 zu 49 Prozent), mehr Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen (52 zu 40 Prozent), kostenfreies Essen in Schule und Kita (67 zu 53 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (64 zu 49 Prozent), mehr Unterstützung und Informationen, wenn Familien staatliche Hilfen benötigen (63 zu 38 Prozent), eine Erhöhung des Kindergeldes (64 zu 41 Prozent), kostenloser Eintritt für Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (41 zu 41 Prozent, aber mehr Nennungen der Hauptschüler*innen im Bereich „wichtig“), mehr

Abbildung 11: Maßnahmen gegen Kinderarmut



Frage 3:
Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge? Wie ist das mit ...?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren

Angaben in Prozent

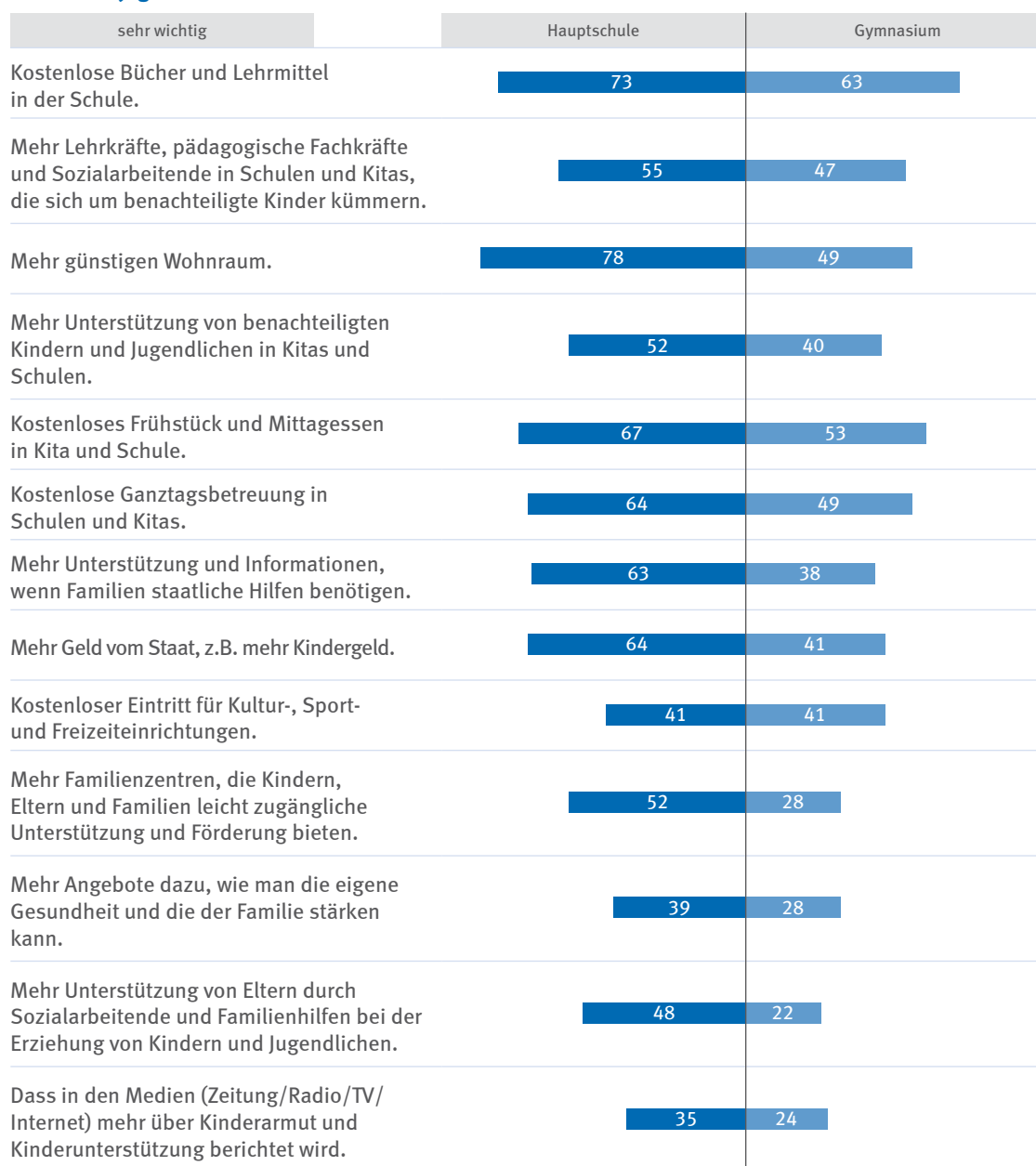
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

* neues Item, 2018 nicht erhoben / ** angepasste Formulierung

Werte in Klammern: Veränderung gegenüber 2018

Abbildung 12: Maßnahmen gegen Kinderarmut

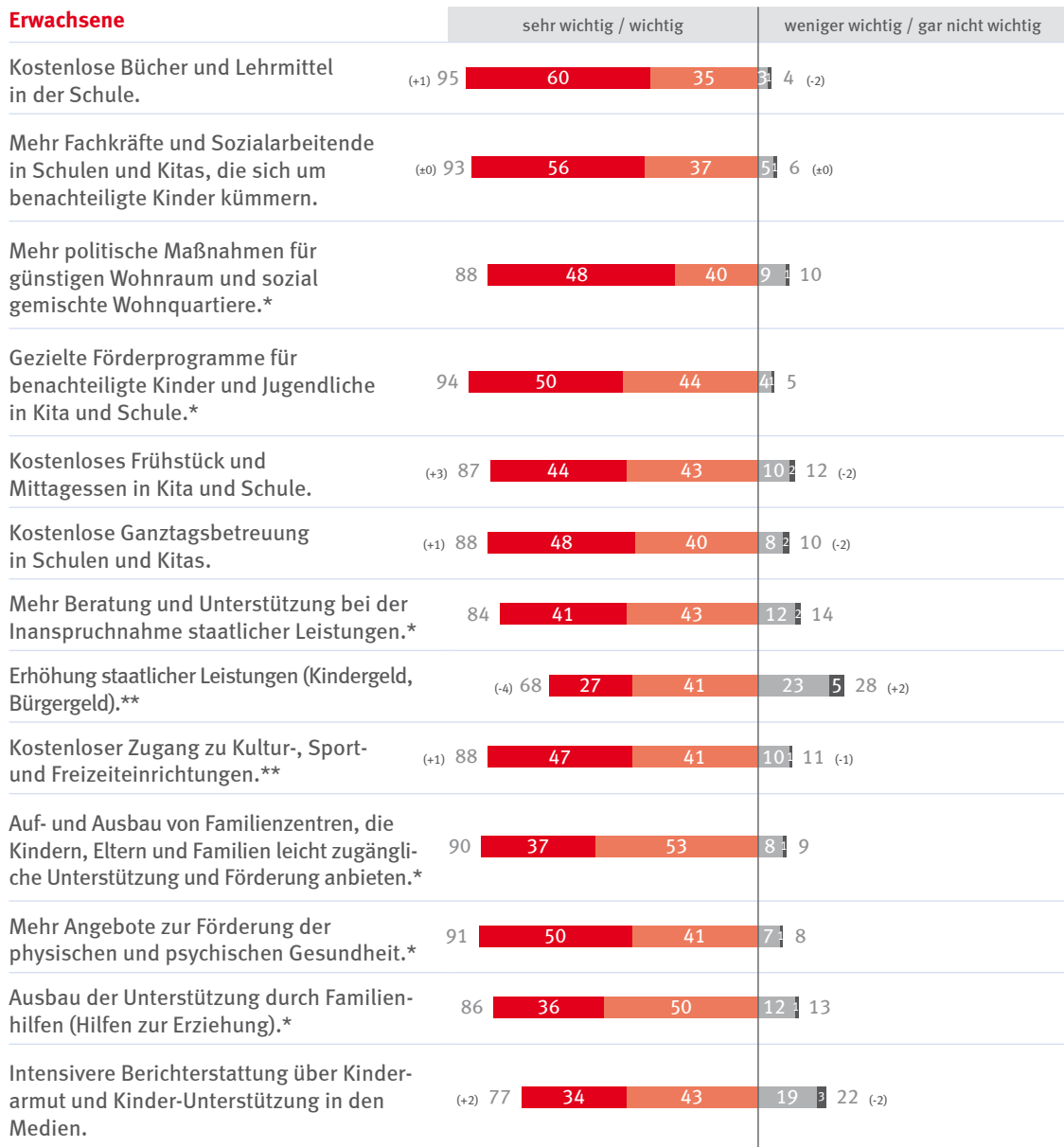
Kinder und Jugendliche



Frage 3:
Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge? Wie ist das mit ...?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent

Abbildung 13: Maßnahmen gegen Kinderarmut



Frage 3:
 Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um einkommensschwache Familien mit Kindern zu unterstützen. Ich lese Ihnen nun einige Punkte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Maßnahme für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Wie ist das mit ...?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
 Angaben in Prozent
 Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe
 * neues Item, 2018 nicht erhoben / ** angepasste Formulierung
 Werte in Klammern: Veränderung gegenüber 2018

Familienzentren, die Kindern, Eltern und Familien leicht zugängliche Unterstützung und Förderung bieten (52 zu 28 Prozent), mehr Angebote, wie man die eigene Gesundheit und die der Familie stärken kann (39 zu 28 Prozent), mehr Unterstützung von Eltern durch Sozialarbeiter*innen und Familienhilfen bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen (48 zu 22 Prozent) und dass in den Medien mehr über Kinderarmut und Unterstützungsleistungen für arme Familien und ihre Kinder berichtet wird (35 zu 24 Prozent). (vgl. Abbildung 12)

Zudem soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass alle abgefragten Unterstützungsmaßnahmen von den befragten Mädchen stärker mit „sehr wichtig“ präferiert werden als von Jungen. Sehr unterschiedlich ist auch die Einschätzung zwischen Kindern und Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland. So werden 12 von 13 Maßnahmen im Osten öfter mit „sehr wichtig“ eingestuft als im Westen. Einzige Ausnahme: politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum.

Bei der Frage, wie die Kinderarmut in Deutschland bekämpft werden sollte, fordert auch ein Großteil der Erwachsenen eine umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen. Als Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut werden vor allem kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (95 Prozent), gezielte Förderprogramme für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen (94 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (93 Prozent), mehr Angebote zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit (91 Prozent) und der Auf- und Ausbau von Familienzentren, die Kindern, Eltern und Familien leicht zugängliche Unterstützung und Förderung anbieten (90 Prozent), gefordert.

Favorisiert werden auch mehr politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum und sozial gemischte Wohnquartiere (88 Prozent), eine kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (88 Prozent), kostenloser Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (88 Prozent) sowie kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kitas und

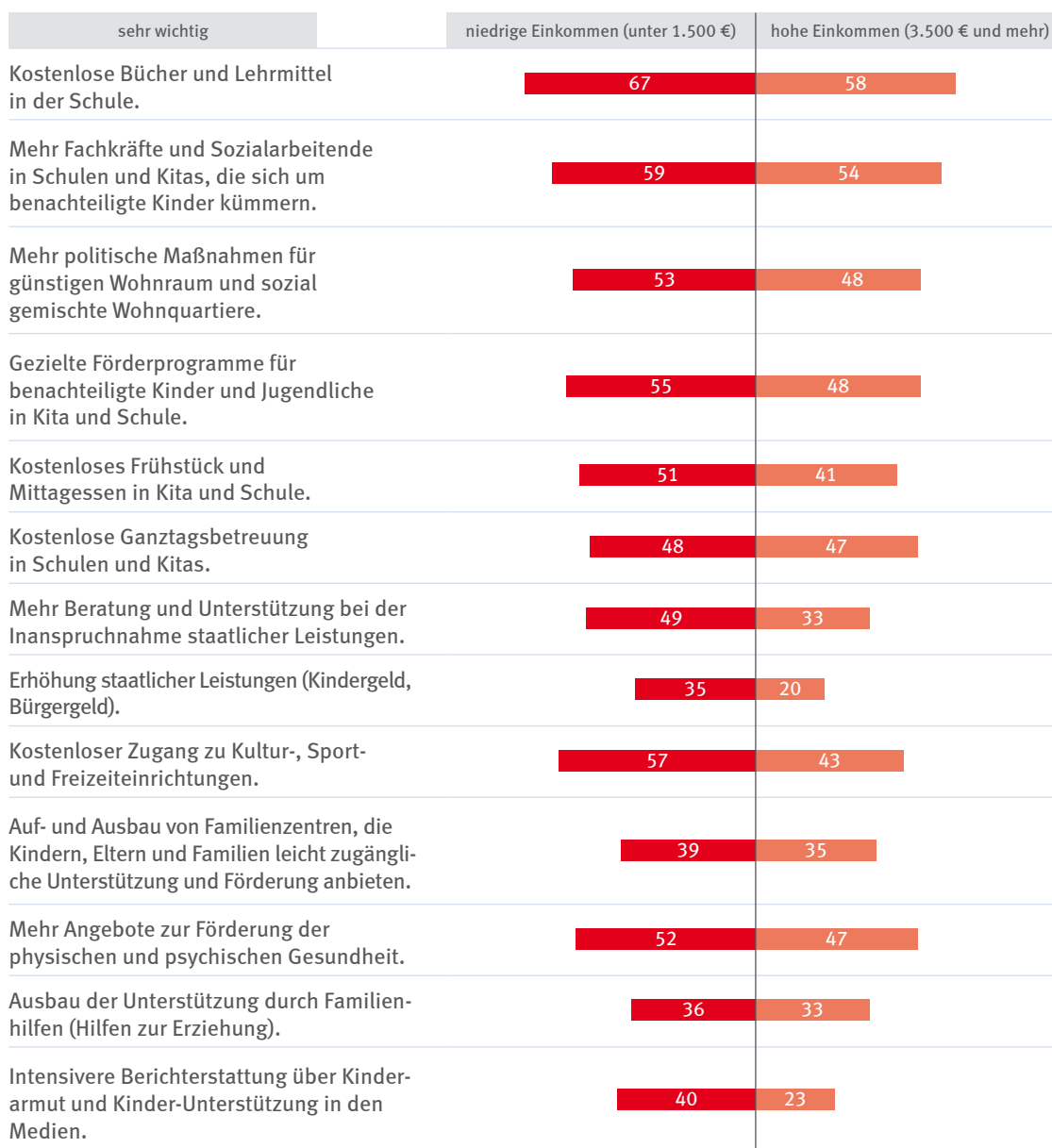
Schulen (87 Prozent). Von Bevölkerungsmehrheiten werden außerdem der Ausbau der Unterstützung durch Familienhilfen (86 Prozent), mehr Beratung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen (84 Prozent), eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinderunterstützung in den Medien (77 Prozent) als wirksame Maßnahmen bewertet. Das gilt zudem, wenn auch mit einigem Abstand, für die Erhöhung staatlicher Leistungen wie Kindergeld und Bürgergeld (68 Prozent). (vgl. Abbildung 13)

Bemerkenswert ist, dass die Unterstützungsmaßnahmen von denjenigen mit niedrigem Haushaltseinkommen öfter als „sehr wichtig“ angesehen werden als von denen mit hohem Haushaltseinkommen, und dass mit teils erheblichen Unterschieden: kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (67 zu 58 Prozent), gezielte Förderprogramme für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen (55 zu 48 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (59 zu 54 Prozent), mehr Angebote zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit (52 zu 47 Prozent), der Auf- und Ausbau von Familienzentren, die Kindern, Eltern und Familien leicht zugängliche Unterstützung und Förderung anbieten (39 zu 35 Prozent), mehr politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum und sozial gemischte Wohnquartiere (53 zu 48 Prozent), eine kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (48 zu 47 Prozent), kostenloser Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen (57 zu 43 Prozent), kostenloses Frühstück und Mittagessen in Kitas und Schulen (51 zu 41 Prozent), Ausbau der Unterstützung durch Familienhilfen (36 zu 33 Prozent), mehr Beratung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen (49 zu 33 Prozent), eine intensivere Berichterstattung über Kinderarmut und Kinderunterstützung in den Medien (40 zu 23 Prozent), Erhöhung staatlicher Leistungen wie Kindergeld und Bürgergeld (35 zu 20 Prozent). (vgl. Abbildung 14)

Bemerkenswert ist zudem, dass alle Unterstützungsmaßnahmen (analog zu den Befragungsergebnissen bei den Kindern und Jugendlichen)

Abbildung 14: Maßnahmen gegen Kinderarmut

Erwachsene



Frage 3:

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um einkommensschwache Familien mit Kindern zu unterstützen. Ich lese Ihnen nun einige Punkte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Maßnahme für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Wie ist das mit ...?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent

von Frauen stärker präferiert werden als von Männern. Bei den Befragten in Ost- und Westdeutschland ergibt sich bei den Erwachsenen anders als bei den Kindern und Jugendlichen kein einheitliches Bild.

Wie nicht anders zu erwarten, sind bei möglichen Maßnahmen gegen die Kinderarmut in Deutschland die Meinungen in den Parteilagern sehr unterschiedlich. Exemplarisch werden nachfolgend fünf Maßnahmen beleuchtet, die alle dem nicht-monetären Bereich zuzuordnen sind.

Mehr Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen in Schulen und Kitas, die sich um benachteiligte Kinder kümmern, werden von insgesamt 56 Prozent als „sehr wichtig“ angesehen. Im Parteilager der Grünen und der FDP sind es jeweils 63 Prozent, bei der SPD 59 Prozent, bei den Linken 58 Prozent, bei der Union 49 Prozent und bei der AfD 46 Prozent.

Gezielte Förderprogramme für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen werden insgesamt von 50 Prozent der Erwachsenen als „sehr wichtig“ angesehen. Bei den Anhänger*innen der Grünen und der Linken sind es 64 bzw. 63 Prozent, bei der SPD 54 Prozent, bei der Union 46 Prozent, bei der AfD 39 Prozent und bei der FDP 35 Prozent.

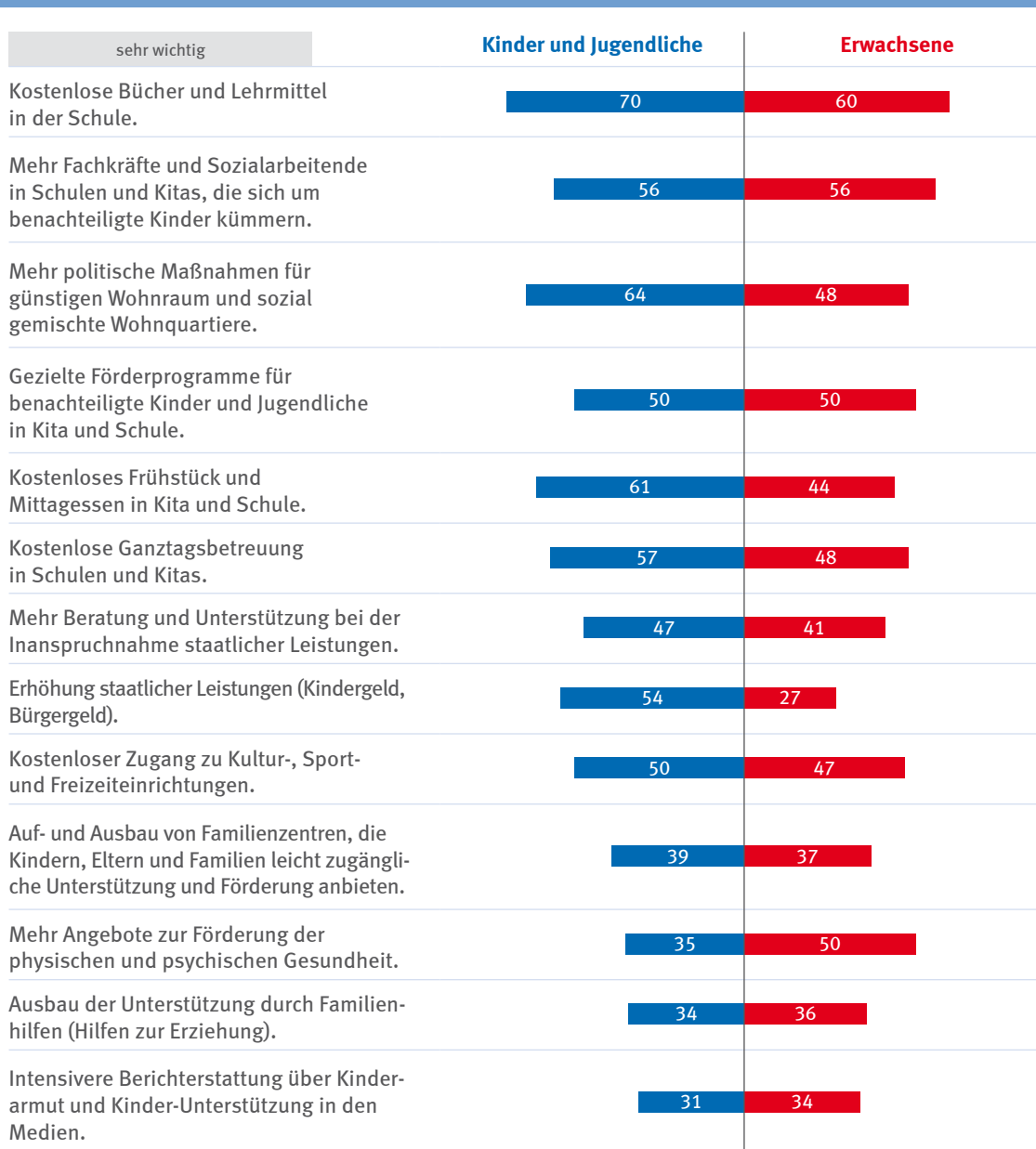
Mehr Angebote zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit werden insgesamt ebenfalls von 50 Prozent der Erwachsenen als „sehr wichtig“ bewertet. Hier sind es im Lager der Linken 63 Prozent, bei der FDP 58 Prozent, bei den Grünen 56 Prozent, bei der SPD 45 Prozent, bei der AfD 42 Prozent und bei der Union 39 Prozent.

Mehr politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum und sozial gemischte Wohnquartiere werden insgesamt von 48 Prozent der Erwachsenen als „sehr wichtig“ eingestuft. Bei den Anhänger*innen der Linken sind es 70 Prozent, bei den Grünen 59 Prozent, bei der FDP 51 Prozent, bei der SPD 48 Prozent, bei der AfD 46 Prozent und bei der Union 34 Prozent.

Und mehr Beratung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen werden insgesamt von 41 Prozent der Befragten als „sehr wichtig“ angesehen. Hier sind es im Lager der Linken 46 Prozent, bei den Grünen und der AfD 43 Prozent, bei der SPD 38 Prozent, bei der Union 33 Prozent und bei der FDP 32 Prozent.

Schließlich soll bei der Frage der Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland ein direkter Vergleich der Antworten im Bereich „sehr wichtig“ zwischen den befragten Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen vorgenommen werden. Hier werden drei Maßnahmen von den Erwachsenen stärker präferiert als von den Kindern und Jugendlichen, und zwar vor allem mehr Angebote zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit (50 zu 35 Prozent). Zwei Maßnahmen werden gleich bewertet, und acht Maßnahmen werden von den Kindern und Jugendlichen stärker bevorzugt. Dabei stechen vor allem die Erhöhung staatlicher Leistungen (54 zu 27 Prozent), mehr politische Maßnahmen für günstigen Wohnraum (64 zu 48 Prozent) sowie kostenlose Bücher und Lehrmittel in der Schule (70 zu 60 Prozent) und die kostenlose Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas (57 zu 48 Prozent) heraus. (vgl. Abbildung 15)

Abbildung 15: Maßnahmen gegen Kinderarmut



Frage 3:

Kinder und Jugendliche: Es gibt verschiedene Ideen, wie man Familien mit wenig Geld helfen kann, um die Kinderarmut in Deutschland zu verringern. Für wie wichtig hältst du dabei die folgenden Dinge?

Erwachsene: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um einkommensschwache Familien mit Kindern zu unterstützen. Ich lese Ihnen nun einige Punkte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Maßnahme für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Wie ist das mit ...?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren

Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren

Angaben in Prozent

KANTAR PUBLIC

Kinderreport 2023



Politische Schlussfolgerungen

Wie zuvor bereits dargestellt sind materielle Unterstützungsleistungen sowie gute Infrastrukturen gleichermaßen von Bedeutung, wenn es darum geht, Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Für die Gewährleistung des kindlichen Existenzminimums durch staatliche Transfers setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. Dafür wurde gemeinsam mit vielen Organisationen und Fachleuten ein Konzept (vgl. Bündnis Kindergrundsicherung) erarbeitet.²

Daneben liefert der hier vorliegende Kinderreport Informationen darüber, welche Unterstützungsleistungen Infrastrukturen nach Meinung junger Menschen und Erwachsener konkret leisten können. Neben einer besseren Ausstattung der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen mit Lehrkräften, Erziehenden und Sozialarbeiter*innen werden die kostenfreie Bereitstellung von Büchern und weiteren Lehrmaterialien, kostenfreie Mahlzeiten (Frühstück und Mittagessen) in Kindertagesstätten und Schulen sowie der kostenlose Eintritt zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen mehrheitlich von Kindern und Jugendlichen als sehr hilfreich angesehen, um einen praktischen Beitrag zur Minderung der Auswirkungen von Kinderarmut zu leisten. Dies wirft einerseits erneut ein Schlaglicht auf die Folgen unzureichender finanzieller Mittel von Familien und unterstreicht andererseits den Wunsch nach sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe, insbesondere im Bildungsbereich.

In diesem Kontext setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für eine zügige und flächendeckende Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Breitbandinternetanschlüssen, einer ausreichenden Anzahl an technischen Endgeräten sowie notwendigen digitalen Lern- und Lehrmaterialien ein. Dabei berufen wir uns auf die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 des Kinderrechtsausschusses der Vereinten Nationen. Durch diese und nicht zuletzt auch durch die Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass Bildung ohne die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht zukunftsfähig ist. Daneben kann dadurch aber zugleich auch ein essenzieller Anteil an gesellschaftlicher, kultureller und auch politischer Teilhabe realisiert werden, wenn junge Menschen diese Infrastrukturen auch außerhalb des Unterrichts im Rahmen des Ganztages und weiterer Angebote nutzen können. Damit dies kindgerecht, sicher und freudvoll stattfinden kann, ist es notwendig, junge Menschen im Umgang mit Medien kompetent zu machen und Erwachsene in die Lage zu versetzen, sie dabei orientierend und fördernd zu begleiten. Die Bildung über und mit Medien vermittelt Schlüsselkompetenzen des digitalen Zeitalters und muss daher ganzheitlich und verbindlich im Laufe der gesamten Bildungsbiografie aller Kinder verankert werden (vgl. Krause 2021).

Für die Zugänglichkeit von förderlichen Orten, wie bspw. zu Sport- und Musikvereinen, Schwimmbädern, Kultureinrichtungen oder Spielmöglichkeiten, liegt die Verantwortung bei den Kommunen. Diese Zuständigkeit ist in Abhängigkeit der finanziellen Lage der Kommune sowie des Gestaltungswillens ihrer Repräsentant*innen Risiko wie Chance zugleich. Um allen Kindern die Möglichkeit für ein gutes und gesichertes Aufwachsen zu bieten und im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik, plädiert das Deutsche Kinderhilfswerk an den Bund, mit in die Verantwortung zu gehen und Kommunen bei der Bekämpfung von Kinderarmut zu unterstützen. Denn es darf nicht vom Wohnort eines Kindes abhängen, ob dieses sozial gesichert aufwächst. Daher setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für ein Bundeskinderteilhabe-gesetz (BKThG) ein. Dieses soll gewährleisten, dass Kindern und Heranwachsenden aus Familien in prekären Lebenslagen ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe zugestanden wird, bundeseinheitliche Standards gesetzt, durch den Bund finanzierte, infrastrukturelle Bildungs- und Teilhabeleistungen auf der kommunalen Ebene für Kinder und Jugendliche direkt sichergestellt sowie Fachgesetze für mehr Teilhabe und effektive Armutsprävention systematisch geändert und ergänzt werden (vgl. Apel et al. 2017: 8). Ziel des BKThG sollte es sein, das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe für Kinder und Jugendliche zu garantieren und eine dafür geeignete Infrastruktur zu schaffen. So sollte u.a. eine flächendeckende Ausgestaltung präventiver Netzwerke, ähnlich der mit dem Bundeskinderschutzgesetz geschaffenen Strukturen, vorgesehen sowie ein Bundesfonds zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen eingesetzt werden. Ein BKThG würde damit die Verantwortung des Bundes stärken, gleichzeitig aber im direkten Lebensumfeld von Kindern ansetzen (vgl. ebd.).

2 Zur Akzeptanz der Kindergrundsicherung siehe die repräsentative Umfrage für das Familienbarometer des BMFSFJ durch das Institut für Demoskopie Allensbach: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/familienbarometer-222676?view=>

Zur Umsetzung des Bundeskinderteilhabegesetzes regt das Deutsche Kinderhilfswerk an, ein bundesweit gültiges Pass-System zu etablieren (vgl. Schulte-Basta & Ohlmeier 2019), damit Kinder und Jugendliche bei Institutionen vor Ort Angebote direkt, unbürokratisch und sozial barrierefrei in Anspruch nehmen können. Bisher haben die Kommunen in Deutschland unterschiedliche Wege eingeschlagen, um den Zugang zu Teilhabeangeboten im Allgemeinen sowie Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket im Besonderen zu erleichtern und die Administration effizienter zu gestalten. Einige wenige von ihnen haben zu diesem Zweck Karten- oder Pass-Systeme eingeführt. Die bisher existierenden Systeme sind sehr verschiedenartig in der Ausgestaltung und unterscheiden sich auch in ihrer Zielsetzung. Einige sind zur Administration des Bildungs- und Teilhabepaketes und der damit verbundenen Leistungen vorgesehen, andere ermöglichen Kindern Ermäßigungen bei Anbietern aus den Bereichen Kultur, Freizeit oder Bildung. Manche beziehen auch den öffentlichen Personennahverkehr mit ein. Zum Teil knüpfen die kindzentrierten Pass-Systeme an bereits bestehende Ermäßigungspässe von Erwachsenen an. Sinnvoll wäre es, ein solches System digital zu gestalten. Dies würde es einerseits enorm erleichtern, Informationen über entsprechende Angebote direkt an Kinder und Jugendliche selbst zu übermitteln, andererseits bestünde die Möglichkeit, etwaige Vergünstigungen und Rabattierungen lokal zuzuordnen. Auch könnten bestehende Rechtsansprüche (bspw. für die kostenfreie Essensversorgung in den Einrichtungen – sofern sie nicht für alle Kinder realisiert wird) bis zur Einführung einer umfänglichen Kindergrundsicherung direkt über die Teilhabe-App zugeordnet werden und ebenso bestünde die Möglichkeit, dass von privaten Dritten, die an der Entwicklung des Gemeinwesens interessiert sind, zur Verfügung gestellte Spenden bzw. finanzierte Möglichkeiten angeboten werden. Stigmatisierungen junger von Armut betroffener Menschen etwa an Kassen oder in anderen Zugangssituationen würden merklich reduziert, da für das Personal und die Umstehenden nicht mehr ersichtlich wäre, auf welcher Basis Vergünstigungen zustande gekommen sind.

Als weiteren Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut artikulieren sowohl junge als auch ältere Befragte mit sehr großen Mehrheiten von 91 bzw. 88 Prozent einen Bedarf nach Maßnahmen für günstigen Wohnraum sowie für sozial gemischte Quartiere. Durch Untersuchungen (bspw. Helbig & Salomo 2021) ist bekannt, dass Kinder aus armen Familien in Deutschland aufgrund ihrer Wohnverhältnisse bspw. stärker von Umweltbelastungen betroffen sind als Kinder aus gut situierten Haushalten. Zudem stehen Kindern aus von Armut betroffenen Familien in ihren Quartieren oftmals weniger und schlechtere Spiel- und Erholungsflächen zur Verfügung als dies bei Kindern in privilegierten Wohngebieten der Fall ist. In Stadtteilen mit einem höheren Anteil von Bürgergeld-Beziehenden fallen darüber hinaus auch Kita-Betreuungsquoten, die Kompetenzen bei der Schuleingangsprüfung oder die Übergangsquoten von der Grundschule auf ein Gymnasium niedriger aus. Ferner werden mehr Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt, Kariesbefall und Übergewicht unter Kindern in ärmeren Stadtteilen sind verbreiteter und die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen fällt geringer aus.

Kinder in Stadtteilen mit höherer Armutsquote spielen seltener ein Instrument, besuchen weniger oft ein Museum oder ein Theater und sind seltener Mitglied eines Sportvereins. In Kenntnis dessen setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für eine Teilhabe ermöglichende Infrastruktur ein, die sich an den Bedürfnissen von armutsbetroffenen Kindern orientiert.

Insgesamt bedarf es einer sozial gerechteren Wohnraumversorgung, welche die Verdrängung benachteiligter Familien vermeidet und die soziale Segregation in den Kommunen verringert, von der Kinder besonders stark betroffen sind. Für eine gelingende Kinderarmutsprävention ist es unabdingbar, dass bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum für Familien geschaffen und erhalten wird. Hierfür braucht es dringend Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklung. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung (2021) ergab, dass nahezu die Hälfte der Haushalte in Großstädten in Deutschland „eine prekär hohe Belastung“ (ebd.: 1) zu tragen haben. Es fehlen mehr als 1,5 Millionen bezahlbare Wohnungen (vgl. ebd.). Allein in Berlin und Hamburg werden 345.000 bezahlbare Wohnungen benötigt (ebd.: 3). Neben einer Förderung des sozialen Wohnungsbaus wären daher auch eine dauerhafte Belegungsbindung, wirksame Regelungen zur Begrenzung von Mietpreiserhöhungen und die weitere Erhöhung der Wohngeldleistungen sinnvoll, um eine Durchmischung der Quartiere zu ermöglichen (mehr dazu in: Deutsches Kinderhilfswerk 2022b).

Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut

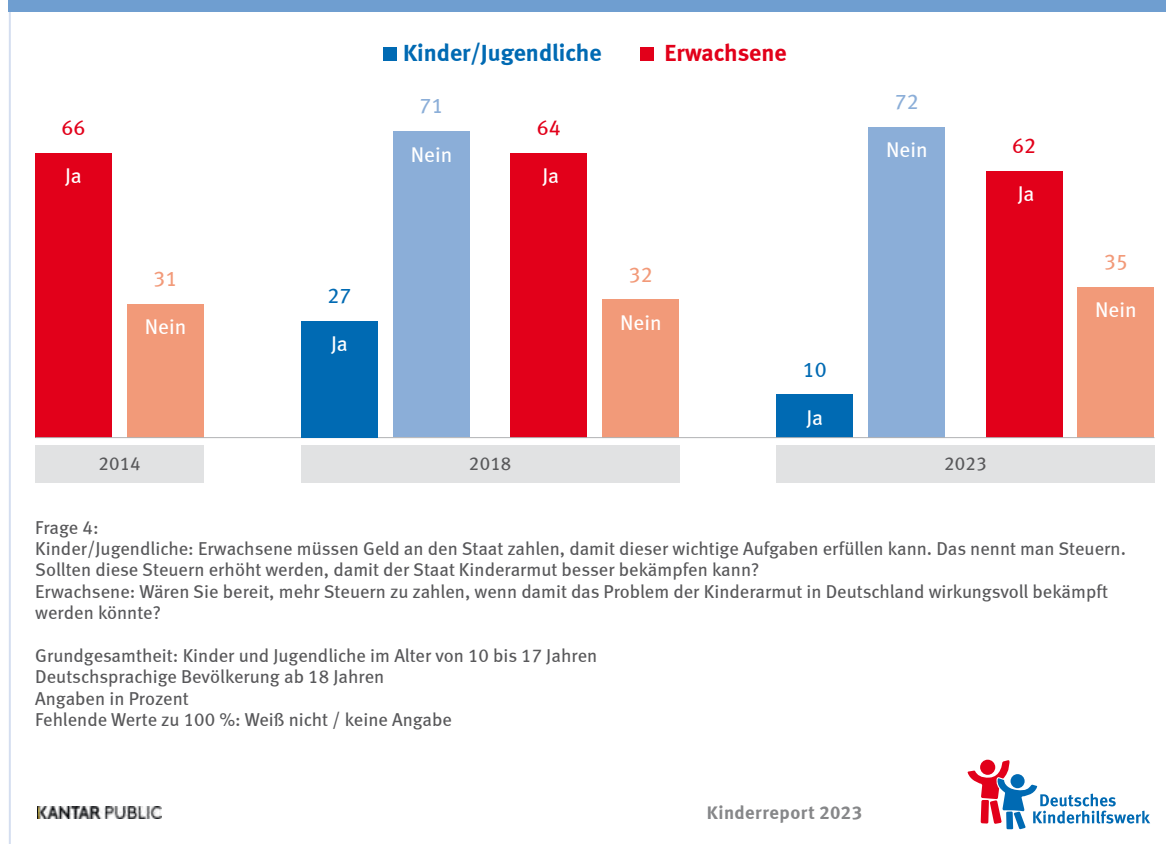
Nach wie vor sind das Erheben von Steuern und insbesondere Steuererhöhungen unpopuläre Maßnahmen, die Regierungen treffen (müssen) und die im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte immer wieder die Gemüter insbesondere der Wähler*innen erhitzt haben. Fragen höherer oder niedrigerer Steuern haben Wahlkämpfe entschieden, an Steuerfragen sind Regierungen zerbrochen.

Auch wenn Steuern als öffentlich-rechtliche Abgaben zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dienen und damit im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen nicht aufgabenbezogen und zweckgebunden verwendet werden, wurde im Rahmen des Kinderreports die – damit eher fiktive – Bereitschaft abgefragt, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte. (vgl. Abbildung 16)

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Bereitschaft zu höheren Steuerzahlungen mit immerhin 62 Prozent der befragten Erwachsenen durchaus ausgeprägt ist. Damit liegt diese Zustimmungsrate nur knapp unter dem Niveau der vom Deutschen Kinderhilfswerk 2014 und 2018 veröffentlichten Befragungen, als 66 bzw. 64 Prozent diese Frage bejahten.

Entlang des Konzeptes für den Kinderreport wurde die Frage nach der Befürwortung oder Ablehnung möglicher Steuererhöhungen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland sprachlich angepasst auch den Kindern und Jugendlichen gestellt, um einen Vergleich zur Antwort der Erwachsenen herstellen zu können. Hier lautete die Frage: „Erwachsene müssen Geld an den Staat zahlen, damit dieser wichtige Aufgaben erfüllen kann. Das nennt man Steuern.“

Abbildung 16: Akzeptanz von Steuererhöhungen



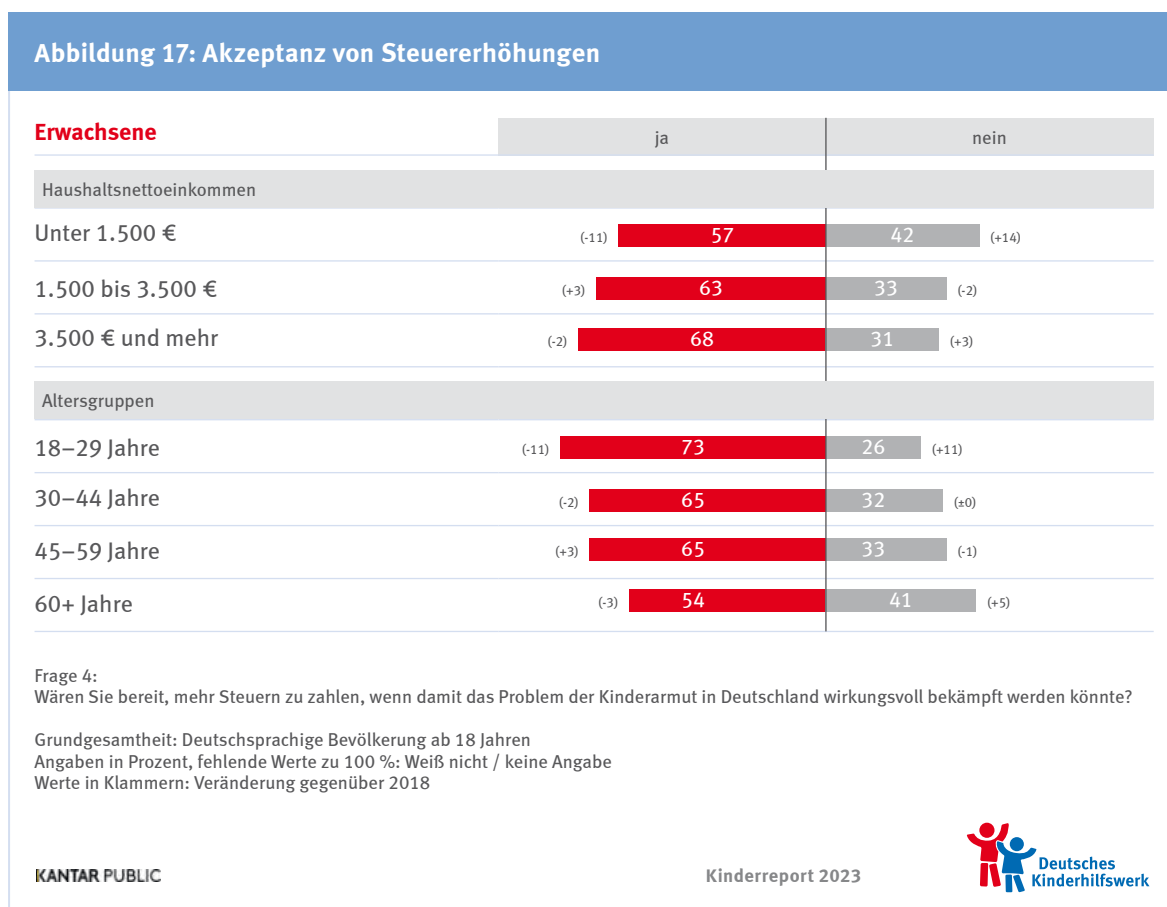
Sollten diese Steuern erhöht werden, damit der Staat Kinderarmut besser bekämpfen kann?“

Das Ergebnis weicht – wie auch schon bei der Befragung für den Kinderreport 2018 – deutlich von dem der Erwachsenen ab: Eine Steuererhöhung wird von einer Mehrheit der Kinder und Jugendlichen abgelehnt, während sie von den Erwachsenen überwiegend befürwortet wird. Diese stark gegenläufigen Befunde legen die Schlussfolgerung nahe, dass die Frage von den befragten Kindern und Jugendlichen wieder anders interpretiert wurde als von den Erwachsenen. Entsprechend hält das Ergebnis einem inhaltlichen Vergleich kaum stand. Möglicherweise sind Kinder und Jugendliche mit dem Konzept von Steuern noch nicht hinreichend vertraut. Daher fällt es ihnen vermutlich schwer, sich vorzustellen, was eine Steuererhöhung konkret für ihre Eltern bedeutet, sodass sie Steuererhöhungen wegen der mangelnden

Greifbarkeit eher ablehnen. Die Ergebnisse wären aber nur dann sinnvoll vergleichbar, wenn beide Befragten die Konsequenzen einer Steuererhöhung in ähnlicher Weise verstünden.

Allerdings muss bei der Interpretation der Meinungen zu dieser Frage auch beachtet werden, dass der Kinderreport 2022 bei einer ähnlichen Frage ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Kindern und Jugendlichen auf der einen und den Erwachsenen auf der anderen Seite zutage gefördert hat. Damals wurden beide Gruppen gefragt, in welchen Bereichen (beispielsweise chancengerechte Bildung, Bekämpfung der Kinderarmut, Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur oder Umwelt- und Klimaschutz) sie gezielte Investitionen des Staates mit Blick auf zukünftige Generationen begrüßen würden, und wie diese finanziert werden sollten. 84 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen waren damals der Meinung, dass das Geld für zusätzliche Staatsausgaben

Abbildung 17: Akzeptanz von Steuererhöhungen



über eine zusätzliche Besteuerung sehr hoher Einkommen kompensiert werden sollte. Eine allgemeine Steuererhöhung dafür befürworteten nur 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen. Bei den Erwachsenen sprachen sich 78 Prozent für eine zusätzliche Besteuerung sehr hoher Einkommen aus, aber nur 28 Prozent für eine allgemeine Steuererhöhung. Also waren auch hier durchaus Differenzen bei den Meinungen, wenn auch nicht so ausgeprägt, zu konstatieren.

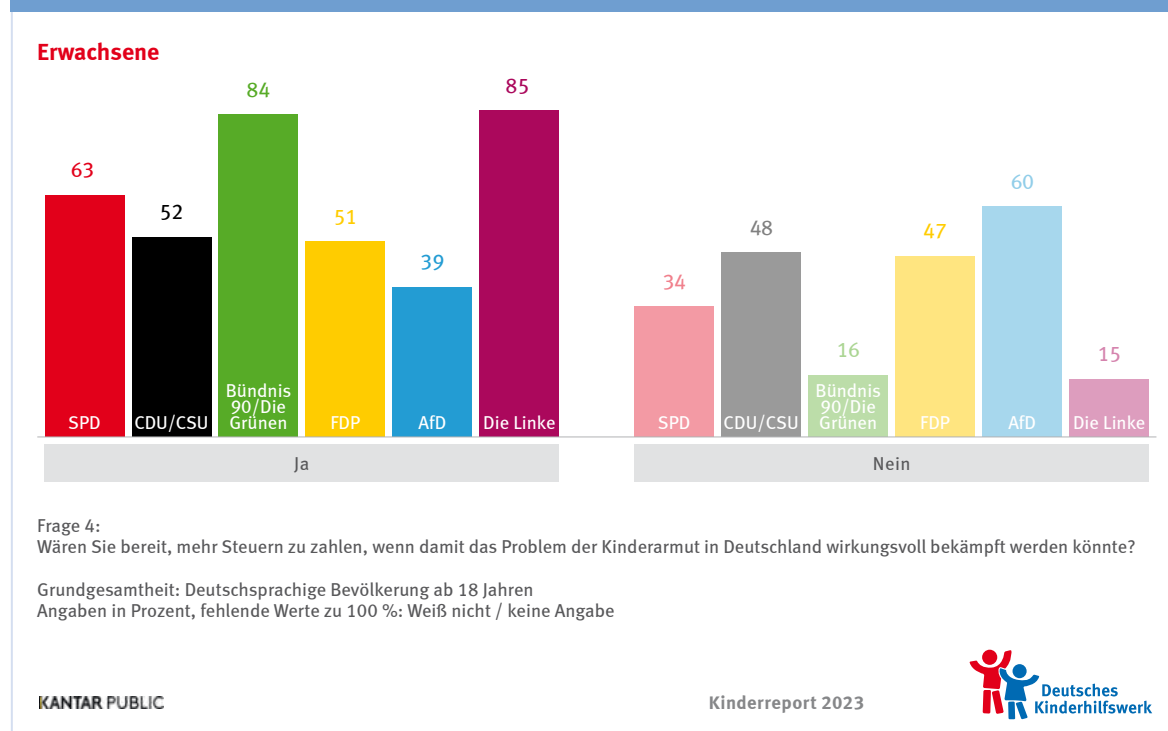
Bei der Betrachtung einzelner Teilgruppen der befragten Erwachsenen treten zahlreiche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zutage. So spielt es beispielsweise keine Rolle, ob Kinder unter 14 Jahren im Haushalt leben oder nicht (Zustimmung jeweils 62 Prozent). Auch bei den befragten Männern und Frauen ist das Verhältnis fast ausgeglichen (62 zu 61 Prozent), identisch ist es in West- bzw. Ostdeutschland (jeweils 62 Prozent).

Größere Unterschiede gibt es bei dieser Frage aber hinsichtlich der Einkommenssituation. So

sind Befragte mit hohem Einkommen wesentlich häufiger zur Zahlung höherer Steuern bereit (68 Prozent) als die mit mittlerem Einkommen (63 Prozent) und vor allem denjenigen mit einem niedrigen Einkommen (57 Prozent). (vgl. Abbildung 17) Hinsichtlich der Befragung für den Kinderreport 2018 haben sich hier deutliche Verschiebungen ergeben, insbesondere bei den niedrigen Einkommen, deren Bereitschaft aktuell deutlich zurückgegangen ist. Größere Unterschiede gibt es auch hinsichtlich der Meinungen in den Alterskohorten, hier stehen vor allem die Jüngeren Steuererhöhungen positiv gegenüber: Bei den 18- bis 29-Jährigen sind es 73 Prozent (allerdings bei einer Reduktion von 11 Prozent), bei den 30- bis 44-Jährigen sowie den 45- bis 59-Jährigen jeweils 65 Prozent und bei den über 60-Jährigen nur noch 54 Prozent. (vgl. Abbildung 17)

Die deutlichsten Unterschiede gibt es bei den Zustimmungsraten entlang der politischen Lager. Dabei variiert die Zustimmung zwischen 85 Prozent bzw. 84 Prozent bei den Linken- und Grünen-Anhänger*innen, 63 Prozent bei denen der SPD,

Abbildung 18: Akzeptanz von Steuererhöhungen



hin zu 52 Prozent bzw. 51 Prozent bei der Union und der FDP. Am geringsten ist die Zustimmung bei der AfD (39 Prozent), bei ihr sind als einziger im

Bundestag vertretener Partei die Anhänger*innen mehrheitlich (60 Prozent) gegen entsprechende Steuererhöhungen. (vgl. Abbildung 18)

Politische Schlussfolgerungen

Nur eine Minderheit der befragten Erwachsenen ist der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands einer stärkeren Unterstützung der Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut entgegensteht. Gleichzeitig wäre eine Mehrheit bereit, mehr Steuern zu zahlen, um mit den zusätzlichen Einnahmen gezielt Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut bei Kindern zu finanzieren. Hier schließt der Kinderreport 2023 an die Befragung des Vorjahres an: Im Kinderreport 2022 wurde abgefragt, wie notwendige Investitionen mit Blick auf zukünftige Generationen finanziert werden sollten (vgl. Hanke et al. 2022). Dabei gab es deutliche Unterschiede mit Blick auf eine höhere Besteuerung. Damals sprachen sich 84 Prozent der Kinder und Jugendlichen sowie 78 Prozent der Erwachsenen dafür aus, insbesondere Menschen mit höheren Einkommen zur Finanzierung entsprechender Vorhaben heranzuziehen, während nur 17 bzw. 28 Prozent der Befragten die Meinung vertraten, alle Menschen sollten gleichermaßen mehr Steuern zahlen, um dies zu ermöglichen (vgl. ebd.: 35). Zudem befürworteten junge wie ältere Befragte mit sehr deutlichen Mehrheiten von 89 Prozent bei den Kindern sowie 94 Prozent bei den Erwachsenen, dass Mehreinnahmen des Staates genutzt werden sollten, um Kinderarmut zu bekämpfen (vgl. ebd.: 28).

Die Ergebnisse zeigen damit zweierlei: Die Befragten möchten, dass sich die Politik stärker der Bekämpfung von Kinderarmut widmet, und sie sind bereit, dafür auch mehr Steuern zu bezahlen. Der wiederholte Verweis aus dem Bundesfinanzministerium, dass nicht ausreichend Mittel zu Verfügung stehen, um zusätzliche Ausgaben für arme Familien zu leisten, entbehrt damit insofern jeder Grundlage, als dass die Einnahmen gesteigert werden könnten, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre; an der Bevölkerung würde dies nicht scheitern.

Berücksichtigung sollte dabei die eklatante Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland finden. So belegt der sechste Armuts- und Reichtumsbericht (BMAS 2021) der Bundesregierung, dass die reichere Hälfte der Bevölkerung über 99,5 Prozent der Vermögen verfügt (vgl. BMAS 2021: 44). Nahe liegend wäre es demnach, notwendige Finanzmittel dort einzufordern, wo sie vielfach vorhanden sind. Damit würde nicht nur ein Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut, sondern auch zum Schließen der Schere zwischen Arm und Reich geleistet. Dass dieser Weg gangbar ist, zeigen darüber hinaus auch Äußerungen Vermögender, die bereit sind, ihren Beitrag für eine gerechtere Gesellschaft zu leisten (vgl. TAZ 2011).

Hinzu kommt, dass durch die steuerlichen Kinderfreibeträge Gut- und Spitzenverdiener*innen im Vergleich zu mittleren und unteren Einkommen sowie Erwerbslosen und Geringverdiener*innen am meisten profitieren. Kinder von Erwerbstätigen mit unteren und mittleren Einkommen erhalten monatlich 250 Euro Kindergeld. Die steuerlichen Kinderfreibeträge wirken sich aufgrund des progressiven Steuersystems am stärksten auf die höchsten Einkommen aus. Aktuell ist die maximale Entlastungswirkung des Kinderfreibetrages gegenüber dem Kindergeld mehr als 100 Euro monatlich höher. Das summiert sich bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes auf rund 25.000 Euro (vgl. Bündnis Kindergrundsicherung 2023). Es profitieren also jene, die ohnehin schon mehr haben. Diese Widersprüchlichkeit im gegenwärtigen Sozialsystem und die steuerliche Begünstigung der Gut- und Spitzenverdiener*innen ist im Kontext der materiellen und sozialen Absicherung von Kindern zu hinterfragen. Im Sinne einer gerechteren Gesellschaft und eines Beitrages gegen Kinderarmut wäre eine Umkehr dieses Verhältnisses wünschenswert. Dafür spricht auch, dass dem meistgenannten Grund für Kinderarmut, nämlich zu wenig Geld im Elternhaus bzw. zu geringe Einkommen der Eltern, mit diesem Ansatz begegnet werden könnte.

Das Bündnis Kindergrundsicherung fordert seit Jahren, die Kinderfreibeträge in einer neuen Kindergrundsicherung aufgehen zu lassen und damit die ungleiche Förderung von Kindern zu beenden. Dazu müssen alle staatlichen Leistungen – auch die Kinderfreibeträge – auf die politische Agenda für eine Kindergrundsicherung gesetzt werden. Denn nur ein Systemwechsel hin zu einer Kindergrundsicherung, die diesen Namen auch verdient, kann eine wirkliche Veränderung bringen. Diese muss unbürokratisch bei allen Kindern ankommen und in ihrer Höhe tatsächlich die Existenz aller Kinder sichern und ein Aufwachsen im Wohlergehen ermöglichen.

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

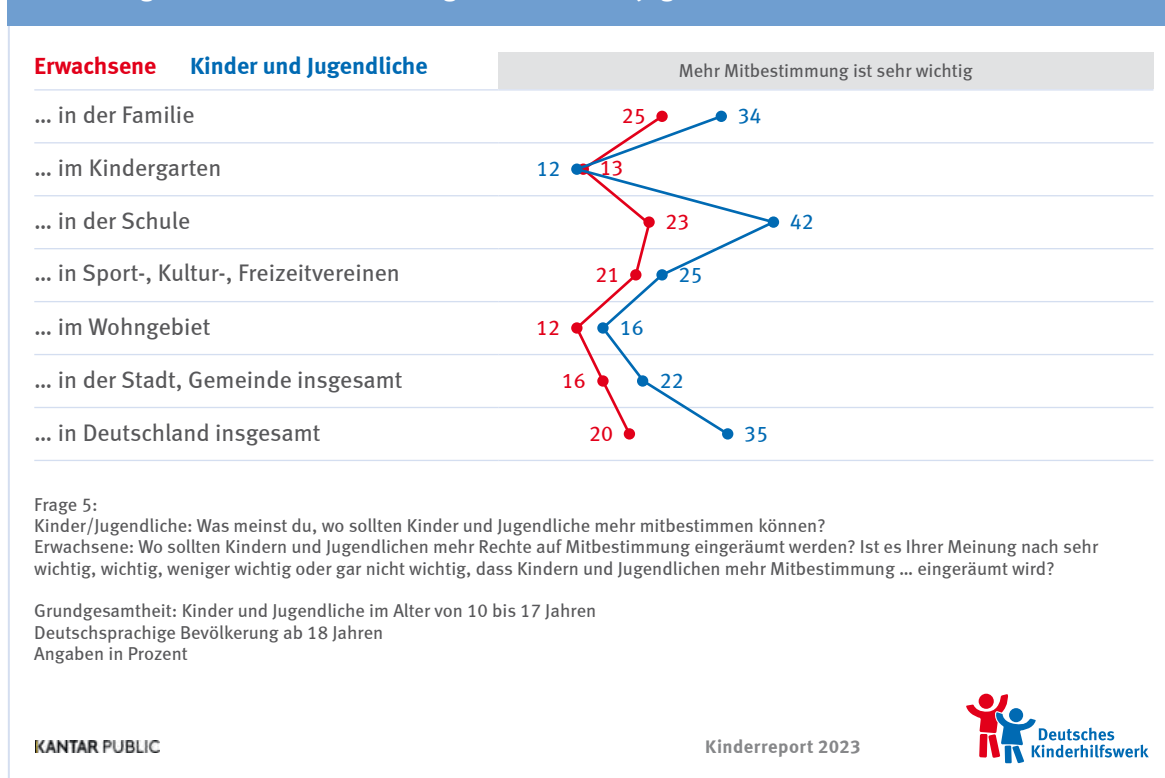
Bereits der Kinderreport 2012 des Deutschen Kinderhilfswerkes hat den Zusammenhang von Kinderarmut und Beteiligungsrechten von Kindern auf den Punkt gebracht: Die frühe Beteiligung von Kindern kann dabei helfen, den Kreislauf der Vererbung von Armut zu durchbrechen. Durch Mitbestimmung entwickeln Kinder schon in jungem Alter soziale Kompetenzen, die sie stark machen. Dadurch können die Kinder erfolgreich mit aversiven Reizen umgehen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter in der Kita entsprechende Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung kompensieren.

Im Kinderreport 2012 wird auch deutlich, dass Kinder desto stärker und somit resilienter werden, je mehr sie an Entscheidungen, Planungen und Abläufen in Kindertageseinrichtungen beteiligt

werden. In zahlreichen Interviews berichteten Eltern und Erzieher*innen immer wieder, dass gute Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kita für diese förderliche Wirkungen haben. Die Kinder erkennen und strukturieren Problemsituationen realitätsgerechter, sie lösen Konflikte eigenständiger und nachhaltiger, sie reagieren in belastenden Situationen gelassener und sie können ihre Meinung nachhaltiger und klarer vertreten.

Zu den Kernprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention gehört auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. So sichert die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat in Artikel 12 „dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und [...] die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife [zu berücksichtigen]“.

Abbildung 19: Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche



Wenn es um eine Verbesserung der diesbezüglichen Situation in Deutschland und damit um mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche geht, sehen diese in fast allen Bereichen einen höheren Bedarf („sehr wichtig“) an Mitbestimmung als die Erwachsenen. Diese Tendenz ist seit Langem zu beobachten und wird durch die aktuellen Zahlen eindrucksvoll bestätigt. (vgl. Abbildung 19)

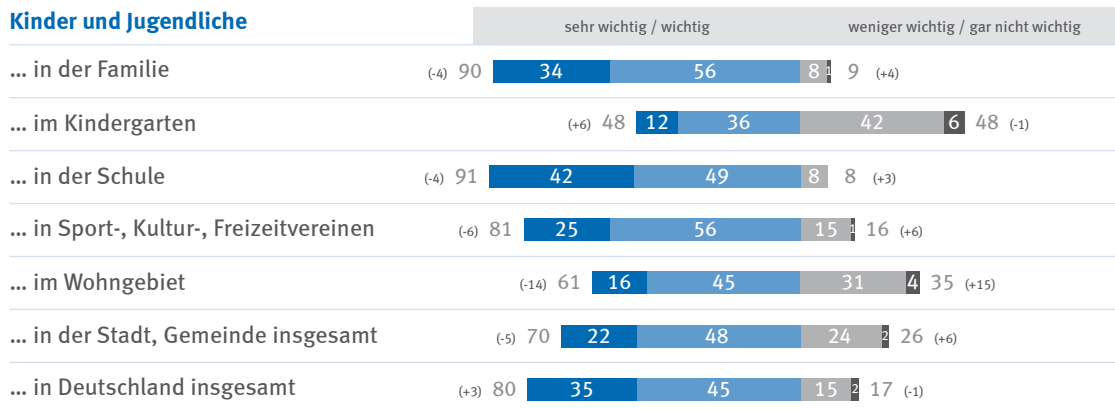
Deshalb soll zunächst bei der Frage nach mehr Mitbestimmungsrechten ein Vergleich der Antworten im Bereich „sehr wichtig“ zwischen den befragten Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen vorgenommen werden. Hier wird deutlich, dass bis auf den Bereich der Kitas, der von den Erwachsenen öfter als „sehr wichtig“ angesehen wird (13 zu 12 Prozent), die Dringlichkeit in den einzelnen Bereichen bei den Kindern und Jugendlichen teils deutlich höher eingeschätzt wird. Die größten Unterschiede sind hier bei mehr Mitbestimmungsrechten in der Schule (42 zu 23 Prozent), in Deutschland insgesamt (35 zu 20 Prozent) und in der Familie (34 zu

25 Prozent) zu verzeichnen. Aber auch bei mehr Mitbestimmungsrechten in der Kommune ist der Unterschied mit 6 Prozentpunkten (22 zu 16 Prozent) sehr groß. (vgl. Abbildung 19)

Betrachtet man die Kinder und Jugendlichen für sich und fasst die Bereiche „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammen, messen die Befragten der Mitsprache im schulischen und familiären Umfeld den größten Stellenwert zu. Mit 91 bzw. 90 Prozent plädieren sie dafür, in der Schule und in der Familie mehr mitbestimmen zu können. Mit deutlichem Abstand folgen die Bereiche der Sport-, Kultur- und Freizeitvereine (81 Prozent) und auch mehr Mitbestimmungsrechte in Deutschland insgesamt (80 Prozent). Der Wunsch der Kinder und Jugendlichen nach übergreifender Mitbestimmung, also auf Bundes- oder kommunaler Ebene (70 Prozent), fällt insgesamt höher aus als in ihrem unmittelbar konkreten Lebensumfeld (61 Prozent). Schlusslicht ist wie in vorangegangenen Befragungen die Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in Kitas (48 Prozent). (vgl. Abbildung 20)

Abbildung 20: Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche



Frage 5:
Was meinst du, wo sollten Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen können?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent, Summe entspricht Top2-/Bottom2-Werten
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe
Werte in Klammern: Veränderung gegenüber 2020

Betrachtet man nur den Bereich „sehr wichtig“, so sind hier die Schule (42 Prozent), Deutschland insgesamt (35 Prozent) und die Familie (34 Prozent) die wichtigsten für die Kinder und Jugendlichen, in denen mehr Mitbestimmungsrechte notwendig sind.

Sehr beachtenswert sind auch die Ergebnisse, wenn man bei dieser Frage die Einschätzung „sehr wichtig“ der Kinder und Jugendlichen entlang der besuchten Schultypen vergleicht. In allen Bereichen messen Hauptschüler*innen dem Ausbau der Mitbestimmung, mit teils sehr großen Unterschieden, mehr Wichtigkeit zu als Gymnasiast*innen. (vgl. Abbildung 21) Das gilt im Übrigen auch für die Betrachtung entlang der Geschlechter: Für Mädchen ist es in allen Bereichen wichtiger als für Jungen, dass Kinder und Jugendliche mehr Mitbestimmungsrechte bekommen.

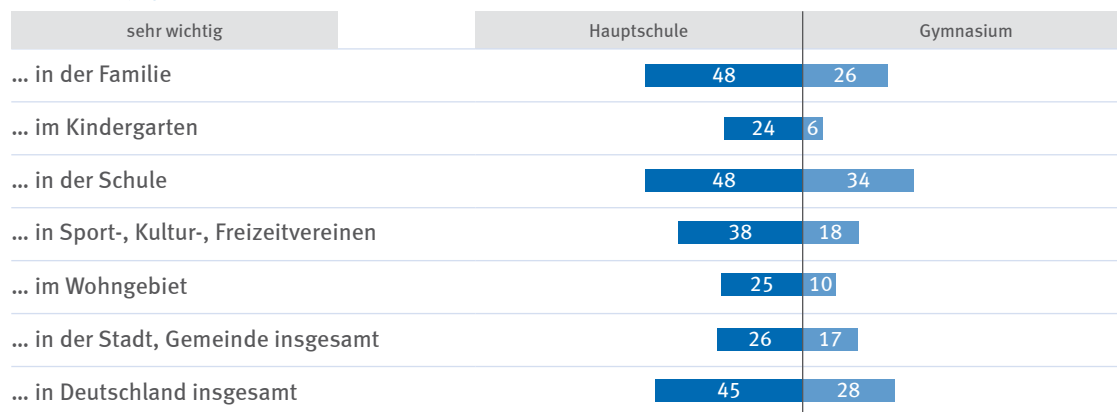
In den Augen der Erwachsenen wird einer Erweiterung der Mitbestimmung („sehr wichtig“ und „wichtig“) insbesondere in Sport-, Kultur- und

Freizeitvereinen (82 Prozent), in der Familie (80 Prozent) und in der Schule (79 Prozent) eine große Wichtigkeit beigemessen, wenn auch, wie bei den Kindern und Jugendlichen, mit meist niedrigeren Zustimmungswerten als bei der letzten Umfrage zu diesem Thema für den Kinderreport 2020. (vgl. Abbildung 22)

Schließlich soll die Frage nach mehr Mitbestimmungsrechten für Kinder und Jugendliche entlang der Parteisympathie aufgeschlüsselt werden. Hier sind eindeutige Trends schwer ablesbar. Schaut man sich die Bewertungen zusammengefasst an, so kann festgestellt werden, dass die Anhänger*innen der Grünen, der FDP und der Linken mehr Mitbestimmungsrechten für Kinder und Jugendliche wesentlich aufgeschlossener gegenüberstehen als die der Union, der AfD und der SPD. Dies gilt im Übrigen auch, wenn man sich zusammengefasst nur die drei Bereiche Schule, Deutschland insgesamt und Familie anschaut, in denen die Kinder und Jugendlichen am stärksten mehr Mitbestimmungsrechte für sich einfordern. (vgl. Abbildung 23)

Abbildung 21: Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche



Frage 5:
Was meinst du, wo sollten Kinder und Jugendliche mehr mitbestimmen können?

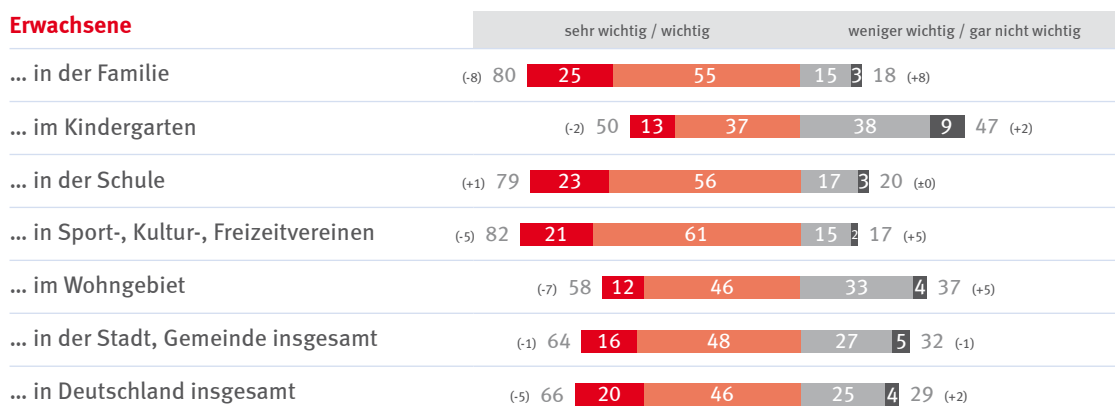
Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent

KANTAR PUBLIC

Kinderreport 2023



Abbildung 22: Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche



Frage 5:
 Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung ... eingeräumt wird?

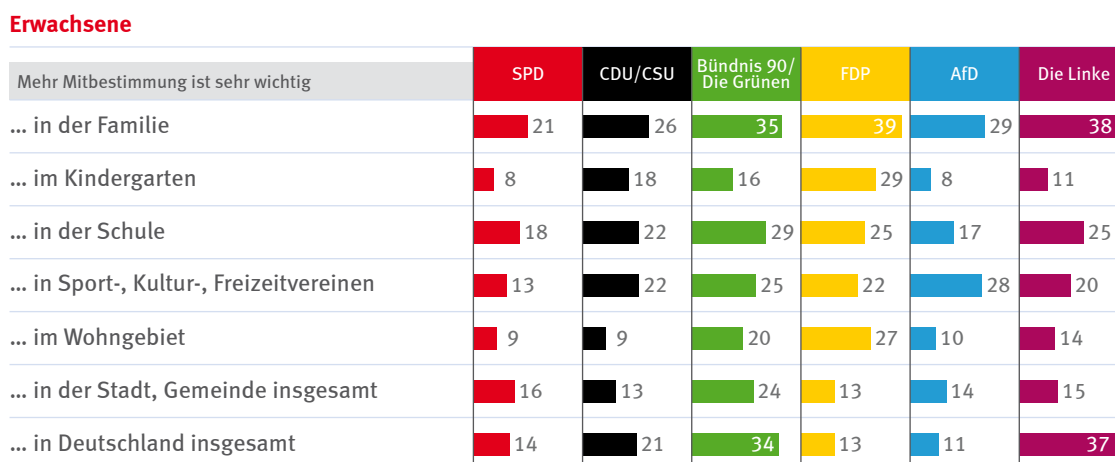
Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
 Angaben in Prozent, Summe entspricht Top2-/Bottom2-Werten
 Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe
 Werte in Klammern: Vergleich zum Kinderreport 2020

KANTAR PUBLIC

Kinderreport 2023



Abbildung 23: Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche



Frage 5:
 Wo sollten Kindern und Jugendlichen mehr Rechte auf Mitbestimmung eingeräumt werden? Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig, dass Kindern und Jugendlichen mehr Mitbestimmung ... eingeräumt wird?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
 Angaben in Prozent

KANTAR PUBLIC

Kinderreport 2023



Politische Schlussfolgerungen

Es ist das gute Recht von Kindern und Jugendlichen, nach ihrer Meinung gefragt und angehört sowie mit ihrer Perspektive berücksichtigt zu werden: Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, die Ansichten von Kindern bei Entscheidungen, die ihre Angelegenheiten berühren, zu berücksichtigen. Dieses Kinderrecht stellt ein Grundprinzip der Konvention dar, welches aus der Erkenntnis entspringt, dass das Wohl bzw. die Interessen des Kindes nur zu bestimmen sind, wenn die Kinder und Jugendlichen dabei mit ihrer Perspektive angemessen beachtet werden. In der Realität hingegen wird Kindern aus Sicht von Erwachsenen oft die Fähigkeit abgesprochen, ihre Rechte selbst wahrnehmen zu können. Häufig erhalten sie nicht die Möglichkeit, ihre Meinung kundzutun, ihre Ansichten finden keine Beachtung. Insofern ist das Kinderrecht auf Beteiligung stets sehr eng mit dem Kindeswohl (Art. 3 UN-KRK) verbunden.

Selbstwirksamkeitserfahrung sowie Resilienz sind dabei auch starke Faktoren, die jungen Menschen helfen, mit schwierigen Situationen umzugehen, wie es auch das Aufwachsen in Armut sein kann. Bereits mit dem Kinderreport 2012 (Deutsches Kinderhilfswerk 2012) hat das Deutsche Kinderhilfswerk den Nachweis geführt, dass frühe Beteiligungserfahrung von Kindern dazu beiträgt, den Kreislauf der Vererbung von Armut zu durchbrechen. Damals wurde aufgezeigt, dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungem Alter soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark und erfolgreich machen, um mit aversiven Reizen umzugehen. Für Kinder aus benachteiligten sozialen Lagen ist es also von besonderer Bedeutung, schon im jungen Alter entsprechende Erfahrungen machen zu können. Durch frühe Mitbestimmung können die Kinder die Folgen von sozialer Benachteiligung besser kompensieren. Deutlich wurde durch den Kinderreport auch, dass Kinder desto stärker und somit resilienter werden, je mehr sie an Entscheidungen, Planungen und Abläufen in Kindertageseinrichtungen beteiligt werden. In zahlreichen Interviews berichteten Eltern und Erzieher*innen immer wieder, dass gute Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kita für die Kinder förderliche Wirkungen haben. Die Kinder erkennen und strukturieren Problemsituationen realitätsgerechter, sie lösen Konflikte eigenständiger und nachhaltiger, sie reagieren in belastenden Situationen gelassener und sie können ihre Meinung nachhaltiger und klarer vertreten.

Darüber, ob jungen Menschen und Erwachsenen bewusst ist, dass Kinder über dieses Recht verfügen, trifft dieser Kinderreport keine Aussage. Jedoch wird deutlich, dass insbesondere bei Kindern und Jugendlichen der Wunsch nach einer größeren Einbeziehung sehr deutlich vorhanden ist. Besonders ausgeprägt ist das Interesse junger Menschen, an Vorgängen und Entscheidungen in der Schule, in der Familie sowie bei Themen, die in Sport-, Kultur- und Freizeitvereinen verhandelt werden, beteiligt zu werden. Aber auch an den Entwicklungen, die für ganz Deutschland Relevanz haben, an den Themen in ihrer Stadt/Gemeinde sowie in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld möchten sie mehrheitlich stärker als bislang einbezogen werden. Ob die zurückgehenden Zustimmungswerte dahingehend zu interpretieren sind, dass sich die Beteiligungssituation im Wohngebiet, der Stadt/Gemeinde oder auch im Sport-, Kultur- und Freizeitbereich verbessert hat, die hier befragte Generation möglicherweise andere Schwerpunkte setzt oder sonstige Gründe vorliegen, kann mit diesem Kinderreport nicht abschließend beantwortet werden. Möglicherweise korrespondiert dies mit dem gestiegenen Interesse und einer damit ggf. verbundenen Verlagerung von Schwerpunkten auf Themen, die weit über das eigene Umfeld hinaus von Bedeutung sind. Im Nachlauf der Corona-Pandemie sowie vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs und der voranschreitenden Klimakrise wäre dies zumindest nicht abwegig (vgl. WDR 2022).

Angesichts der starken Bedürfnisse junger Menschen nach einem Mehr an Mitbestimmung bleibt es weiterhin vordringlich, neben der Bekanntheit vor allen Dingen an der Realisierung dieses Kinderrechts zu arbeiten. Wesentliche Grundlage für die Steigerung der Bekanntheit sowie der Realisierung des Beteiligungsrechts ist die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz. Dabei müsste die Vorrangstellung des Kindeswohls gemeinsam mit dem Beteiligungsrecht für Kinder und Jugendliche abgesichert werden. Vor dem Hintergrund des föderalen Staatsaufbaus der Bundesrepublik sowie der großen Bedeutung kommunaler Strukturen für die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen sollten darüber hinaus Beteiligungsrechte für diese auch in allen Landesverfassungen sowie Gemeindeordnungen bzw. Kommunalverfassungen verankert werden. Dies hätte zur Folge, dass Gesetzgebung, Verwaltungspraxis und Rechtsprechung auf allen staatlichen Ebenen an diese Vorgaben gebunden wären. Zu einer solch umfassenden Absicherung von Rechten hat sich

die Bundesrepublik mit Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet, insofern ist dieser Schritt aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes längst überfällig.

Neben den Weiterentwicklungen gesetzlicher Vorgaben und Bestimmungen ist es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes unerlässlich, weiter daran zu arbeiten, Kinderinteressenvertretungen zu etablieren, alle mit Kindern arbeitenden Fachkräfte und andere Bezugspersonen zum Kinderrecht auf Beteiligung zu informieren sowie das Wahlalter stufenweise weiter abzusenken. Die dafür notwendigen Prozesse sollten durch Fach- und Servicestellen für Kinder- und Jugendbeteiligung beraten und unterstützt werden. Ebenso erscheint es zielführend, Informationen und Arbeitsmittel, bspw. in Form von methodischen Materialien, Modellprojekten und Schulungen, wie auch die Vernetzung der Akteur*innen durch Fachtage und mittels digitaler Formate bereitzustellen.

All dies wird nicht nur dem Wunsch von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen, sondern ist auch ein essenzieller Beitrag für die Sicherung und den Erhalt unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens. Nicht nur in Zeiten, in denen vertraute Gewissheiten in Auflösung begriffen sind und in verschiedenen Bereichen eine Verrohung des gesellschaftlichen Umgangs miteinander zu beobachten ist, ist es notwendig, in das Fundament unseres Zusammenlebens zu investieren. Aber gerade aktuell wird deutlich, wie wichtig es ist, dass möglichst alle Menschen die Erfahrung machen können, dass ihre Ansichten und Meinungen artikuliert, wahrgenommen und bestenfalls auch berücksichtigt werden. Auch dass dies nicht in jedem Fall so sein wird, ist Teil des demokratischen Prozesses und erfordert das Erläutern und Erklären von getroffenen Entscheidungen. Nur wenn Prozesse nachvollziehbar sind, besteht die Chance auf Akzeptanz, und nur wenn Menschen sich gehört fühlen, kann Selbstwirksamkeit entwickelt werden.

Keinesfalls sollte daraus jedoch der Schluss gezogen werden, die Beteiligung junger Menschen reiche aus, um die Kinderarmut zu bekämpfen. So wie alle Kinderrechte in wechselseitiger Abhängigkeit wirken und nicht einzeln zu betrachten sind, gilt es aus kinderrechtlicher Perspektive auch, alle in diesem Kinderreport vorgetragenen Anregungen und Hinweise gemeinsam zu realisieren. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es einer Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut in Deutschland bedarf. Diese sollte monetäre Leistungen und Infrastrukturmaßnahmen zusammendenken sowie bestehende Leistungen und Unterstützungssysteme in eine armutsschützende Kindergrundsicherung weiterentwickeln. Gleichzeitig gilt es, über bestehende politische und Verwaltungszuständigkeiten hinauszudenken. Voraussetzung für eine gelingende Armutsbekämpfung ist die Zusammenarbeit aller Ebenen, vom Bund über die Länder bis hin zu den Kommunen. Insbesondere der Bund hat jedoch eine koordinierende Aufgabe, die er endlich wahrnehmen muss. Dazu gehören in erster Linie die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel und die Förderung eines ressortübergreifenden Ansatzes. Armutsprävention muss über alle föderalen und Ressort-Ebenen hinweg handlungsleitende Maxime werden, um allen Kindern in Deutschland ein sozial gesichertes Aufwachsen und eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

Apel, Peter; Bonin, Holger; Holz, Gerda; Lenze, Anne; Borkowski, Susanne; Wrase, Michael (2017): Wirksame Wege zur Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus Familien in prekären Lebenslagen. Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk. Abrufbar unter: www.dkhw.de/teilhabechancen; Zugriff 06.03.2023.

Bertelsmann Stiftung (2021): Trotz Arbeit abgehängt: Armutsrisiko von Alleinerziehenden verharrt auf hohem Niveau. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/juli/armutsrisiko-von-alleinerziehenden-verharrt-auf-hohem-niveau>; Zugriff 15.03.2023.

Bertelsmann Stiftung (2022): Mehrkindfamilien gerecht werden. Bedarfe im Alltag von Familien mit drei und mehr Kindern. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/mehrkindfamilien-gerecht-werden>; Zugriff 13.03.2023.

Bertelsmann Stiftung (2023): Neue Zahlen zur Kinder- und Jugendarmut: Jetzt braucht es die Kindergrundsicherung. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/januar/neue-zahlen-zur-kinder-und-jugendarmut-jetzt-braucht-es-die-kindergrundsicherung>; Zugriff 06.03.2023.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Abrufbar unter: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6; Zugriff 07.03.2023.

Bündnis Kindergrundsicherung (o.J.): FAQs zum Konzept Kindergrundsicherung. Kinder brauchen mehr! Abrufbar unter: https://kinderarmut-hat-folgen.de/wp-content/uploads/2023/04/Kindergrundsicherung_FAQ_04_2023_web.pdf; Zugriff 06.03.2023.

Bündnis Kindergrundsicherung (2023): Kinder brauchen mehr! Unser Vorschlag für eine Kindergrundsicherung. Abrufbar unter: <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/>; Zugriff 06.03.2023.

Der Paritätische Gesamtverband (2021): Armut in der Pandemie. Der Paritätische Armutsbericht 2021. Abrufbar unter: <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2021/#gallery-13229-5>; Zugriff 06.03.2023.

Deutscher Bundestag Drucksache 20/957 (2022). Abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000957.pdf>; Zugriff 18.04.2023.

Deutscher Bundestag Drucksache 20/5673 (2023). Abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005673.pdf>; Zugriff 18.04.2023

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2022): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. Aktualisierte 2. Auflage. Abrufbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht_2022_aktualisierte_Auflage.pdf; Zugriff 15.03.2023.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) (2022): Die soziale Notlage trifft schon längst die breite Masse. Abrufbar unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.851101.de/nachrichten/die_soziale_notlage_trifft_schon_laengst_die_breite_masse.html; Zugriff 06.03.2023.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2012): Pressemitteilung. Kinderreport Deutschland 2012: Frühe Beteiligung von Kindern durchbricht den Kreislauf der Vererbung von Armut. Abrufbar unter: <https://www.dkhw.de/presse/pressemitteilungen/presse-details/kinderreport-deutschland-2012-fruehe-beteiligung-von-kindern-durchbricht-den-kreislauf-der-vererbung/>; Zugriff 06.03.2023.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2022a): Kinderrechte im digitalen Umfeld – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Kinderrechte_in_der_digitalen_Welt.pdf; Zugriff 06.03.2023.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2022b): Kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Kinderfreundliche_Stadt-_und_Verkehrsplanung.pdf; Zugriff 06.03.2023.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2022c): Kinder und Jugendliche psychisch stark machen – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Kinderpsyche.pdf; Zugriff 13.03.2023.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2023): Das Recht auf Beteiligung – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungen_2022/Kernforderungspapier_Das_Recht_auf_Beteiligung_22.pdf; Zugriff 07.03.2023.

Hanke, Kai; Hofmann, Holger; Kamp, Uwe; Krüger, Thomas; Ohlmeier, Nina (2022): Kinderreport Deutschland 2022. Rechte von Kindern in Deutschland: Generationengerechte Politik gemeinsam mit und im Interesse von Kindern. Berlin: Deutsches Kinderhilfswerk e.V. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.2_Kinderreport_aktuell_und_aeltere/Kinderreport_2022/DKHW_Kinderreport_2022.pdf; Zugriff 07.03.2023.

Hans-Böckler-Stiftung (2021): Pressedienst. Neue Studie mit Daten für alle 77 Großstädte. Abrufbar unter: https://www.boeckler.de/pdf/pm_fofoe_2021_06_15.pdf; Zugriff 06.03.2023.

Helbig, Marcel; Salomo, Katja (2021): Eine Stadt – getrennte Welten? Sozialräumliche Ungleichheiten für Kinder in sieben deutschen Großstädten. In: Heinrich-Böll-Stiftung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW) (Hrsg.): Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 25. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/1_Kinderarmut/1.19_Studie_Eine_Stadt_getrennte_Welten/Gesamtstudie_Eine_Stadt__getrennte_Welten.pdf; Zugriff 06.03.2023.

Hickmann, Helen; Koneberg, Filiz (2022): IW-Kurzbericht 67/2022. Die Berufe mit den aktuell größten Fachkräftelücken. In: Institut der deutschen Wirtschaft. Abrufbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2022/IW-Kurzbericht_2022-Top-Fachkr%C3%A4ftel%C3%BCcken.pdf; Zugriff 15.03.2023.

Kinderfreundliche Kommunen (2023): Aufruf des Vereins: Kindeswohl in der Energiepreiskrise vorrangig berücksichtigen. Abrufbar unter: https://www.kinderfreundliche-kommunen.de/fileadmin/kfkfiles/DOKUMENTE/1._KFK_Verein/Beschlussfassung_KfK_Energiepreiskrise.pdf; Zugriff 18.04.2023.

Kinderrechte digital (2022): Allgemeine Bemerkung Nr. 25 (2021) über die Rechte der Kinder im digitalen Umfeld. Abrufbar unter: <https://kinderrechte.digital/hintergrund/index.cfm/topic.280/key.1738>; Zugriff 06.03.2023.

Koalitionsvertrag (KV) (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Abrufbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf; Zugriff 06.03.2023.

Krause, Torsten (2021): Das Kinderrecht auf digitale Bildung. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB). Jahrgang 69 (2021). Heft 4. S. 417–425.

KRFD (2022): Die KRFD-Stellungnahme zur aktuellen Bertelsmann-Studie „Mehrkindfamilien gerecht werden“: Bedarfe im Alltag von Familien mit drei und mehr Kindern (2022). Abrufbar unter: <https://www.kinderreichfamilien.de/stellungnahmen/articles/die-krfd-stellungnahme-zur-aktuellen-bertelsmann-studie-mehrkindfamilien-gerecht-werden.html>; Zugriff 13.03.2023.

OECD (2016): Low-Performing Students: Why They Fall Behind and How to Help Them Succeed. PISA. OECD Publishing. Abrufbar unter: <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/9789264250246-en.pdf?expires=1678875362&id=id&accname=guest&checksum=A9CAEE8FFD1A73550D3751DACF7D6A7>; Zugriff 15.03.2023.

OECD (2020): OECD Lernkompass 2030. OECD-Projekt Future of Education and Skills 2030. Rahmenkonzept des Lernens. Abrufbar unter: https://www.oecd.org/education/2030-project/contact/OECD_Lernkompass_2030.pdf; Zugriff 15.03.2023.

Riedel, Donata (2018): Sozialer Aufstieg in Deutschland bleibt die Ausnahme – OECD fürchtet Vergeudung von Talent. Abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/studie-zur-chancengerechtigkeit-sozialer-aufstieg-in-deutschland-bleibt-die-ausnahme-oecd-fuerchtet-vergeudung-von-talent/22690454.html>; Zugriff 15.03.2023.

Schulte-Basta, Dorothee; Ohlmeier, Nina (2019): Passgenau? Bessere Kinderteilhabe durch Pass-Systeme. In: Heinrich-Böll-Stiftung, böll.brief Teilhabegesellschaft #11. Abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2019-12/b%C3%B6ll.brief%20TG11%20Passgenau.pdf?dimension1=division_sp; Zugriff 06.03.2023.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023a): Preise. Verbraucherpreisindex und Inflationsrate. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html; Zugriff 06.03.2023.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023b): Pressemitteilung. Gender Pay Gap 2022: Frauen verdienen pro Stunde 18 % weniger als Männer. Abrufbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_036_621.html#:~:text=036%20vom%2030.,Januar%202023&text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Frauen%20haben%20im%20Jahr,\(24%2C36%20Euro\)](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_036_621.html#:~:text=036%20vom%2030.,Januar%202023&text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Frauen%20haben%20im%20Jahr,(24%2C36%20Euro);); Zugriff 06.03.2023.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023c): Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1950 bis 2022. Abrufbar unter: [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4878/umfrage/bruttoinlandsprodukt-von-deutschland-seit-dem-jahr-1950/#:~:text=Das%20Bruttoinlandsprodukt%20\(BIP\)%20in%20Deutschland,Vorjahr%20um%201%2C8%20Prozent.](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4878/umfrage/bruttoinlandsprodukt-von-deutschland-seit-dem-jahr-1950/#:~:text=Das%20Bruttoinlandsprodukt%20(BIP)%20in%20Deutschland,Vorjahr%20um%201%2C8%20Prozent.); Zugriff 18.04.2023

Tagesschau.de (2021): Grafiken Bundestagswahl 2021. Welche Themen entschieden die Wahl? Abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-wahlentscheidend.shtml>; Zugriff 06.03.2023.

TAZ (2011): Streit der Woche. Sollen Reiche mehr Steuern zahlen? Abrufbar unter: <https://taz.de/Streit-der-Woche/!5113134/>; Zugriff 07.03.2023.

United Nations (UN) CRC/C/DEU/CO/5-6 (2022): Convention on the Rights of the Child. Committee on the Rights of the Child. Concluding observations on the combined fifth and sixth periodic reports of Germany. Abrufbar unter: <https://kinderrechte-portal.de/wp-content/uploads/2022/11/G2252513-1.pdf>; Zugriff 06.03.2023.

WDR (2022): Studie: Jugend in der Dauerkrise. Abrufbar unter: <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr3/wdr3-kultur-am-mittag/audio-studie-jugend-in-der-dauerkrise-100.html>; Zugriff 07.03.2023.

Zinke, Guido (2020): Arbeitsmarktpolitik: Lohnentwicklung in Deutschland und Europa, in: Bundeszentrale für politische Bildung. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/322503/lohnentwicklung-in-deutschland-und-europa/>; Zugriff 06.03.2023.

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Unter Mitarbeit von Till Mischko

Der Kampf gegen Kinderarmut muss Priorität haben

Ein Plädoyer für die nachhaltige Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in unsicheren Zeiten

Die Nachwirkungen einer verfehlten Sozialpolitik

Dass die soziale Frage wieder mehr und mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückt, steht dieser Tage außer Zweifel. Gemeint sind damit die kaum mehr übersehbaren sozialen Probleme, die unsere Gesellschaft in hohem Maße prägen. Dazu zählen unsichere Lebens- und Arbeitsverhältnisse genauso wie schwindelerregende Mietpreise und die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen aus der Gesellschaft.¹ Bundesweit wird derzeit über steigende Lebensmittelpreise, sozialen Abstieg und die Folgen von Armut gesprochen. Betroffene diskutieren in den sozialen Netzwerken unter dem Hashtag #ichbinarmutsbetroffen darüber, was es bedeutet, fällige Rechnungen nicht bezahlen zu können, seinen Kindern selbst einfachste Wünsche abschlagen zu müssen oder wie es sich anfühlt, in einer Arbeiter*innenfamilie aufgewachsen zu sein und dafür von anderen Menschen abgewertet zu werden, dass die eigenen Eltern nicht studiert haben.

Längst widerlegt scheint vor diesem Hintergrund die Annahme des sogenannten Fahrstuhl-effektes, den der Soziologe Ulrich Beck für die Bundesrepublik der 1980er-Jahre feststellte.

Demnach hätten sich soziale Ungleichheiten durch eine Steigerung von Einkommen, Bildung und Mobilität soweit aufgelöst, dass die gesamte Gesellschaft auf eine Etage höheren Wohlstands gefahren worden sei. Doch ist hierbei schon die Annahme falsch, dass alle Gesellschaftsmitglieder einen gemeinsamen Fahrstuhl benutzen, wie der Armutsforscher Christoph Butterwegge Becks These entgegensetzt, denn dazu müssten sie sich überhaupt erstmal in einem Fahrstuhl zusammenfinden.² Treffender, folgt man Butterwegge weiter, ließe sich von einem Paternostereffekt sprechen: Armut und Reichtum sind im gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eng miteinander verwoben, weshalb zur gleichen Zeit, in der bestimmte Personen(gruppen) nach oben fahren, andere zwangsläufig nach unten gelangen.³

Die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen, wie der aktuelle WSI-Verteilungsbericht der Hans-Böckler-Stiftung hervorhebt. So ist gegenüber dem Jahr 2010 die Anzahl von Haushalten unterhalb der Armutsgrenze gegenüber dem Einkommensmeridian

1 Schneider, Gerd; Toyka-Seid, Christiane (2023): Das junge Politik-Lexikon. Soziale Frage. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321136/soziale-frage/>; Zugriff 23.02.2023.

2 Butterwegge, Christoph (2022): Ungleichheit in der Klassengesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 72. Jahrgang, 37–38/2022.

3 Ebd.

schon vor der Corona-Krise um ein Drittel gestiegen. Darüber hinaus ist die ungleiche Verteilung der Einkommen innerhalb der Bevölkerung so groß wie nie zuvor. Neben diesen alarmierenden Ergebnissen können die Autor*innen des Berichts zeigen, wie sehr Armut gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten schon in wirtschaftlich stabilen Zeiten einschränkt. Nicht über ausreichend finanzielle Mittel zum Leben zu verfügen, bedeutet etwa auf notwendige Anschaffungen von Kleidung verzichten zu müssen, auf geringeren Wohnraum zu leben und statistisch gesehen unter einem schlechteren Gesundheitszustand zu leiden. Auch eine geringere Zufriedenheit mit dem eigenen Leben wird von Betroffenen beklagt.⁴

Die hier beschriebene Situation ist auch das Ergebnis sozialpolitischer Entscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Hintergrund globaler Wirtschaftstransformationen und kaum debattierter Marktgläubigkeit getroffen wurden. Mit der Agenda 2010 wurde zu Beginn des Jahrtausends eine umfassende Neugestaltung des deutschen Sozialsystems und des Arbeitsmarktes durchgeführt, die für die Bundesrepublik Deutschland eine historische Zäsur darstellt. Als Basis dafür diente eine immer lauter werdende Kritik am damaligen Sozialstaat, wonach dieser keine Anreize bot, eine Beschäftigung überhaupt aufzunehmen. „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen“, betonte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Und weiter: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!“⁵ Pauschal wurde beschäftigungslosen Menschen unterstellt, sie würden sich nicht genug bemühen, ihre Situation zu verbessern. Wer arbeitslos wurde, erhielt fortan Leistungen im SGB-II-Bezug, die an Bedingungen geknüpft waren und die bei Nichterfüllung auch sanktioniert werden konnten.



Zudem wurde der Arbeitsmarkt flexibilisiert, was mit dem Abbau von Arbeitsrechten, der Etablierung von Kurzzeitverträgen sowie der Schaffung eines riesigen Niedriglohnsektors einherging.⁶

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwar infolge der Reformen. Dies hat teilweise jedoch demografische Ursachen und steht nicht zuletzt mit einer gestiegenen Frauenerwerbsquote sowie einer höheren Zuwanderung in Verbindung. Die Agenda 2010 leistete dem Abbau sozialer und arbeitsrechtlicher Sicherheiten Vorschub, die vor allgemeinen Lebensrisiken Schutz boten. Leiharbeit oder (Zwangs)Teilzeitbeschäftigungen sind seitdem allgemein etablierte Beschäftigungsformen, viele Menschen müssen dauerhaft unterhalb des Existenzminimums leben und sehen sich außerstande, für die Zukunft zu planen oder einer Verbesserung ihrer Perspektive entgegenzusehen.⁷

4 WSI (2022): Neuer Verteilungsbericht des WSI. Arm und ausgeschlossen: Armut schränkt gesellschaftliche Teilhabe stark ein, Krise verschärft Probleme. Abrufbar unter: <https://www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-arm-und-ausgeschlossen-44916.htm>; Zugriff 23.02.2023.

5 o. V. (2010): Hartz-IV-Zitate. Politiker und ihre umstrittenen Äußerungen zum Sozialstaat. Abrufbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-02/zitate-hartz?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F; Zugriff 23.02.2023.

6 Motakef, Mona (2015): Prekarisierung. Bielefeld.

7 Butterwegge, Christoph (2013): Gerhard Schröders Agenda 2010. Abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Agenda.pdf; Zugriff 23.02.2023.

Inflation, Krieg und steigende Energiepreise – Kinderarmut in Zeiten multipler Krisen

Infolge der Covid-19-Pandemie, deren Ernsthaftigkeit in Deutschland spätestens mit dem ersten Lockdown im Jahr 2020 deutlich wurde, hat das Krisenbewusstsein in der Bevölkerung zugenommen. Kinder und Jugendliche gehörten mit zu den Hauptleidtragenden der notwendigen Schutzmaßnahmen, die bestehende soziale Ungleichheiten und politische Missstände verstärkten.⁸ Seitdem im Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine eingefallen sind, hat sich die Lage noch einmal zugespitzt. Ökonom*innen überschlagen sich seither mit düsteren Prognosen

für die deutsche Wirtschaft. Sowohl die Energiepreise als auch Grundnahrungsmittel wie Brot, Nudeln, Mehl, aber auch Obst und Gemüse sind an der Supermarktkasse deutlich teurer geworden. Eine ausgewogene Ernährung ist vor allem für Familien unter diesen Umständen nur schwer zu gewährleisten.⁹ Nach aktuellen Zahlen der Bertelsmann Stiftung galten 2,88 Millionen Kinder unter 18 Jahren im Jahr 2021 als armutsgefährdet. Das bedeutet, dass mehr als jedes fünfte Kind von Armut bedroht ist. Viele von ihnen benötigen SGB-II-Leistungen, um die Grundlagen ihres Lebensunterhaltes sichern zu können.¹⁰ Aktuell ist davon auszugehen, dass die Zahlen weiter in die Höhe schnellen werden.¹¹ Kinder- und Jugendarmut ist seit vielen Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland. Der Anteil armutsgefährdeter Kinder und Jugendlicher unterliegt dabei starken regionalen Unterschieden. Während beispielsweise in Bremen 41,1 Prozent aller Kinder und Jugendlichen als armutsgefährdet gelten, sind es in Bayern 13,4 Prozent. Besonders häufig von Armut betroffen sind Kinder und Jugendliche, die in alleinerziehenden Familien oder in Mehrkinderfamilien aufwachsen, also mit zwei und mehr Geschwistern in einem Haushalt zusammenleben. Auch hier zeigen aktuelle Zahlen, dass dringend Handlungsbedarf besteht. So lag die Armutsgefährdungsquote für Paarfamilien mit einem Kind im Jahr 2021 bei 8,7 Prozent, bei zwei Kindern bei 11,1 Prozent. Bei Paarfamilien mit drei und mehr Kindern lag sie hingegen bei 31,6 Prozent. Eine weitere Steigerung der



- 8 Hein, Marc-Julien (2022): Armutsforscher Christoph Butterwegge im Interview. Folgen des Ukraine-Kriegs: Wie muss die Politik auf Preiserhöhungen reagieren? Abrufbar unter: <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-armutsforscher-butterwegge-steigende-preise-armut-kinder-in-bw-100.html>; Zugriff 23.02.2023.
- 9 Armutsforscher Christoph Butterwegge im Interview. Folgen des Ukraine-Kriegs: Wie muss die Politik auf Preiserhöhungen reagieren? Online abrufbar unter: <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-armutsforscher-butterwegge-steigende-preise-armut-kinder-in-bw-100.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2023.
- 10 Funcke, Antje; Menne, Sarah (2023): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland (Bertelsmann Stiftung). Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland>; Zugriff 23.02.2023.
- 11 o. V. (2023): Bertelsmann-Studie. Mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut bedroht. Abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/kinderarmut-mehr-als-jedes-fuenfte-kind-in-deutschland-bedroht-a-f0009da8-0e4c-431f-983a-0b3715c63e6a>; Zugriff 24.02.2023.



Armutsgefährdungsquote betrifft alleinerziehende Familien, die mit 41,6 Prozent über alle Bundesländer hinweg am höchsten ist.¹²

Sprechen wir von Kinderarmut, ist vor allem die Armut des Haushalts gemeint, in dem die Kinder leben. Kinderarmut ist aus dieser Perspektive betrachtet vor allem ein Problem, dass die gesamte Familie betrifft. Es gibt aber ein Merkmal, das Kinderarmut von Erwachsenenarmut in signifikanter Weise unterscheidet. So haben Kinder zwar ein eigenes Empfinden dafür, dass sie sich in einer Lage des materiellen Mangels befinden, sie verfügen aber über keinerlei Möglichkeiten, diese aus eigener Kraft heraus verändern zu können. Armut erscheint Kindern so als

unabänderliches Schicksal, dem sie schutzlos ausgeliefert sind. Mit zunehmendem Alter sind die Heranwachsenden allmählich in der Lage, ihre Situation beeinflussen zu können, gleichzeitig können sich die Folgen sozialer Benachteiligungen nachhaltig auf ihre gesamte Lebensperspektive auswirken.¹³ Von Kinderarmut betroffen zu sein bedeutet, von Beginn an ein Leben in Unsicherheit zu führen, das maßgeblich durch Verzicht geprägt ist. Betroffene erleben Ohnmacht, Scham und Stigmatisierungen, die sich nachhaltig auf ihre Entwicklung auswirken. Für zwei Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist Armut ein Dauerzustand und keine kurzfristige Episode, wie die Studie der Bertelsmann Stiftung deutlich macht.¹⁴

Klassismus: Warum Armut mehr ist als materieller Mangel

Fraglos verstößt das Problem der Kinderarmut gegen eine Vielzahl der in den UN-Kinderrechtskonventionen verankerten Kinderrechte, wie beispielsweise das Recht auf Beteiligung (Art. 12) und das Recht auf angemessene Lebensbedingungen (Art. 27), das sicherstellen soll, dass Kinder sich frei und sicher entwickeln können. Häufig taucht in diesem Zusammenhang auch der Begriff Klassismus auf, der nicht zuletzt durch die große Popularität von Didier Eribons autobiografischer Untersuchung „Rückkehr nach Reims“ oder die Romane der französischen Schriftsteller*innen Edouard Louis und Annie Ernaux europaweit Verbreitung gefunden hat. In Deutschland treiben etwa die Soziolog*innen Francis Seeck und Andreas Kemper die Diskussion um Klassismus aufmerksamkeitswirksam voran. Dabei geht es häufig darum, was es konkret bedeutet, in Armut aufzuwachsen, welche Probleme und Schranken dies im späteren Leben mit sich bringt und welchen Formen der Diskriminierung Betroffene ausgesetzt sind. Auch das

Deutsche Kinderhilfswerk hat sich im vergangenen Jahr intensiv mit der Ausgrenzung aufgrund sozialer Benachteiligungen beschäftigt. Im Mittelpunkt der Arbeit zu diesem Themenkomplex stand unsere Online-Fachtagung „Kinderrechte für Alle?! Klassismuskritische Arbeit in Kita und Grundschule: Bewusstsein schaffen. Benachteiligung entgegenwirken. Kinder und Familien stärken“ im November 2022. Gemeinsam mit Expert*innen, Praktiker*innen, Verbands- und Elternvertreter*innen sind wir ins Gespräch darüber gekommen, welche Auswirkungen die oft fest verankerten klassistischen Strukturen auf Demokratiebildungsprozesse in Kita, Hort und Ganztage haben und wie man sie in der pädagogischen Praxis verändern kann.¹⁵

Dabei wurde auch der Versuch unternommen, den Klassismusbegriff für die pädagogische Arbeit zu schärfen und zur Selbstreflexion in der Praxis anwendbar zu machen. Wird in diesem Zusammenhang von Klassismus gesprochen,

12 Ebd.

13 Aust, Andreas (2021): Kein Kind zurücklassen. Warum es wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut braucht. Abrufbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/expertise-kinderarmut-2021.pdf; Zugriff 23.03.2023.

14 Funcke/Menne (2023), Jugendarmut.

15 Ebd.

meint dies Diskriminierungen aufgrund der sozialen Herkunft eines Menschen, die sich auch auf dessen gegenwärtige Lebenslage in negativer Weise auswirken können. Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie hoch der Kontostand einer Person ist, sondern auch darum, in welchen finanziellen und sozialen Verhältnissen sie aufgewachsen ist. Klassismus richtet sich mehrheitlich gegen wohnungs- und erwerbslose Menschen, die Arbeiter*innenklasse sowie Personen, die sich in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen, beispielsweise in geringfügiger Beschäftigung oder Zeitarbeit, befinden. Maßgeblich geprägt wurde der Begriff durch Aktivist*innen, die Mehrfachdiskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder der Ethnie erfahren. Dabei vereint Klassismus die verschiedenen Abwertungserfahrungen auf kultureller, politischer, institutioneller und individueller Ebene, die von Armut betroffene Menschen in ihrem Leben erfahren müssen.¹⁶

Wie aber kann überhaupt bestimmt werden, wo Menschen im sozialen Raum zu verorten sind, welche Machtkonstellationen und Besitzverhältnisse in der Gesellschaft vorhanden sind? Eine noch immer anhaltende Diskussion kreist um die Frage, ob von Schicht oder von Klasse zu sprechen ist. Erstere Begriffsverwendung geht davon aus, dass sich die berufliche und soziale Situation von Menschen in den westlichen Kapitalismen schnell ändern kann und sozialer Auf- und Abstieg zwischen den Generationen möglich ist.¹⁷ Der Klassenbegriff geht von weniger sozialer Durchlässigkeit aus und zielt vor allem darauf ab, Ausbeutungsverhältnisse sichtbar zu machen, wie beispielsweise Andreas Kemper erklärt: „Klasse ist ein anderer Begriff als Schicht oder Milieu – und Klasse hat explizit mit Ausbeutung zu tun. Ausbeutung ist heute vielleicht nicht mehr so klar sichtbar wie das im Manchesterkapitalismus noch war. Aber die

Zahlen sind sehr deutlich. Die Hälfte der Bevölkerung kann schlicht kein Vermögen ansammeln – obwohl die Menschen arbeiten. [...] Der Profit geht also nicht an die arbeitenden Menschen. So funktioniert Klasse. Und Klassismus bedeutet dann, dass sich diese Form von Ausbeutung – oder Benachteiligung – durch den ganzen Alltag hindurchzieht.“¹⁸

Eine analytische Antwort darauf, wie Klasse definiert werden kann, liefert der französische Soziologe Pierre Bourdieu, der häufig im Kontext der Klassismuskonzeption herangezogen wird. Klasse bestimmt sich demnach u. a. darüber, ob ein Mensch über Bildung (Kulturelles Kapital), Geld und Besitz (Ökonomisches Kapital) sowie soziale Beziehungen (Soziales Kapital) verfügt. Dies kann sich später günstig auf den Lebensweg einer Person auswirken. Wer beispielsweise Geld oder Immobilien erbt, kann später in Ruhe studieren, ohne im Anschluss lästige BAföG-Schulden abbezahlen oder teure Mieten begleichen zu müssen. Wer schon in jungen Jahren mit Literatur und Kultur vertraut gemacht wird und gelernt hat, sich sprachlich im Rahmen bestimmter Normen auszudrücken, hat erwiesenermaßen einen Vorteil auf seinem späteren Bildungsweg. Soziale Beziehungen hingegen können zweifelsohne helfen, Menschen in vorteilhafte gesellschaftliche Positionen zu versetzen. Die soziale Klasse, in die ein Mensch hineingeboren ist, wird nach Bourdieu auf diese Weise sprichwörtlich zum Bestandteil des eigenen Körpers, also der Art zu sprechen, zu gehen, zu denken und sich zu kleiden. Sie prägt in signifikanter Weise die Wahrnehmung der Welt, wodurch es umso schwerer wird, ihr zu entkommen.

Wie wirkmächtig die soziale Herkunft sein kann, lässt sich vielfach anhand von Studien belegen. So gehen gerade einmal 21 von 100 Arbeiter*innenkindern später an die Universi-

16 o. V. (o. J.): Klassismus. Abrufbar unter: <https://diversity-arts-culture.berlin/woerterbuch/klassismus/>; Zugriff 23.02.2023.

17 o. V. (o. J.): Klasse: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17707/klasse/>; Zugriff 23.02.2023.

18 Glösel, Kathrin (2023): Andreas Kemper: „Brauchen mehr Klassenbewusstsein in der Klimafrage“. Abrufbar unter: <https://kontrast.at/andreas-kemper-interview-klasse/>; Zugriff 03.03.2023.

täten. Bei Kindern aus Akademiker*innenfamilien sind es hingegen 74 von 100 Personen.¹⁹ Je höher die gesellschaftlichen Sphären, umso größer wird auch die Diskrepanz zwischen sozialer Herkunft und möglichen Karrierewegen, wie der Soziologe Michael Hartmann herausgefunden hat. So hat beispielsweise jede*r zweite Manager*in großbürgerliche Wurzeln, stammt also aus einer Familie mit großem Wohlstand, wie er bei Großunternehmer*innen, Vorständen und Geschäftsführer*innen vorhanden ist. Jede*r Dritte stammt aus dem Bürgertum, also den höheren Einkommens- und Bildungsklassen wie leitenden Angestellten oder Ärzt*innen. Nur 15 Prozent hingegen kommen aus der Mittelschicht oder der Arbeiter*innenschaft.²⁰

Klassistische Abwertungen können beispielsweise in Form von Stigmatisierungen auftreten, die in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt durch herabwürdigende mediale Darstellungen des Privatfernsehens befeuert wurden bzw. noch heute in (sozialen) Medien reproduziert werden. So lautet etwa ein häufiger Vorwurf, dass Sozialhilfeempfänger*innen den Staat bewusst ausnutzen und sich auf Kosten der Steuerzahler*innen ein schönes Leben machen. Durch negative Zuschreibungen und Verleumdungen wie diese wird die Schuld an der eigenen Lebenslage allein der vermeintlich fehlenden Produktivität einer Person zugeschrieben. Strukturelle Probleme, die beispielsweise fehlende Stellen auf dem Arbeitsmarkt oder schlechte Arbeitsbedingungen betreffen, werden auf diese Weise verleugnet. Der Soziologe Andreas Kemper fasst eine solche Fremdzuschreibung in Anlehnung an Bourdieu unter dem Begriff „Klassenrassismus“ zusammen. Soziale Missstände werden dabei als gegeben angenommen und somit naturalisiert.²¹



In der zitierten Studie der Bertelsmann Stiftung wird deutlich, wie sehr Armut junge Menschen beschämt und welche tiefgreifenden Einschränkungen damit in sämtlichen Bereichen ihres Lebens verbunden sind. So können von Armut betroffene Kinder beispielsweise seltener Freund*innen nach Hause einladen, da es ihren Familien häufig an ausreichendem Wohnraum mangelt, der als Rückzugsort dienen könnte, damit sie ungestört spielen oder sich mit ihren Freund*innen unterhalten können. Daneben fehlen in vielen Fällen die Mittel, um Freund*innen mit Lebensmitteln zu bewirten, damit Kinder ihre Gastfreundschaft zum Ausdruck bringen können. Von Armut betroffene Kinder lehnen zudem häufig Einladungen zu Geburtstagen ab, weil die finanziellen Mittel für Geschenke fehlen, nicht zuletzt können sie selbst oftmals keinen Geburtstag oder andere Anlässe feiern. Um Unterstützung zu bekommen, müssen sie und ihre Familien oftmals demütigende Anträge für Klassenfahrten und Freizeitaktivitäten stellen und in diesem Zuge unangenehme Fragen über ihre Familienverhältnisse beantworten, für die sie keine Verantwortung tragen. Um

19 Bargel, Tino; Bargel, Holger (2010): Arbeiterkinder an der Uni – Hürdenlauf zum Akademiker. Abrufbar unter: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-arbeiterkinder-an-der-uni-huerdenlauf-zum-akademiker-7688.htm>; Zugriff 23.02.2023.

20 Schlesiger, Christian (2008): Wo, bitte, geht's zur Elite? Abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/karriere/sozialer-aufstieg-wo-bitte-gehts-zur-elite-seite-2/2940290-2.html>; Zugriff 23.03.2023.

21 Heinrich Böll Stiftung (o. J.): Klassismus ist ... Abrufbar unter: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/plakat_klassismus.pdf; Zugriff 23.02.2023.

mit den daraus resultierenden Schamgefühlen zurechtzukommen, entwickeln Kinder bereits früh Strategien, um unangenehmen Situationen auszuweichen. So melden sie sich etwa krank, wenn kostspielige Freizeitaktivitäten anstehen oder erfinden Ausreden, wenn sie nichts mit Freund*innen unternehmen können, weil

ihnen das Geld dafür fehlt. Von Armut betroffene Kinder wissen früh um die Begrenzung ihrer Möglichkeiten und fühlen sich schon in jungen Jahren von der Gesellschaft ungehört. Wie Studien ergeben, werden sie häufiger ausgegrenzt und erleben in diesem Zusammenhang körperliche und emotionale Gewalt.²²

Wer nichts hat, dem wird auch nicht gegeben. Bildung und soziale Ungleichheiten

Nach wie vor zählt Deutschland zu den Ländern der OECD, in denen die Bildungsbiografie von Kindern stark von der Bildung und den finanziellen Mitteln ihrer Familien abhängt, wie internationale Vergleichsstudien wie PISA und IGLU seit Jahren bestätigen. Die Gründe hierfür liegen maßgeblich in den unzureichenden Rahmenbedingungen, denen sozial benachteiligte Kinder ausgesetzt sind und die ein ungestörtes Lernen für die Schule häufig unmöglich machen. Das Gleiche gilt für Freizeitaktivitäten, die Kinder in ihrer physischen und psychischen

Entwicklung unterstützen sollen. Von Armut betroffene Kinder haben nur selten einen Rückzugsort zum Lernen, an dem sie sich konzentriert auf die Schule vorbereiten oder ihren eigenen Gedanken nachgehen können. Ein weiterer Aspekt, der die Zukunft von Kindern maßgeblich beeinflusst, betrifft ihre gesundheitliche Versorgung. So geben finanziell gut gestellte Familien für Medikamente, Arztkosten und therapeutische Behandlungen rund zehnmal mehr für ihre Kinder aus als Eltern aus dem einkommensschwächsten Zehntel der Familien.²³

Sozial benachteiligten Kindern werden auf diese Weise bereits früh deutliche Grenzen für die Zukunft gesetzt, die manche von ihnen auch in ihrem späteren Leben nicht überwinden werden. Neben einem Mangel der materiellen Grundversorgung leiden sie statistisch gesehen auch unter einer schlechteren psychischen Gesundheit. Sie wachsen in einem anregungsärmeren Umfeld auf, das ihnen bereichernde Erfahrungen und Aktivitäten in vielen Fällen verwehrt. Armut, Scham und Ausgrenzung prägen das Leben sozial benachteiligter Kinder auf dramatische Weise. Ihr Erleben hängt stark davon ab, den Erwartungen und Normen der Mittelschicht sowohl im Kita- und Schulsystem als auch später im Beruf fundamental zu widersprechen.²⁴



22 Funcke/Menne (2023), Jugendarmut.
23 Ebd.
24 Ebd.

Ein wichtiger Moment in der Bildungslaufbahn von Kindern ist der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe, die in Deutschland u.a. Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule umfasst. Da die verschiedenen Schulformen mit dem Erreichen unterschiedlicher Bildungsabschlüsse verbunden sind, prägen sie den späteren Lebenslauf in erheblichem Maße. Die Wahl der Schulform entscheidet sich – mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg – bereits nach der 4. Klasse. Dies macht es den Bildungsinstitutionen nicht einfach, allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft notwendige Bildungsgrundlagen zu vermitteln und beispielsweise Sprach- und Lernrückstände auszugleichen.²⁵

Die Verteilung der Kinder beim Übergang in die Sekundarstufe hängt in hohem Maße vom Bildungsniveau der Eltern ab, wie zahlreiche Studien belegen. So besuchen Kinder von Eltern mit Hochschulreife am häufigsten ein Gymnasium (60,1 Prozent) und Kinder von Eltern mit Mittlerer Reife am häufigsten eine Realschule (31,2 Prozent). Kinder von Eltern, die keinen Schulabschluss besitzen oder eine Hauptschule besucht haben, finden sich dementsprechend am häufigsten auf Hauptschulen wieder oder gehen auf integrierte Schulformen wie Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen. Dies hat vor allem damit zu tun, dass viele Bundesländer im Zuge schlechter PISA-Ergebnisse Umstrukturierungen ihrer Schulsysteme vorgenommen haben. Infolge dieser neuen Strukturen wurden eigenständige Hauptschulen oftmals zugunsten integrierter Schulformen abgeschafft. Damit sind diese nun die Schulform, an der Schüler*innen, die früher die Hauptschule besuchten, heute schwerpunktmäßig beschult werden.²⁶

Wie ungleich Kinder mit unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen lernen, hat sich vor

allem infolge der Corona-Pandemie noch einmal in aller Deutlichkeit gezeigt. Gegenwärtig wird noch erforscht, welche Folgen die Schulschließungen während der Corona-Pandemie auf Aspekte der Bildungsungleichheit haben. Leistet man dem WSI der Hans-Böckler-Stiftung Folge, wird jedoch ersichtlich, dass Schüler*innen in ihrem Lernen abhängig von ihrem sozialen Hintergrund unterschiedlich stark betroffen sind. Vor allem die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien wurden infolge der Maßnahmen verringert. Die Gründe hierfür liegen zum einen darin, dass im System der Halbtagsschule davon ausgegangen wird, dass Eltern ihren Kindern beim Lernen für die Schule behilflich sind. Diese Hilfe kann jedoch weder von allen Eltern geleistet werden noch können alle Eltern Nachhilfestunden bezahlen. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass das deutsche Bildungssystem nicht darauf ausgelegt ist, unterschiedliche soziale Hintergründe der Kinder und Jugendlichen auszugleichen, was in Zeiten des Homeschoolings noch einmal eine besondere Brisanz erhalten hat. So ist notwendiges digitales Equipment sowie Wohnraum, um ungestört lernen zu können, ungleich verteilt.²⁷


Zum anderen konnten Eltern mit geringeren finanziellen Ressourcen und geringerer formaler Bildung auch seltener ihrer Arbeit von zu Hause aus nachgehen, um ihre Kinder beim Lernen begleiten zu können. Laut einer aktuellen Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) empfanden sie die Schulschließungen als problematisch und das Lernumfeld zu Hause als unangemessen. Konträr dazu fand das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) heraus, dass Eltern mit akademischem Abschluss häufiger angaben, dass ihre Fähigkeiten ausreichten, um ihre Kinder beim Lernen zu Hause zu unterstützen.²⁸

25 Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Herkunft gleich Zukunft? Verteilung 11- bis 15-Jähriger auf die Schulformen der Sekundarstufe I nach Schulabschluss ihrer Eltern. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/516462/herkunft-gleich-zukunft/>; Zugriff 23.02.2023.

26 Ebd.

27 Kohlrausch, Bettina (2021): Die Corona-Krise verschärft Bildungsungleichheit. Abrufbar unter: https://www.wsi.de/data/wsi-mit_2021_06_kommentar.pdf; Zugriff 23.02.2023.

28 Ebd.



Wenig förderlich zeigte sich in Pandemie-Zeiten zudem die deutsche Schulstruktur mit ihrer frühen Aufteilung in verschiedene Schulformen, denn die frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schultypen führt auch zu einer Schaffung unterschiedlicher Lernumfelder. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die individuellen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten auf einem Gymnasium deutlich förderlicher ausfielen als auf einer Hauptschule.²⁹ „Von gehaltvollen und systematisch durchdachten Ganztagsprogrammen würden alle profitieren, auch bildungsbürgerliche Familien“, schreibt Aladin El Mafaalani in „Kinderrechte in Deutschland“, einer Publikation, die das Deutsche Kinderhilfswerk anläss-

lich seines 50-jährigen Bestehens herausgegeben hat. Es müsse aber dort begonnen werden, führt der Autor aus, wo Benachteiligungen besonders ausgeprägt sind, also an sogenannten sozialen Brennpunkten, und dort, wo sie am wirksamsten bekämpft werden können, also in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen: „Eine solche Expansion in Breite und Tiefe wird viel Geld kosten. Reformen sind bisher aber nicht an Geldmangel gescheitert, sondern vor allem am mangelnden Problembewusstsein oder Handlungsdruck. Diesen Druck zu erzeugen ist – auch aus kinderrechtlicher Sicht – Auftrag an Zivilgesellschaft und politische Entscheidungsträger*innen gleichermaßen“.³⁰

Demokratie braucht Chancengleichheit

Armut und Bildungsungleichheiten wirken sich aus einer weiteren Perspektive auch darauf aus, wie sehr sich Menschen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft repräsentiert fühlen. Rechtspopulistische Tendenzen haben sich längst verfestigt, sodass ein Drittel der deutschen Bevölkerung mittlerweile infrage stellt, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Laut der repräsentativen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) stimmt jede*r zweite zwischen 18 und 97 Jahren in Deutschland negativen Aussagen über Geflüchtete zu. Viele Menschen in Deutschland lassen auch Tendenzen zu Verschwörungsideologien erkennen.³¹ Das Thema der sozialen Ungleichheit wird zudem von rechten Gruppierungen mehr und mehr vereinnahmt, um Vorurteile gegenüber Geflüchteten zu schüren, wie der Jenaer Arbeitssoziologe Klaus Dörre im

Interview mit dem Magazin Arbeit & Wirtschaft erklärte: „So unterschiedlich die populistische oder die radikale Rechte auch agiert: Für sie ist immer die verzerrte Thematisierung des Oben-unten-Konflikts entscheidend, sie definieren ihn in einen Innen-außen-Konflikt um, also das, was man früher – und ich sage das auch heute noch – Klassenkonflikte nannte, auch wenn es sich um einen demokratisch regulierten Klassenkampf handelt.“³²

Die Möglichkeiten, sich aktiv in die demokratische Willensbildung einzubringen, sind von der sozialen Herkunft abhängig. So beteiligen sich Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss statistisch gesehen weit weniger an demokratischen Prozessen als Menschen, die die Möglichkeit hatten, eine bildungsreiche Ausbildung zu durchlaufen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch mit Blick auf Einkommensunter-

29 Kohlrausch, Bettina (2021): Die Corona-Krise verschärft Bildungsungleichheit. Abrufbar unter: https://www.wsi.de/data/wsi-mit_2021_06_kommentar.pdf; Zugriff 23.02.2023.

30 El-Mafaalani, Aladin (2022): Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. In: Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Kinderrechte in Deutschland. München.

31 o. V. (2019): Rechtspopulismus: Mehrheit demokratiefreundlich, ein Fünftel rechtspopulistisch. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-04/rechtspopulismus-friedrich-ebert-stiftung-fremdenfeindlichkeit-extremismus>; Zugriff 23.02.2023.

32 Winterer, Eva (2023): Dorthin gehen, wo es brennt. Abrufbar unter: <https://www.arbeit-wirtschaft.at/dorthin-gehen-wo-es-brennt-klaus-doerre/>; Zugriff 24.03.2023.



schiede: Es zeigt sich, dass der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Möglichkeiten der demokratischen Partizipation eine Frage ist, die die gesamte Gesellschaft in ihren politischen Grundfesten betrifft.³³ Vor allem denjenigen Schüler*innen, die von Haus aus über ein hohes Maß an Bildung verfügen, werden wichtige Angebote politischer Bildung und der Demokratiebildung zuteil. Vor diesem Hintergrund erklärt es sich auch, warum sie über ein größeres politisches Interesse verfügen und ihr Vertrauen in die Demokratie als Staatsform signifikant höher ist. Menschen, die in ihrer politischen Mündigkeit gefördert werden, setzen sich häufiger für Demokratie und eine tolerante Gesellschaft ein. Wie Studien der Einstellungs- und Partizipationsforschung zeigen, spiegelt sich die politische Ungleichheit entlang der sozialen Ungleichheit.³⁴

Bildung, so wird vor diesem Hintergrund deutlich, ist nicht nur für den beruflichen Werdegang von großer Bedeutung, sondern in entscheidenden

dem Maße auch für die Lebens- und Teilhabechancen eines Menschen. Dabei wird zwar kein Bildungsnachweis für politisches Engagement gefordert, aber häufig wird eine Kenntnis politischer Sachverhalte vorausgesetzt. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass verlangt wird, sich in bestimmte Themenkomplexe hineinzuarbeiten oder Kenntnisse über politische Organisationen und Strukturen zu besitzen. Zudem werden im politischen Betrieb Ausdrucksfähigkeit und eine schnelle Auffassungsgabe belohnt. Wer diese Grundlagen nicht besitzt, fühlt sich mitunter schnell ausgeschlossen.³⁵

Die Bereitschaft, sich in politische Prozesse einzubringen, hängt zudem in hohem Maße mit dem familiären Umfeld zusammen. In sozial benachteiligten Familien haben die Angehörigen möglicherweise früh Diskriminierungen und Ausschlüsse erlebt oder die Erfahrung gemacht, dass ihr Engagement nicht wahrgenommen wird, sodass gegenüber politischer Arbeit Vorbehalte bestehen. Auch die Schule und der Freundeskreis prägen das soziale Engagement, das eine Person an den Tag legt. Wie Untersuchungen zeigen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit beispielsweise an einer Demonstration teilzunehmen, wenn Menschen aus ihrem nahen sozialen Umfeld ebenfalls teilnehmen. Auch hier spielt die soziale Klasse eines Menschen eine entscheidende Rolle, denn erwiesenermaßen setzt sich das Umfeld zumeist aus Menschen zusammen, die einen ähnlichen sozioökonomischen Hintergrund besitzen. Politisches Handeln ist somit eine Fähigkeit, die in der Familie beginnt und sich in Erziehungs- und Bildungsinstitutionen sowie dem weiteren sozialen Umfeld fortsetzt.³⁶

Politisches Handeln setzt dabei die Überzeugung voraus, dass das eigene Handeln wirksam

33 Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Die soziale Frage der Demokratie. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/185936/die-soziale-frage-der-demokratie/>; Zugriff 23.02.2023.

34 Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15611.pdf>; Zugriff 23.02.2023.

35 Bödeker, Sebastian (2014): Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft-warum-soziale-ungleichheit-zum-problem-fuer-die-demokratie-wird/>; Zugriff 23.02.2023.

36 Ebd.

ist. Dabei sind es gerade Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, die häufig glauben, nichts bewirken zu können. Politische Angelegenheiten werden aus dieser Perspektive häufig als Projekte der politischen Eliten angesehen, die außerhalb der eigenen Einflussnahme liegen.³⁷ Um Auffassungen wie diesen von Beginn an etwas entgegenzusetzen, vertritt das Deutsche Kinderhilfswerk die Überzeugung, dass Demokratiebildung bereits früh in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verankert und dort in der Praxis gelebt werden muss. Auch deshalb bilden wir gemeinsam mit dem Institut für den Situationsansatz (ISTA) seit Anfang des Jahres 2020 das Kompetenznetzwerk „Demokratiebildung im Kindesalter“. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) im Programmbereich Demokratieförderung.³⁸ Der Fokus unserer inhaltlichen

Arbeit liegt auf der Förderung ganzheitlicher Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen sowie in Ganztagsgrundschulen und Schulhorten. Der ganzheitliche Ansatz umfasst zum einen die inhaltliche Ausrichtung unserer Arbeit und Maßnahmengestaltung. Im Speziellen sind damit das Zusammendenken und die sich wechselseitig bedingende Verwirklichung von Kinderrechtebildung, Inklusion, Partizipation und Schutz vor Diskriminierung gemeint. Zum anderen ist es uns ebenso wichtig, dass wirklich alle an Bildung und Erziehung von Kindern im Alter von 0 bis 12 Jahren Beteiligten – sprich: die Kinder selbst, ihre Eltern und Familienmitglieder, Pädagog*innen, Einrichtungsleitungen, Trägervertreter*innen usw. – mitgedacht und einbezogen sind. Die UN-Kinderrechtskonvention dient uns hierbei als gemeinsamer, verbindlicher Bezugsrahmen.³⁹

Ausblick: Was sich jetzt ändern muss

Vor dem Hintergrund dieser und anderer Anstrengungen zur nachhaltigen Bekämpfung sozialer Ungleichheiten und der Kinderarmut fordert das Deutsche Kinderhilfswerk seit Langem eine groß angelegte Strategie, deren Notwendigkeit sich nicht zuletzt aus den Artikeln 26 und 27 der UN-Kinderrechtskonvention ableiten lässt, die das Recht auf ein gutes Aufwachsen, bestmögliche Entwicklungschancen und soziale Sicherheit beinhalten. Vor dem Hintergrund dramatischer Zahlen und einem steigenden Risiko für Kinderarmut im Angesicht multipler Krisen braucht es einen kindzentrierten Blick auf armutspräventive Maßnahmen. Das Ziel sollte es sein, allen Kindern ein gutes und gesundes Aufwachsen sowie gleiche Lebenschancen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu ermöglichen. So bedarf es

zuvörderst einer Kindergrundsicherung, die den Bedürfnissen von Kindern und ihren Familien gerecht wird. Das bisherige System der Familienförderung sorgt für eine Verfestigung ungleicher Lebenslagen von Kindern, denn je nach Einkommenssituation der Eltern werden Kinder unterschiedlich finanziell unterstützt. Insgesamt erhalten Familien mit höheren Einkommen durch den Kinderfreibetrag mehr finanzielle Unterstützung als Familien mit geringem Einkommen über das Kindergeld. Die Entlastung für Höchstverdienende ist bei einem Kind signifikant höher als für Familien, die den Kinderfreibetrag nicht in Anspruch nehmen können. Familien ohne Einkommen profitieren dagegen weder vom Kindergeld noch vom Kinderfreibetrag. Vor diesem Hintergrund tritt das Deutsche Kinderhilfswerk für

37 Bödeker, Sebastian (2014): Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft-warum-sozialeungleichheit-zum-problem-fuer-die-demokratie-wird/>; Zugriff 23.02.2023..

38 Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Kindesalter (o. J.): Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Kindesalter. Abrufbar unter: <https://www.kompetenznetzwerk-deki.de/ueber-uns/das-kompetenznetzwerk.html>; Zugriff 23.02.2023.

39 Ebd.

die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung nach dem Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung ein. Dieses soll bestehende kindbezogene Leistungen bündeln und das Existenzminimum von Kindern unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien gewährleisten.⁴⁰

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP haben sich die Ampelparteien auf die Einführung einer Kindergrundsicherung verständigt. Sie soll die bisherigen finanziellen Unterstützungen in der Familienförderung in einer Förderleistung bündeln und sowohl aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrug als auch einem vom Elterneinkommen abhängigen, gestaffelten Zusatzbetrag bestehen. Im März 2022 fand im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die konstituierende Sitzung der Interministeriellen Arbeitsgruppe Kindergrundsicherung (IMA) statt. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, unter Leitung des BMFSFJ ein Konzept für die Kindergrundsicherung zu erarbeiten. Neben dem BMFSFJ wirken in der IMA die Bundesministerien der Finanzen, der Justiz, für Arbeit und Soziales, für Bildung und Forschung sowie für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen mit. In der Kindergrundsicherung sollen dabei verschiedene Leistungen wie beispielsweise das Kindergeld für alle Familien oder Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes gebündelt werden.⁴¹

Auch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Bundesländer (ASMK) hat sich mehrfach mit der Umsetzung einer Kindergrundsicherung befasst. Im November 2020 appellierte sie an die Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern konkrete Umsetzungsschritte zur Einführung einer Kindergrundsicherung einzuleiten. Verschiedene familienpolitische Leistungen



sollen hier zu einer integrierten Einzelleistung verschmelzen und so den Zugang zu staatlicher Unterstützung erleichtern. Das Gesamtpaket soll sich in der Höhe an einem neu berechneten Existenzminimum orientieren und mit steigendem Einkommen abgeschmolzen werden. Außerdem soll es nur noch eine Anlaufstelle geben, bei der Familien Leistungen beantragen.⁴²

Die Berechnung des Existenzminimums ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Bestandteil bei der Bekämpfung von Kinderarmut und gehört ebenfalls zu unseren Kernforderungen. Aus dem Existenzminimum leitet sich die Höhe verschiedener Leistungen ab. Durch gesetzliche Regelungen und Schnittstellen kommt es jedoch zu unterschiedlichen Höhen im Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrecht. Daher muss das kindliche Existenzminimum mit Blick auf ein gutes Aufwachsen von Kindern realitäts- und bedarfsgerecht ermittelt werden. Dabei sollten neben einer Kommission aus Wissenschaftler*innen

40 Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Kindesalter (o. J.): Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Kindesalter. Abrufbar unter: <https://www.kompetenznetzwerk-deki.de/ueber-uns/das-kompetenznetzwerk.html>; Zugriff 23.02.2023.

41 o. V. (2022): Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland und in anderen ausgewählten Ländern. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/928888/7e37732f31b52828cca2a93a4aff862c/WD-9-075-22-pdf-data.pdf>; Zugriff 23.02.2023.

42 Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Gleiche_Teilhabechancen_fuer_armutsbetroffene_Kinder_final.pdf; Zugriff 14.04.2023.

und Verbändevertreter*innen auch Kinder und Jugendliche selbst beteiligt werden. Zudem bedarf es stetiger Neuprüfungen, um zu ermitteln, ob soziale Teilhabe mit diesem neu berechneten Existenzminimum möglich ist.⁴³

Da Kinderarmut in hohem Maße exkludierend wirkt, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe. Dies würde mit einem Bundeskinderteilhabegesetz gewährleistet. Geregelt werden soll, wie durch den Bund finanzierte Bildungs- und Teilhabeleistungen auf der kommunalen Ebene für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang braucht es auch armutspräventive Infrastruktur-Angebote im direkten Lebensumfeld der Kinder. Dazu gehören beispielsweise Spielorte und entsprechende Freizeitangebote. Weiterhin ist ein Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem notwendig, das Kindern gleiche Chancen eröffnet und in enger Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe wirkt. Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit einer bezahlbaren (Bildungs-)Infrastruktur ist jedoch nur unter der Voraussetzung grundlegender Reformen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen möglich, die hinreichende personelle, technische und räumliche Rahmenbedingungen für gute Bildung absichern müssen. Die beste (Bildungs-)Infrastruktur braucht es dabei in Regionen mit den höchsten Bedarfen. Daher sollte ein Bundesfonds mit Mitteln für Kommunen, in denen besonders viele armutsbetroffene Kinder leben, eingerichtet sowie das Kooperationsverbot grundlegend überdacht werden.⁴⁴

Vor dem Hintergrund unserer Forderungen ist sicherzustellen, dass Leistungen bei Kindern mit erhöhten Bedarfen und ihren Familien auch ankommen. Dies gilt insbesondere für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Um allen Kindern soziale Teilhabe zu ermöglichen, braucht es unbürokratische

Wege. Erfolgreich erprobte Instrumente, wie Kinderteilhabepässe, zentrale Anlaufstellen für Familien und kommunale Präventionsnetzwerke müssen gefördert und bundesweit abgesichert werden. Daneben gilt es auch die Schulsozialarbeit in den Blick zu nehmen, da sie die Bedarfe der Schüler*innen und ggf. der Eltern kennt und an die relevanten Kontakte und Angebote in den Kommunen weiter vermitteln kann.⁴⁵

Für eine nachhaltige Bekämpfung von Kinderarmut ist es darüber hinaus notwendig, Familien bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Vor allem in den urbanen Ballungszentren mangelt es daran in signifikanter Weise. Um diese Lage zu verbessern, müssen umfangreiche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklung vorgenommen werden. Es ist erwiesen,



43 Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Gleiche_Teilhabechancen_fuer_armutsbetroffene_Kinder_final.pdf; Zugriff 14.04.2023..

44 Ebd.

45 Ebd.



dass Kinder in problematischen und beengten Wohnsituationen über weniger soziale Kontakte verfügen und sich mit zunehmendem Alter seltener draußen aufhalten bzw. Angebote in ihrem Umfeld seltener nutzen. Innerhalb der Städte konzentrieren sich einkommensschwache Haushalte und Kinderarmut zunehmend in einzelnen Stadtteilen, die sich durch hohe Umweltbelastungen sowie fehlende Spiel- und Grünflächen für Kinder auszeichnen. Ziel muss daher auch eine stärkere soziale Durchmischung innerhalb der Stadtteile sein. Auch wohnungspolitische Maßnahmen wie eine dauerhafte Belegungsbindung, die Begrenzung von Mietpreiserhöhungen oder die Erhöhung der Wohngeldleistungen können dafür sinnvoll sein.⁴⁶

Die Umsetzung einer Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut hätte zur Folge, dass bestehende Maßnahmen und Leistungen übergreifend überprüft, aufeinander abgestimmt und ergänzt werden. Darüber hinaus würde ein breites Verständnis für die Tragweite des Themas und die notwendige Verantwortungsübernahme aller Ressorts und föderaler Ebenen befördert. Damit einhergehend würden auch Themenfelder wie beispielsweise Gesundheit, Wohnen, Stadtgestaltung und Beteiligung von Kindern unter einem armutspräventiven Blickwinkel beleuchtet, wodurch das Recht auf soziale Teilhabe umfassend gestärkt werden müsste.⁴⁷

Für von Armut betroffene Kinder würde die Umsetzung einer Gesamtstrategie bedeuten, dass ein Schritt in Richtung Chancengleichheit getan wird, der unabhängig von der sozialen Herkunft Geltung erlangt. Durch eine neue bedarfsgerechte Berechnung des Existenzminimums von Kindern sowie der Einführung einer Kindergrundsicherung würde ein System der Familienförderung geschaffen, das soziale Ungleichheiten

abbaut, statt diese noch zu verstärken. Nur so kann das häufig generationenübergreifende Problem der Armut nachhaltig bekämpft werden. Gleichzeitig würde eine Bündelung der Leistungen im Rahmen einer Kindergrundsicherung den Zugang zu Leistungen vereinfachen und dazu beitragen, dass diese tatsächlich bei den betroffenen Familien ankommen. Dies würde sich nachhaltig auf die Situation von Armut betroffener Familien auswirken und die sozialen und entwicklungspsychischen Folgen permanenter Existenznöte abmildern.

Neben der beschriebenen monetären Absicherung würde eine bedarfsgerechte (Bildungs-) Infrastruktur zu einer selbstbestimmten Entwicklung von Kindern beitragen. Kinder, die von einer hochwertigen und partizipativen Bildung profitieren, erfahren Selbstwirksamkeit und können Widrigkeiten besser trotzen. Ein auf die Bedarfe und Interessen von Kindern abgestimmtes Gesundheitssystem und ein bezahlbares und zugängliches Freizeitangebot tragen auf ihre Weise dazu bei, herkunftsbedingte Unterschiede auszugleichen und die Gefahren sozialer Isolation einzudämmen. Damit würde auch dem verfassungsrechtlichen Anspruch nach einer Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern endlich Rechnung getragen.⁴⁸

All dies ist nicht zuletzt die Voraussetzung dafür, dass Kinder zu engagierten Bürger*innen werden, die am sozialen und demokratischen Leben teilhaben können. Eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Kinderarmut realisiert damit nicht die nur den Kindern zustehenden Kinderrechte, wie soziale Teilhabe, Gesundheit, Bildung und Nichtdiskriminierung, sondern ist auch ein zentraler Baustein beim Abbau sozialer Ungleichheiten in der Gesamtgesellschaft sowie beim Erhalt unserer Demokratie.⁴⁹

46 Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Gleiche_Teilhabechancen_fuer_armutsbetroffene_Kinder_final.pdf; Zugriff 14.04.2023.

47 Ebd.

48 Ebd.

49 Ebd.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Für Kinderrechte, Beteiligung und die Überwindung von Kinderarmut in Deutschland

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. setzt sich seit mehr als 50 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Der gemeinnützige Verein finanziert sich überwiegend aus privaten Spenden, dafür stehen seine Spendendosen an ca. 40.000 Standorten in Deutschland. Das Deutsche Kinderhilfswerk initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung von Kindern, ihrer Interessen bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen sowie der gleichberechtigten Teilhabe aller Kinder und der Überwindung von Kinderarmut in Deutschland.



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116-118
10117 Berlin
Fon: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 308693-93
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de



Das Deutsche
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
bescheinigt:
**Geprüft +
Empfohlen**

ISBN 978-3-922427-69-8